

# ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

## Maske in Rot

Der Maskenball mit all seinen Grotesken und bunten Larven ist im vollen Gange. Dabei erweist sich Rot als Lieblingsfarbe. Selbst gestandene Rechte zögern nicht, sich plötzlich als Linke auszugeben. Weil der ambitionöse Herr Rüttgers aus NRW nicht ohne Hintergedanken eine „Reform“ der Arbeitslosenbezüge ins Gespräch brachte, verkündete sein schwäbischer Amtskollege Oettinger kurz vor dem Dresdner CDU-Parteitag, er werde dort einen „Linksruck“ verhindern. Ein Linksruck bei der CDU? Eher regnet es junge Hunde! Doch das ND gab Oettingers Affen Zucker und titelte wachsam: „CDU-Politiker warnen vor einem ‚Linksruck‘.“ Noch mehr legte sich die „Sozialistische Tageszeitung“ ins Zeug, als es darum ging, den pauschalen Einkauf der Berliner Linkspartei durch Wowereits SPD als „großen Erfolg“ zu feiern. „Weg frei für Rot-Rot in Berlin“ log die Schlagzeile des von manchen noch immer für das Zentralorgan der Linken gehaltenen Blattes. Der Regierende Bürgermeister aber, der die PDS, wie er meinte, schon beim letzten Mal „ein Stück entzaubert“ hatte und sie jetzt als „verlässlichen Partner“ vorführte, stellte die Sache richtig: Die jüngste Koalitionsvereinbarung lasse „sozialdemokratische Programmatik deutlich erkennen“. Glückwunsch an solche Ausverkäufer sozialistischer Substanz wie Wolf und Lederer! Denn nur total Farbenblinde können Blaßrosa-Rosa für Rot-Rot halten. Das ist ein politischer Gaunertrick, mit dem die Tatsache weggewischt werden soll, daß rote Wähler den sie an die SPD ausliefernden Koalitionsopportunisten gerade in Scharen davongelaufen sind. Gut tut da wieder einmal das Gespür Oskar Lafontaines, der – ganz im Unterschied zu Gysi und Bisky – klar und deutlich davon gesprochen hat, das schlechte Wahlergebnis sei „kein Auftrag zur Fortsetzung der Koalition“. In welcher unverfrorenen Weise bestimmte Leute mit dem Rot auf der politischen Palette hantieren und rechts für links ausgeben, haben wir schon beschrieben. Nun geht es um mehr. Die Frage lautet: Was ist links in unseren Tagen? Natürlich gibt es auf dem linken Flügel nicht nur gradlinige Marxisten. Politisch aktiv sind auch nicht wenige autonome Linke aller Art, von denen viele durchaus Standpunkte vertreten, denen wir Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch ganz oder teilweise zustimmen können. Man sollte auch zur Kenntnis nehmen, daß Linke, Antifaschisten und Demokraten in fast allen Lagern anzutreffen sind, wenn wir davon ausgehen, daß unser Hauptgegner die eigentlichen Rechten sind. Unser Prinzip lautet nicht: Viel Feind – viel Ehr! Wir sind für ein unsektierisches und

unvoreingenommenes Herangehen an die Bündnisfrage – ganz besonders in Zeiten zunehmender faschistischer Bedrohung. Sicher sind Sozialdemokraten wie Ottmar Schreiner im Rahmen ihrer unter Schröder und Müntefering noch mehr nach rechts gedrückten Partei als Linke in der SPD zu betrachten. Ähnlich verhält es sich mit Heiner Geißler und seinen Freunden in der CDU. Verglichen mit Schäuble und Stoiber stehen sie zweifellos weiter links. Das bedeutet indes nicht, daß wir sie etwa zu unseren Weggefährten zählen würden.

Wer unter der Linken einen schwammigen Allerweltsbrei versteht, in den jede beliebige Zutat hineingerührt werden darf, tut der Sache keinen guten Dienst. Wir plädieren deshalb für mehr politische Vorsicht im Umgang mit Begriffen wie „Zusammenschluß aller Linken“ oder „linkes Lager“. Uns – den „RotFüchsen“ – geht es um die beharrliche, nur schrittweise mögliche Zusammenführung unterschiedlicher kommunistisch-sozialistischer Kräfte und anderer wirklicher Demokraten auf marxistischer Basis. Diese Grundlage ist das entscheidende Kriterium. Wir wollen niemanden überfordern oder gar über den Tisch ziehen. Deshalb verschweigen wir nicht, daß vor jedem Zusammenschluß eine gründliche theoretisch-praktische Auseinandersetzung über Inhalte und Ziele stattfinden muß. Es geht – dialektisch betrachtet – darum, sich zuerst abzugrenzen, um sich dann vereinigen zu können. Der Ruf nach sofortiger Einheit von Parteien und Gruppen mit differierender Vergangenheit und Gegenwart läßt vorhandene Meinungsverschiedenheiten außer acht und zielt auf prinzipienlose Vermengung. Er erfolgt meist in redlicher Absicht, würde aber keine tragfähigen Resultate erbringen.

Wir halten es mit dem Weg, der nach dem Zweiten Weltkrieg im Osten Deutschlands unter gänzlich anderen geschichtlichen Bedingungen im April 1946 zum Händedruck von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl geführt hat. Eine ganze Etappe der Klärung ging dem Vereinigungsparteitag voraus. Wir werden heute sicher länger brauchen, obwohl die Zeit drängt. Dabei passen pseudolinke Wolkenkuckucksheime und andere ideologische Luftschlöser nicht in die Architektur. Unser sich auf Marx, Engels und Lenin gründendes Denkgebäude wird von unverrückbaren Eckpfeilern getragen: Eine wirklich stabile linke Position hat die entschiedene Zurückweisung jeglicher Formen des Antikommunismus, der sich vor allem in der Leugnung und Verleugnung von DDR-Erfahrungen sowie in blindem Antisowjetismus äußert, zwingend zur Voraussetzung.

**Klaus Steiniger**



### INHALT

Tod vor der „Maikäfer“-Kaserne	S. 2
Von einem Adler und den Hühnern auf dem Mist	S. 3
Fragen zur Übergangsperiode	S. 4
Über unser eigenes Versagen	S. 5
Gedächtnisschwund eines Philosophen	S. 6
Heinz Keßler: Antifa tut not	S. 7
Pastor Fliege und das Opium des Lügensystems	S. 7
Zufälliges Auffliegen eines Ministerialdirektors	S. 8
Ein Steingutbrenner als Landrat	S. 9
Euthanasie: Das Schicksal meiner Schwester Irma	S. 10
Die Auslöschung der DDR-Chemiekombinate	S. 11
Stößt die Menschheit an ihre Grenzen?	S. 12
Starren auf die „Unterschicht“	S. 13
Der Wandbehang	S. 14
Was gesagt und was nicht gesagt wird	S. 15
Verlustanzeigen	S. 15
Die Schafe des Bauern Bolte	S. 15
Parteienspektrum	S. 15
Und „Amöbe“ rauchte auch Zigarren	S. 16
Der Fall des Kopiloten	S. 17
Todesurteil für Herrhausen und Rohwedder?	S. 18
50 Jahre Eisenhower-Doktrin	S. 19
Eine Antifaschistin aus Santiago	S. 20
Politischer Erdbeben auf dem amerikanischen Kontinent	S. 21
Welttreffen von Kommunisten in Lissabon	S. 21
Ortegas fünfter Versuch	S. 22
Als Reagan Grenadas Freiheit erwürgte	S. 23
An der Seite von KSČM und KSM	S. 23
Holland: Sozialistische Partei verdreifachte Kammerstimme	S. 23
Ein Faschist an Olmerts Seite: Avigdor Lieberman	S. 24
Volkssieg in Nepal	S. 24
Literarischer Nachfahre Kischs: Zum 75. von Richard Christ	S. 25
Spotless ehrte Elfriede Brüning	S. 26
Spuren eines Kommunisten	S. 27
Gelbe Saiten	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Vier Monate dauern die Verhandlungen, vom Januar bis April 1918. Dann ist es geschafft. Die von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) geführte Arbeiterjugend Berlins stimmt dem Vereinigungsangebot des zum Spartakusbund gehörenden Jugendbildungsvereins Groß-Berlin zu. Sie akzeptiert auch dessen politische Grundsätze, die von Karl Liebknecht maßgeblich beeinflusst worden sind. Damit ist die Gründung einer einheitlichen proletarischen, antiimperialistischen Jugendorganisation in der Hauptstadt vollzogen. Sie nennt sich „Freie Jugend Groß-Berlin“. Schon wenige Tage später findet ihre erste Kundgebung statt, illegal. Im Wald bei Stolpe, im Norden Berlins, kommen mehr als 2000 Mädchen und Jungen zusammen, um am 5. Mai den 100. Geburtstag von Karl Marx zu feiern, mit roten Fahnen und Arbeiterkampfliedern. Der Chemigraph Fritz Globig vom Vorstand der Freien Jugend spricht: „Macht's wie die Russen! Nieder mit dem Krieg! Es lebe die Revolution!“

An der Vereinigung beider Jugendorganisationen wie an der Vorbereitung dieser antikapitalistischen Versammlung ist ein 25jähriger Metallarbeiter aktiv beteiligt: Erich Habersaath. Er ist das zwölfte und jüngste Kind eines Tabakarbeiters und wächst am nördlichen Stadtrand Berlins auf. Bei der Firma Schwartzkopff lernt er Werkzeugmacher und wird ein hervorragender Facharbeiter, so daß er später sogar vom Kriegsdienst freigestellt wird, weil man ihn im Rüstungsbetrieb dringend braucht. 1911, gerade 18jährig, tritt er in die SPD ein, an deren Spitze August Bebel steht. Er besucht Kurse an der Arbeiterbildungsschule, an der auch Wilhelm Pieck unterrichtet.

Erich ist trotz aller Schwierigkeiten, die das Leben eines Arbeiters im kaiserlichen Deutschland mit sich bringt, ein lebenslustiger und fröhlicher junger Mensch, gutmütig, hilfsbereit und unbedingt zuverlässig. Einer seiner Freunde erinnert sich später, daß er sich sehr um Proletarierkinder kümmerte, die in großer Not leben mußten: „Von seinem geringen Taschengeld kaufte er öfter ein halbes Pfund Bonbons und verteilte sie an die Kleinen.“

Im August und Dezember 1914 bewilligen rechte sozialdemokratische Funktionäre im Reichstag die Kriegskredite und stimmen dem sogenannten Burgfrieden zu. Damit gehen sie ohne Wenn und Aber in das imperialistische Lager über und verraten die Interessen der Arbeiterklasse. Für Erich Habersaath bricht zunächst eine Welt zusammen, dann aber stellt er sich in die Front der Kriegsgegner. Er wird 1917 Mitglied der USPD und vertritt als Gewerkschaftsobmann konsequent die Interessen seiner Kollegen im Betrieb. Bei den großen Streiks der Berliner Arbeiter gehört er zu deren Organisatoren. Vor allem aber gilt seine Hauptarbeit der Arbeiterjugend, der Schaffung einer einheitlichen revolutionären Jugendorganisation im ganzen Lande. Gemeinsam mit Fritz Globig und anderen Genossen geht er in



**Erich Habersaath**

seiner knappen Freizeit auf Fahrt, nach Dresden, Leipzig, Halle, Braunschweig, Essen ... Am 26. Oktober 1918 ist es dann soweit. Im Saal der Arbeiterschule in der Schicklerstraße am Berliner Alexanderplatz versammeln sich 57 Delegierte

zum Generalstreik, zum Sturz der Monarchie, zur Errichtung der sozialistischen Republik aufgerufen.

Dieser 9. November zeigt sich von seiner unfreundlichsten Seite: Regen, Nebel, nasse Kälte. Das hält die Berliner jedoch nicht davon ab, dem Aufruf zu folgen. Gewaltige Massen formieren sich in allen Stadtteilen zu Demonstrationen mit roten Fahnen, Transparenten. Sprechchöre verkünden Generalstreik. Erich Habersaath trifft sich mit einigen Jugendgenossen in der Ackerstraße. Männer, Frauen, Jugendliche schließen sich an. Bevor sie sich jedoch in Bewegung setzen, eilt Erich mit einigen Gefährten in die Schwartzkopff-Werke und zur AEG, um die Arbeiter zu veranlassen, die Maschinen zu stoppen und sich ihnen anzuschließen. Schließlich setzt sich der Demonstrationen zug von mehr als 10 000 Proletariern in Marsch, dem Stadtzentrum zu. An der Spitze ein Transparent: „Brüder, nicht schießen!“ An der Kaserne der Füsiliere („Maikäfer“-

## Als Karl Liebknecht den Heroismus der revolutionären Jugend hervorhob

### Tod vor der „Maikäfer“-Kaserne

oppositioneller Jugendgruppen aus 18 Orten zu einer Reichskonferenz. Sie vertreten etwa 4000 Mädchen und Jungen. Karl Liebknecht begrüßt die Teilnehmer und fordert die Politisierung der Jugend, damit sie Seite an Seite mit den erwachsenen Arbeitern gegen Imperialismus und Krieg ihren Mann stehen kann. Die Konferenz beschließt die Gründung der „Freien Sozialistischen Jugend“ (FSJ), wählt auch Erich Habersaath in deren zentrale Leitung.

Wenige Tage später beginnt am 3. November mit dem Aufstand der Matrosen in Kiel die Revolution gegen den deutschen Kapitalismus und die Kriegsverbrecherbande der Hohenzollern. Unglaublich schnell breitet sich die revolutionäre Welle über ganz Deutschland aus. Überall entstehen nach russischem Vorbild Arbeiter- und Soldatenräte. So versammeln sich am Abend des 8. November Mitglieder und Funktionäre der FSJ erneut in der Schicklerstraße. Aktionen sollen beraten werden. Einige sind besorgt und unentschlossen. Hatte doch am Vortage der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert erklärt, er hasse die Revolution wie die Sünde. Das verheißt nichts Gutes. Erich Habersaath spricht seinen Genossen Mut zu und erläutert ihnen den von den revolutionären Obleuten und der Spartakusgruppe gefaßten Beschluß: Die Berliner Arbeiter und Soldaten werden für den 9. November

Kaserne an der Chausseestraße) hält der Zug an. Das Militärobject gleicht einer Festung. Von Dächern und Mauervorsprüngen starren Maschinengewehrläufe. Türen und Fenster sind fest verriegelt, hinter den Scheiben sieht man sturmbe-reite Soldaten. Die Arbeiter fordern sie auf, sich anzuschließen. Verlegenes Schweigen bei den Uniformierten. Die Masse drängt gegen das Tor, bricht es auf. Schüsse fallen, eine Kugel trifft Erich Habersaath, der vorangestürzt ist, mitten ins Herz. Neben ihm fallen zwei AEG-Arbeiter. Andere Demonstranten werden schwer verwundet ...

Als am 27. November 1918 die erste Nummer des Zentralorgans der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Junge Garde“ erscheint, druckt sie diese Worte Karl Liebknechts ab: „Der Geist der freien Jugend wehte allerorten in Deutschland den revolutionären Erhebungen der Arbeiter- und Soldatenmassen voran. Und als am 9. November das Proletariat Berlins in gewaltigem Ansturm die tief unterwühlte Hohenzollernherrlichkeit stürzte, auch da flatterte über ihnen die rote Fahne der freien Jugend. Das teuerste Blutopfer dieses Tages ist der Jugendgenosse Habersaath. So wurde der Blutbund geschlossen und besiegelt, der Blutbund zwischen Revolution und proletarischer Jugendbewegung.“ **Günter Freyer**

# Von einem Adler und den Hühnern auf dem Mist

## Über Pflastersprüche auf dem Rosa-Luxemburg-Platz

Wer heute über den Berliner Rosa-Luxemburg-Platz geht, findet vor der Volksbühne und dem Karl-Liebknecht-Haus verschiedene Sprüche auf in den Boden eingelassenen Betonstreifen. Es handelt sich dabei um ein „Denkzeichen“, das in einem durch den Senat ausgeschriebenem Künstlerwettbewerb vom Gewinner Hans Haacke (New York) entworfen wurde. Die insgesamt sechzig Zitate auf Gehweg und Fahrdamm entstammen Schriften, Artikeln, Reden und persönlichen Briefen Rosa Luxemburgs. Nach Darstellung des früheren PDS-Kultursekretärs Thomas Flierl sollen sie „Demokratie und Gedankenfreiheit“ gewidmet sein. Denkzeichen-Schöpfer Haacke betont, die Texte seien absichtlich ungeordnet und aus unterschiedlichsten Lebenszusammenhängen herausgegriffen. Es fänden sich darin auch „Fehleinschätzungen und Ansichten, die dem heutigen Verständnis von Demokratie nicht entsprechen“. Damit meint er natürlich nicht die nun ins Pflaster geprägten Sprüche über einen „aus Unachtsamkeit zertretenen Wurm“ oder den „strahlend frischen Zitronenfalter“ ... Die Versuche, die bedeutendste deutsche Kommunistin ihres marxistisch-revolutionären Wesens zu berauben, begannen schon nach ihrer Ermordung mit der Herausgabe gerade jener Schriften, in denen sie irrte, durch Paul Levi. Sie reichen über die Verfälschung ihrer Auffassung von der Oktoberrevolution und der Rolle der Bolschewiki, den Mißbrauch ihrer Äußerung über die „Freiheit der Andersdenkenden“ durch Anti-DDR-Dissidenten bis zu Schütrumpfs empörendem ND-Artikel vom Mai 2006. Welch ein Hohn, ausgerechnet die Ideenküche der Bernsteins von heute „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ zu nennen! Propagiert werden ohne jeden Skrupel Aussagen, die sie selbst längst korrigiert hatte. Die Pflastersprüche sollen nun die Führerin des Proletariats in eine Allerwelts-Natur-und-Menschenfreundin verwandeln und zwar in eine solche mit „nicht zu vereinbarenden Positionen“:

Was widerspricht eigentlich „heutigem Verständnis“? Ihre Definition der Diktatur des Proletariats als Demokratie im sozialistischen Sinne? Ihr leidenschaftlicher Aufruf zum antimilitaristischen Kampf? Die Entlarvung der kleinbürgerlichen Illusion vom friedlichen Hineinwachsen der bürgerlichen Gesellschaft in den Sozialismus? Wissen die Fußgänger auf dem Platz etwas damit anzufangen, daß sie den (1913 in der deutschen Sozialdemokratie) „herrschenden Marxismus“ einen „alten Gichtonkel“ nennt? Der Kultursekretär a. D. betont, mit der Auswahl der Zitate solle „der ideologische Streit um Rosa Luxemburg“ weder entschieden noch fortgesetzt werden.

Der Passant solle weitergehen oder lesen, „betreten oder respektieren, verdrängen oder erinnern“. („Disput“, Okt. 06) Soll er sich aber selbst seine Meinung über Rosa Luxemburg bilden, so fragt man sich, wieso ganz bestimmte, für sie charakteristische Aussagen einfach fehlen. Wo findet man ihren Ausspruch „Die deutsche Sozialdemokratie ist nach dem 4. August 1914 ein stinkender Leichnam“? Wo ihre brandaktuelle These: „In der bürgerlichen Gesellschaft ist der Sozialdemokratischen Partei dem Wesen nach die Rolle einer op-

Novemberrevolution begonnene „Generalauseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in Deutschland“, enthüllte „die Konzentration konterrevolutionärer Truppen in Berlin, forderte die Bewaffnung des Proletariats und referierte auf dem Gründungsparteitag der KPD über das Parteiprogramm. Liebknecht und sie wurden gemeinsam zu Parteivorsitzenden gewählt. Am 14. Januar 1919, dem Tag vor ihrer Ermordung, erschien ein letzter Artikel aus Rosas Feder: „Die Revolution wird sich morgen schon rasselnd wieder in die Höh richten und zu Eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!“

Lenin erwiderte die Versuche der Führer der II. Internationale, Rosa Luxemburgs Werk unter Bezugnahme auf frühere Irrtümer für die bürgerliche Ideologie zu vereinnahmen, mit der russischen Fabel: „Wohl traf sich's, daß des Adlers Flug ihn niedriger, als Hühner fliegen, trug, doch fliegen Hühner nie auf Adler'shö'n.“ (LW 33/195 nach Krylow) Und er fuhr fort: „Sie ... war und bleibt ein Adler; und nicht nur die Erinnerung an sie, sondern ihre Biographie und die vollständige Ausgabe ihrer Werke ... werden eine sehr nützliche Lehre sein bei der Erziehung vieler Generationen von Kommunisten der ganzen Welt .... Auf dem Hinterhof der Arbeiterbewegung aber, zwischen den Misthaufen, werden Hühner vom Schläge Paul Levis, Scheidemanns, Kautskys und dieser ganzen Sippschaft selbstverständlich über die Fehler der großen Kommunistin in ganz besondere Verzückung geraten.“ (Ebenda)

Am 2. März 1919 wurde in Moskau der Gründungskongreß der Komintern eröffnet. Auf Vorschlag Lenins erhoben sich die Delegierten von ihren Plätzen zum Andenken an Karl und Rosa, „die besten Vertreter der III. Internationale“. Daran erinnert das „Denkzeichen“ auf dem Rosa-Luxemburg-Platz allerdings nicht. Warum wohl? **Dr. Ernst Heinz**

**Rosa Luxemburg**

Ordnung herrschte in Berlin und Nacht, als die Mörder, unter die sie fiel, nach jener Stirne schlugen

Zweihundertmal ging die Sonne auf überm Kanal, ehe sie die Wahrheit zeigte

In jedem Januar tragen wir unser Gewissen unter Blumen und Fahnen

CHRISTA MÜLLER

positionellen Partei vorgezeichnet, als regierende darf sie nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten“? Wo ihre beißende Kritik am Bestreben sozialdemokratischer Parlamentarier, in Konkurrenz zu den Regierenden ihre „staatsmännische Kunst“ zu beweisen? Rosa Luxemburg kämpfte seit ihrem 16. Lebensjahr in der revolutionären Arbeiterbewegung – in Polen, in Deutschland, international. Im erbitterten Ringen gegen den Revisionismus wurde sie neben Karl Liebknecht, Clara Zetkin und Franz Mehring Führerin der Linken in der SPD, Mitbegründerin der Gruppe „Internationale“ und der Spartakusgruppe. Als Publizistin, Autorin wissenschaftlicher Schriften, Delegierte der internationalen Sozialistenkongresse focht sie gegen den imperialistischen Krieg, saß in Gefängnissen und „Schutzhaft“. Von dort würdigte sie die Oktoberrevolution 1917 als „weltgeschichtliche Tat, deren Spur in Äonen nicht untergehen wird“. Nach ihrer Befreiung am 8. November 1918 gab sie gemeinsam mit Liebknecht die „Rote Fahne“ heraus, sprach auf Massenkundgebungen in Berlin, kämpfte für die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte, schrieb über die mit der



Grafik: Arno Fleischer

Unsere politischen Gegner frohlocken, der Sozialismus-„Versuch“ sei gescheitert. Sie meinen die Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Ländern, die ihren Weg zum Sozialismus vor mehr als anderhalb Jahrzehnten zunächst abbrechen mußten. Ich möchte mich an der Diskussion über die Gründe für diese Rückschläge beteiligen.

Im „RotFuchs“ wurde wiederholt dargelegt, warum der Sozialismus mit seiner Niederlage in Europa noch lange nicht gescheitert ist. Zugegeben werden muß, daß seine Erbauer, darunter wir, der Aufgabe, die wir uns gestellt hatten, noch nicht gewachsen waren. Ich frage mich aus heutiger Sicht, ob das nicht auch damit zusammenhängt, daß es grundlegende Fehler beim Verständnis der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gegeben hat, aus denen überdies

den Produktionsverhältnissen immer das revolutionierende Element.

Die Produktivkräfte bestehen aus der Gesamtheit aller Faktoren des gesellschaftlichen Produktionsprozesses. Der Mensch mit seinen Erkenntnissen, Erfahrungen und Fertigkeiten stellt die Hauptproduktivkraft dar. Hier frage ich mich, ob wir nicht die Rolle des Bewußtseins als des subjektiven Faktors der Hauptproduktivkraft Mensch und dessen Entwicklung unzulässig vernachlässigt haben. Die vergangenen Jahre lehrten uns, daß der politische Bewußtseinsstand, bewertet am gesellschaftlichen Durchschnitt, als einer der Maßstäbe für das Entwicklungsniveau der Produktivkräfte nicht unterschätzt werden darf.

Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Und das Bewußtsein reagiert nicht sofort, wenn sich Elemente des Seins verändern.

darf aber auch nicht dem Selbstlauf überlassen bleiben. Revolutionäre Ungeduld kann dazu führen, daß bei der Beurteilung des erreichten Standes der Wunsch zum Vater des Gedankens wird.

Die vergangenen Jahrzehnte dürften erwiesen haben, daß die Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit dieses Verlaufs weit über allen Annahmen und Erwartungen lag, daß er kein relativ kurzzeitiges Paßstück, sondern eine historische Periode ist, die ihre Zeit braucht, mehr, als wir alle dachten. Je schwieriger die Ausgangsbedingungen im jeweiligen Land sind, desto länger dürfte sie wohl dauern, wobei Rückschläge nicht ausgeschlossen werden können.

Zwangsläufig mußten sich zusätzliche Konflikte ergeben, als sich herausstellte, daß die Entwicklung in technisch-organisatorischer Hinsicht viel schneller verlief als in deren zeitaufwendigstem Teilprozeß. Es ist müßig, jetzt alle Bereiche der politischen und administrativen Arbeit aufzuzählen, in denen strategische oder taktische Entscheidungen angesichts eines erkannten größeren Zeitrahmens für die Bewußtseinsumwandlung vielleicht ganz anders getroffen worden wären. Das hätte zum Beispiel bedeuten können, daß manche mit hohem Kraftaufwand, aber auch unter Verlusten administrativ durchgesetzte Schritte auf dem bisherigen Wegstück zu sozialistischen Produktionsverhältnissen anders und effektiver durchzuführen gewesen wären.

Lediglich ein Beispiel will ich nennen, weil es die Breite des betroffenen Spektrums zeigt. Meiner Meinung nach wird auch die RF-Debatte über das Wirken des Wertgesetzes im Sozialismus relativiert, zu der sich Prof. Matho noch einmal geäußert hat. Diese Diskussion habe ich bisher mit großem Interesse verfolgt, mir dabei aber stets die Frage gestellt, ob es nicht eigentlich um die Wirkungsweise des Wertgesetzes in der Übergangsperiode gehe. Für mich steht außer Zweifel, daß es in dieser zunächst in überwiegend herkömmlicher Weise fortwirken muß, um dann frühestens gegen deren Ende in einen Rollenwandel einzutreten. An der Schwelle zum Kommunismus wird sich die Frage sicher neu stellen. Ich denke darüber nach, ob wir nicht manchmal versucht waren, Züge des Kommunismus schon in eine de facto noch in der Übergangsperiode zum Sozialismus befindliche, aber durch uns bezüglich ihres Entwicklungsstandes überschätzte Gesellschaft zu projizieren.

Rückblickend sollten wir uns fragen, ob es wirklich schon gerechtfertigt war, von der entwickelten sozialistischen Gesellschaft als einer Kategorie der Gegenwart oder der unmittelbar bevorstehenden Zukunft zu sprechen. Ich denke, daß die Übergangsperiode vielleicht eines unserer dringendsten theoretischen Probleme ist, zumal wir trotz aller zeitweiligen Rückschläge hierzulande in anderen Regionen der Welt mitten drin sind. Ganz wichtig erscheinen dafür die Erfahrungen derjenigen, die ihren Weg zum Sozialismus fortsetzen.

**Wolfgang Mäder**

## Der Sozialismus hat eine Niederlage erlitten, ist aber nicht gescheitert

### Fragen zur Übergangsperiode

falsche Schlußfolgerungen gezogen wurden. Bestärkt hat mich dabei Prof. Fricke mit seinem Beitrag „Zur Geschichte und Politik der KPdSU (1)“, in dem er u. a. über Schwierigkeiten bei der Bewertung des Entwicklungsstandes der sowjetischen Gesellschaft durch die KPdSU-Führung berichtete.

Wenn wir über die Übergangsperiode nachdenken, dann kann das für uns nur auf der Grundlage der marxistischen Gesellschaftswissenschaft und ihrer grundsätzlichen Definitionen geschehen. Genau dort will ich anknüpfen. Sie ist danach ein historisch notwendiger, nicht umgeh- oder überspringbarer Abschnitt, der mit der Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse (Diktatur des Proletariats) und der Überführung des Privateigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum beginnt. Im weiteren Verlauf müssen die Grundlagen der neuen Produktionsweise errichtet werden. Dabei geht es um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in Stadt und Land. Die Übergangsperiode begann und vollzog sich überall in erbittertem Klassenkampf. Über ihre Dauer sagt uns diese Definition natürlich nichts. Sie hängt vom Wirken des Gesetzes der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte ab. Dabei sind die Produktivkräfte gegenüber

Die Mehrheit der Menschen, die aus reaktionären gesellschaftlichen Verhältnissen kamen und von deren persönlichkeitsdeformierenden Gebrechen wie Duckmäuserei, Gewinnsucht, überzogenem Egoismus und ausgeprägter Ellenbogenmentalität, vor allem aber von rabiatem Antikommunismus der Faschisten geprägt waren, konnte dieses Erbe nicht in kurzer Zeit ablegen, nur weil sich die Macht- und Eigentumsverhältnisse verändert hatten. Das galt auch für erhebliche Teile der Arbeiterklasse, die nicht zur sozialistischen Revolution bereit waren. Die Kompliziertheit dieser Prozesse und die Dauer der konterrevolutionären Nachwirkungen im Denken und Fühlen der Deutschen im Osten haben wir stark unterschätzt. Die Rückschläge seit 1989/90 lassen sich auch aus der mangelnden Echtheit und der fehlenden Tiefe des Bewußtseinswandels erklären. Die andere Seite hat alles getan, um sich für unsere Bürger attraktiv zu machen. Und wir müssen einräumen, daß die massenhafte Empfänglichkeit für solche Einflüsse dem Entwicklungsstand des Bewußtseins entsprach.

Somit liegt nahe, daß die Übergangsperiode erst dann als abgeschlossen gelten kann, wenn auch das Bewußtsein die erforderliche Höhe erreicht hat. Seine Herausbildung ist der am längsten währende Teilprozeß und bestimmt die Dauer der Übergangsperiode. Das Wachsen der ideologischen Reife folgt keinem Zeitlimit,

Mit Genuß lese ich immer die Beiträge von Prof. Dr. Götz Dieckmann in unserem „RotFuchs“. Sein wissenschaftliches Denken ist klar und für jeden, der daran interessiert ist, nachvollziehbar und verständlich. Deshalb kann er auch auf pseudowissenschaftliche Verklammerungen verzichten. Er wirft nicht mit Worten um sich, die kaum oder nur sehr schwer zu erfassen sind. So habe ich ihn auch schon an der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED erlebt. Sein Beitrag in der RF-Novemberausgabe „Vasil Bilak enthüllt Hintergründe des Prager Frühlings“ verdient nach meiner Ansicht besondere Aufmerksamkeit.

Ich glaube, Götz Dieckmann hat in diesem Artikel über die Ereignisse von 1968 das ausgesprochen, was viele standhaft Gebliebene seit Jahren umtreibt, wenn sie es auch nur mehr oder weniger versteckt zum Ausdruck bringen. Der Autor hat völlig recht, wenn er sagt, wir hätten im Herbst 1989 nicht zum politischen Kampf aufgerufen. Statt dessen wurde auf irgendwelche unsinnigen „Dialoge“ gesetzt, die von Anfang an zum Scheitern verurteilt waren, weil die angeblich friedlichen „Revolutionäre“ gar nicht diskutieren wollten, sondern direkten Weges die Macht anstreben. Ein Dialog kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn ihn beide Seiten ehrlich wollen und auf ein konstruktives Ergebnis bedacht sind. Die Wortführer derer indes, die da nach einem „besseren Sozialismus“ riefen, wollten ihn ganz und gar abschaffen und die DDR in den Kapitalismus zurückwerfen. Ihr Hauptanliegen bestand darin, die Partei definitiv auszuschalten. Nach den Leipziger Montagsdemonstrationen und der Veranstaltung vom 4. November auf dem Berliner Alexanderplatz konnte es daran keinen Zweifel mehr geben. Die Forderung nach einem gewandelten „Sozialismus“ war nichts anderes als die Tarnbezeichnung für die Bekämpfung des gesellschaftlichen Systems der DDR.

Übrigens mußte der Dialog nicht erst 1989 erfunden werden. Wer immer ihn in der DDR anstrebte, hatte ihn schon seit 40 Jahren in vielfältiger Form erleben können: im Betrieb, im Wohngebiet, in den politischen Parteien und Massenorganisationen. Er fand dort in einer Breite statt, wie sie in der BRD völlig unvorstellbar ist. Die meisten Partei- und Staatsfunktionäre waren sehr oft vor Ort, nicht – wie in der bürgerlichen Demokratie üblich – nur unmittelbar vor Wahlen.

Es gibt in unseren Reihen Genossen, die heute noch stolz darauf sind, die Staatsgewalt, über die wir damals verfügten, nicht eingesetzt zu haben. Einige tun das sogar mit geschwellter Brust und schreiben sich das Nichtstun als Erfolg auf ihre Fahnen. Meinetwegen, wenn es ihre ehrliche Überzeugung ist. Die BRD, wie wir sie heute erleben, hat indes überhaupt keine Skrupel, ihre Staatsorgane zum Machterhalt oder auch zum Schutz von Neonazis rückhaltlos einzusetzen. Polizeiknüppel, Wasserwerfer und massenhafte Festnahmen von Antifaschisten sind dabei ganz selbstverständlich. Sie gehören gewisser-

maßen zum Handeln des „Rechtsstaates“. So etwas haben wir uns in bezug auf die Gegner der DDR nicht erlaubt.

Allerdings hätte uns klar sein müssen, daß eine Konterrevolution nicht allein mit Argumenten aufgehoben werden kann. Da bedarf es auch anderer Mittel. Natürlich sind wir gegen jegliches Blutvergießen. Wer aber über den Partei- und Staatsapparat verfügt und ihn selbst in Augenblicken höchster Bedrohung nicht einsetzt, wird die Macht zwangsläufig verlieren. So ist es uns ergangen. Die Folgen sind bekannt. Daran ist nichts mehr zu ändern. Nur: Das zu konstatieren, ohne daraus Schlußfolgerungen zu ziehen, wäre ein schwerwiegender neuer Fehler.

Ohne Zweifel herrschten im Herbst 1989, als es schon zu spät war, das Ruder vollständig herumzureißen, in der DDR unübersichtliche Verhältnisse. Die Führung

konkreten Situation schmachlich versagt haben. Wenn ich das so sage, dann nicht aus Selbstkasteiung, sondern als sachliche Feststellung, die auch für mein Leben gilt und aus der ich meine Schlußfolgerungen gezogen habe. Jeder muß das für sich selbst tun. Wenn die Schuldfrage überhaupt gestellt werden kann, sollte man die Ursachen auf keinen Fall zuerst bei anderen suchen.

Alles in allem: In den stürmischen Herbsttagen des Jahres 1989 haben wir unser Wissen um die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und die Erkenntnisse der Klassiker des Marxismus-Leninismus sträflich außer acht gelassen. Statt dessen zogen wir uns auf „allgemein menschliche Positionen“ zurück. Die gibt es aber bekanntlich nicht. Für uns Marxisten gelten nur Klassenpositionen. Sie wurden Gorbatschow zuliebe aufgegeben.

---

## Zum subjektiven Faktor beim Sieg der Konterrevolution 1989/90

# Über unser eigenes Versagen

---

war schwach und zusätzlich geschwächt. Einer verließ sich auf den anderen. Keiner wollte die persönliche Verantwortung für die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit übernehmen. Die Beschluß- und Befehlslage war verworren. Niemand wußte, was er durfte und was nicht. Die 1. Sekretäre der Kreisleitungen der SED bekamen zum Beispiel nicht nur einmal eingeschärft, daß sie für alles verantwortlich seien, was sich auf ihrem Territorium ereigne. (Das letzte Fernschreiben dieser Art ging am 4. November 1989 ein. Absender war der Generalsekretär. Es hatte sogar eine Geheimhaltungsstufe.) Welche Befugnisse wir aber tatsächlich besaßen und wie wir diese Verantwortung wahrnehmen sollten, erfuhren wir nicht. Wir hätten dieser Weisung jedoch nur entsprechen können, wenn wir auch befugt gewesen wären, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Da das aber nicht der Fall war, gingen die leitenden Genossen in den Bezirken und Kreisen davon aus, daß das Zentralkomitee über eine Strategie verfüge, die nur weiter unten noch nicht erkannt worden sei. Wir dachten zu diesem Zeitpunkt, daß wir bestimmte Dinge einfach nicht wußten, weshalb unabgestimmte Aktionen nur Schaden anrichten würden. Ich gebe zu: Dies war eine Art Schutzbehauptung, an die man selbst nur schwer zu glauben vermochte.

Sei es wie es sei: Wir alle, die wir damals politische, wirtschaftliche oder militärische Verantwortung trugen, müssen unumwunden zugeben, daß wir in dieser

Interessant ist auch, was Ota Šik zum sogenannten Prager Frühling schreibt. Er trifft mit seinen Aussagen den Kern der Dinge. In der ČSSR ging es den „Reformern“ 1968 keineswegs um einen „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“, sondern um die Liquidierung des Sozialismus. Was da so über die angeblich verfolgte „Humanisierung des Sozialismus“ geredet wurde, war reine Show. Es ist gut, daß sich Renegaten wie Šik heute ganz offen über ihre wahren Ziele äußern, wodurch sie das Handeln der Warschauer Vertragsstaaten indirekt rechtfertigen.

Die Situation in der DDR war 1989 allerdings ganz anders als 1968 in der ČSSR. Es gab keinen mehr, den wir um Hilfe hätten bitten können. Die Sowjetunion war mit sich selbst beschäftigt, baute an ihrem „Haus Europa“, in dem weder für sie noch für uns Zimmer vorgesehen waren. Gorbatschow zog den Beifall des Westens der Verteidigung des Sozialismus vor. In dieser Situation bestand für uns nur noch eine Möglichkeit: Wir hätten uns selber helfen müssen. Das haben wir nicht einmal ansatzweise versucht. Die Gründe dafür sind so vielfältig wie die Ursachen der Niederlage des Sozialismus in Europa insgesamt. Wichtig ist, darüber nachzudenken. Denn nur so können wir die Kraft für künftige Kämpfe gewinnen und das Wiedererstarken unserer Bewegung auch in Deutschland voranbringen.

**Helmut Timm**

*Unser Autor war 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Neubrandenburg.*

Nicht jeden halten „Spiegel“-Redakteure für würdig, in ihrem Magazin den „Tag der deutschen Einheit“ zu preisen. Der 62jährige Richard Schröder – Theologe und Sozialdemokrat, der an der Berliner Humboldt-Universität Philosophie lehrt – war 2006 der Auserwählte. Er titelte seinen Essay „Lob der Einheit“. Eine Anleihe bei den „Lobliedern“ Bertolt Brechts? Dieser dichtete bekanntlich das „Lob der Dialektik“, das „Lob des Revolutionärs“, das „Lob der Partei“, das „Lob der illegalen Arbeit“, das „Lob des Lernens“ und das „Lob des Kommunismus“.

Der Leser hat keine Schwierigkeiten zu begreifen, was Brecht lobt und warum. Aber wie ist das bei Schröders „Lob der Einheit“? Welche „Einheit“ ist da gemeint? Wohl zuerst die territoriale. Das also wäre der laut Artikel 146 grundgesetzwidrige Anschluß der DDR samt ihrer Bürger an die BRD. De facto ist das die Ausdehnung der imperialistischen Eigentums- und Machtverhältnisse auf die DDR, wenn auch nicht, wie im Grundgesetz ursprünglich gefordert, in den Grenzen von 1937. Schröder lobt: „Seit dem 3. Oktober 1990 lebt Deutschland erstmals in seiner Geschichte in allseits anerkannten Grenzen, umzingelt von Freunden.“ Mit Verlaub: Wer hatte denn vorher die deutschen Grenzen in Frage gestellt? Wer hat bis 1990 die deutsche Ostgrenze „offengehalten“ und warum? Wer hat denn die Grenzfragen mit Polen und der Tschechoslowakei schon 1950 endgültig geregelt und damit die Grundlage für die Versöhnung mit den osteuropäischen Völkern gelegt? (Ich war am 6. Juli 1950 als junger FDJler in Zgorzelec dabei, als Otto Grotewohl die Oder-Neiße-Grenze

„Eine Niederlage ist nicht so gefährlich wie die Angst davor, eine Niederlage einzugestehen, die Angst, alle Konsequenzen daraus zu ziehen.“

Lenin (1921), LW 33/74

zur Friedensgrenze erklärte.) Hatten die Adenauer und Schumacher nicht Otto Grotewohl und Walter Ulbricht in übelster Weise als Verräter beschimpft – für dasselbe Delikt, das Helmut Kohl 1990 als „Preis der Einheit“ beging?

Das „Lob der Einheit“, das Richard Schröder singt, müßte also ein Lob auf die DDR sein. Und es waren auch deren Bürger, die – angefangen mit den Reparationszahlungen für ganz Deutschland – den Weg zur Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion bahnten, ohne die Gorbatschow 1989/90 nie seinen Verrat an der DDR hätte begehen können. Die Dialektik der Geschichte kann grausam sein. Wenn Schröder nach seinem Lob für die „anerkannten Grenzen“ jubelt: „So komfortabel war Deutschlands Lage zuvor nie. Warum sollte das kein Grund zum Feiern sein?“, müßte er zuerst ein „Lob den DDR-Bürgern“ dichten.

Ob die meisten von ihnen in Schröders Lob einstimmen würden, darf bezweifelt werden. Sie wollten, daß von deutschem Boden kein neuer Krieg ausgeht,

und übersehen nicht wie Schröder, daß Deutschland von Jugoslawien bis zum „Libanon-Einsatz“ ein Aggressor-Staat ist. Hat der Theologe Schröder den Satz „Schwerter zu Pflugscharen“ in seiner Bibel inzwischen gestrichen?

Schröder begann seinen Essay mit der jetzt häufig gestellten Frage: „Was ist falsch gelaufen?“ Er behauptet, daß „in den letzten 15 Jahren über die deutsche Einheit mehr gejammert als gejubelt wurde“. Hier kann mit „deutsche Einheit“ nicht das Territorium gemeint sein, sondern wohl die „innere Einheit“, die Gemütslage von Deutschen in Ost und West. Der Philosoph und Theologe könnte uns Lesern sagen,

den höchsten Lebensstandard und die beste Infrastruktur.“

Könnte es sein, daß das auch schon vor 1989 so war, wie sich DDR-Bürger erinnern, die ihr Gedächtnis nicht verloren haben?

Viertens: Schröder empfiehlt als weiteren „Maßstab“ den „Vergleich mit unserem Leben in der DDR“. Als entscheidenden Gewinn nennt er die „Freiheit der Angst vor der Verhaftung“.

Nun mag das Schröders „Maßstab“ sein, aber die meisten Bürger der DDR wissen selbst, was sie mit dem Untergang der DDR gewonnen und was sie verloren haben. Gesicherter Arbeitsplatz, Bildungschan-

## Gedächtnisschwund eines Philosophen

was warum „falsch gelaufen“ ist. Seine verblüffende Antwort: Die „Ossis“ haben das erwartete „Wirtschaftswunder“ nicht erlebt. Und von den „Wessis“ sagt er: „Eine neue Gattung ist entstanden, die besserwisserischen Jammerwessis, die West-Nostalgie pflügen. Motto: Wie war es doch so schön, als uns die Mauer noch vor der östlichen Armut schützte.“

Aber wer hat denn den DDR-Bürgern das Blaue vom Himmel versprochen? Wer hat denn die „marode“ DDR ausgeplündert? War das nicht offizielle Bonner Politik?

Nun ist guter Rat teuer. Schröder hat ein Rezept parat: Die Deutschen sollten gefälligst andere Maßstäbe an die „deutsche Einheit“ anlegen. Er weiß vier.

Erstens: Die „deutsche Einheit“ sollte aus der Sicht von Ausländern betrachtet werden, von denen es vielen (warum wohl?) schlechter geht.

Zweitens: Die „deutsche Einheit“ sollte mit dem Maßstab der deutschen Geschichte bewertet werden. Schröder hat dabei ganz übersehen, daß die größte territoriale Einheit (sogar Europas unter deutscher Herrschaft) in der „Volksgemeinschaft“ Hitlers existierte. Er beklagt: „Leider gehen viele Ostdeutsche in den Westen, der Arbeit oder der Ausbildung wegen.“ Mußten ihre Vorgänger vor 1989 „der Arbeit und Ausbildung wegen“ auch „in den Westen gehen“?

Drittens: Schröder hat (als erster?) entdeckt: „Nichts ist in Deutschland begehrt als der Opferstatus. Dann hat man nämlich den Anspruch auf einen Opferbonus. Nur wer klagt, gewinnt.“ Selbst ein wegen Terrorismus in der DDR Verurteilter wie Burianek erhielt so den Opferbonus und wurde 2005 rehabilitiert. Aber warum ist das so? Wer will das so?

Bei Schröders drittem „Maßstab“ fehlt nicht der Hinweis: „Von allen ehemals sozialistischen Ländern hat Ostdeutschland

cent, soziale Geborgenheit, Rechtssicherheit und ähnliche Vergleichsebenen sind für „Normalbürger“ wichtiger als der erfundene Horror, den die Gauckianer, Eppelmänner, Birthlers und Knabes auf staatliche Order und mit Steuergeldern verbreiten. Die DDR-Bürger müssen sich nicht von importierten Totalitarismusforschern und ihren willigen Helfern das Gehirn verkleistern lassen.

Die Rezepte des Philosophen Schröder sind schon deshalb untauglich, weil sie an der gescheiterten Politik nicht rütteln wollen (oder dürfen).

Schröder schämt sich nicht, die Not anderer in seine völlig verfehlte Argumentationskette einzubauen: „Die meisten Menschen dieser Welt würden sofort ihre Probleme gegen unsere eintauschen. Deshalb versuchen ja viele, unter Lebensgefahr nach Europa zu kommen.“ Ob Schröder tatsächlich nicht weiß, daß die Not dieser Millionen von denselben Finanzhaien und ihren Regierungslakaien verursacht wird, die auch die „deutsche Einheit“ besorgt haben? Sind dafür die DDR-Bürger verantwortlich, die in den vierzig Jahren der Existenz ihres Staates mit dem Befreiungskampf der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas solidarisch waren? Vietnamesen, Kubaner, Palästinenser oder Namibier sind nicht so gedächtnisschwach wie der Philosoph, Theologe und Sozialdemokrat Richard Schröder.

Seine „Maßstäbe“ beweisen den Niedergang theoretischen Denkens, politischer Moral und christlich-abendländischer Werte. Ob da noch ein Satz von Abraham Lincoln zum Nachdenken beiträgt? „Man kann alle Leute einige Zeit zum Narren halten und einige Leute allezeit; aber alle Leute allezeit zum Narren halten kann man nicht.“

Prof. Dr. Horst Schneider

# Unter Hitler zum Tode verurteilt und von der BRD-Justiz eingekerkert Heinz Keßler sprach in Halle

**A**ntifaschismus tut not! Die Leitung der Regionalgruppe Halle hatte Heinz Keßler gebeten, zu diesem Thema zu sprechen. Nicht nur, weil 61 Jahre nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition über den deutschen Faschismus hierzulande schon wieder neofaschistische Ideologie und verabscheuungswürdiges Gewaltverhalten Auferstehung feiern, sondern auch, weil sein Leben ihn dafür geradezu prädestiniert. Als Arbeitersohn im antifaschistischen Sinne erzogen, im Zweiten Weltkrieg Kämpfer gegen Hitlers Aggressoren an der Seite der Sowjetarmee, zu DDR-Zeiten Volksarmeegeneral und Verteidigungsminister. Vor diesem Hintergrund erlebten wir einen Mann, der mit 87 Jahren seinen Kampfesmut bewahrt hat. In bewegenden Worten appellierte Heinz Keßler an seine Zuhörer, der neuen braunen Welle entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. „No pasaran! Sie dürfen nicht durchkommen und neues Unheil über unser Land und die Menschheit bringen!“ Für die reichliche Dreiviertelstunde freier Rede dankten

ihm die 140 Teilnehmer, die sich von den Plätzen erhoben hatten. Da wurde nicht von hoher politischer Warte aus doziert, sondern anhand von Tatsachen deutscher Geschichte geraten, wachsam zu bleiben. Die Sorgen, die das Volk wie einst auch heute drückten, dürften seinen Blick nicht noch einmal trüben.

„Darüber muß jetzt überall geredet und wenn notwendig auch gestritten werden“, sagte Keßler, „weil das Kernstück des Antifaschismus die Lebensfrage der Menschen betrifft, den Kampf gegen Aggression und Krieg.“ Das sei nicht Sache nur einer Nation, sondern von internationaler Bedeutung. Es sei eine Angelegenheit, die man nicht auf ethnische Gruppen begrenzen dürfe, keine Pflichtübung einer Partei, vielmehr umfassende humanistische Pflicht ohne Bindung an Konfessionen oder Weltanschauungen. Es gelte, dafür überall Verbündete zu suchen und zu finden.

Heinz Keßlers Worte regten die Debatte zum Thema an. Teilnehmer aus PDS, DKP, KPD, VVN-Bund der Antifaschisten,

SDAJ, Gewerkschaftsjugend, ehemalige Volksarmeeoffiziere und Angehörige der halleschen Martin-Luther-Universität kamen dabei zu Wort. Sie setzten sich mit der in den bürgerlichen Medien üblichen Sprachregelung vom „verordneten Antifaschismus“ in der DDR auseinander und forderten, die Geschichtsfälschungen auch in dieser Frage endlich einzustellen. Auf die Tagesordnung gehöre die entschiedene Auseinandersetzung mit neofaschistischen Umtrieben und deren Hintermännern. Organisationen und Parteien der neuen Nazis müßten verboten werden.

Genosse Heinz Keßler, einst als Frontbeauftragter des Nationalkomitees Freies Deutschland von den Faschisten in Abwesenheit zum Tode verurteilt und noch in hohem Alter als verantwortlicher Politiker und Militär der DDR von der bundesdeutschen Justiz eingekerkert, hat mit seiner Rede in Halle ein Zeichen gesetzt, das weit über den Versammlungsort hinaus wahrgenommen werden sollte.

**Dr. Hans-Dieter Krüger**

## Brief aus der „Heldenstadt“ Pastor Fliege und das Opium des Lügensystems

**Z**wei auch bei uns in Leipzig gefragte Fernsehstars – der bekannte Kriegsreporter und Publizist Peter Scholl-Latour und Ex-Fernsehpfarrer Jürgen Fliege – legten öffentlich eine Eiterbeule bloß. Sie überraschten damit Zuschauer und Studiogäste eines Nachrichtensenders und brachten die Moderatoren in sichtliche Verlegenheit. Scholl-Latour entdeckte „Lügen, daß sich die Balken biegen“, und Fliege bezeichnete in einer anderen Sendung die bundesdeutschen Medien als „Opium“. Man traute seinen Ohren nicht, hatte doch die DDR-Opposition Presse und Sondern des Westens stets höchste Wertschätzung entgegengebracht und besonders deren Wahrheitsliebe hervorgehoben.

Übrigens gab es noch mehr prominente Deutsche, die das Übel erkannten. Wilhelm Liebknecht sah bereits vor über 100 Jahren in der Presse „das wirksamste Mittel der Knechtung“. Sein „Nachfahre“ und jetziger Hausherr im Leipziger Liebknecht-Domizil Volker Külow (Linkspartei) verwies auf „das Totschweigen unbequemer Wahrheiten“. Der Dichter Erich Kästner sah das deutsche Volk „in geistiger Umnachtung“. „Spiegel“-Redakteure schrieben vom „Land der Lügen“. Andere nennen das Ganze „organisierte Volksverdummung“.

Wenn man davon ausgeht, daß sich diese Leute die Beschuldigungen nicht aus den Fingern gesogen haben, dann bedeutet das: Es findet ein Frontalangriff auf die Demokratie und die freie Entwicklung jedes einzelnen statt. Wer Opium einsetzt, will Marionetten als Staatsbürger und eine Schafherde als Volk, marschiert in die Richtung zu einer mehr oder weniger geschickt getarnten Diktatur oder Demokratie. Inhaltlich werden wir mit Schönfärberei, Halbwahrheiten, Ignoranz, Scheindiskussionen, Bilanzfälschungen, Ausgrenzen von Kritikern, Verleumdungen politischer Gegner konfrontiert. Man macht die DDR zur Karikatur, schweigt Ursachen und Zusammenhänge tot, verweigert realistische Sachstandsanalysen und Stellungnahmen. Ergänzend wirken kopflastige Seichtunterhaltung und das Hochspielen von Nebensächlichkeiten. Besonders Regierungspolitiker und staatsnahe Journalisten erfinden die „Wahrheit“ eher am Schreibtisch als sie auf der Straße zu suchen.

Ein passendes Praxisbeispiel war die Bundestagsdebatte am 9. November über den Aufbau Ost. Nach Darstellung des Fernsehsenders „Phoenix“ brachte unser ehemaliger Oberbürgermeister, der heutige Minister Tiefensee, der selbst von Leip-

ziger kritischen bürgerlichen Kreisen als „Leuchttürmer“ eingeschätzt wird, nur Problemfragmente vor. Die Diskutanten Vaatz (CDU) und Günther (FDP) wichen mit dem Aufwerfen von „Stalinismusopferfragen“ und Verkehrsthemen auf Felder aus, die für die Mehrheit der Ostdeutschen kaum interessant sein dürften.

An der hiesigen Basis spricht man über anderes: über die Hartz-IV-Schweineerei, radikalen Dumpinglohndruck, die Aufzwingung unbezahlter Überstunden, das Aufzwingen von Teilzeitprojekten, die Lehrstellenkatastrophe und die Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher. Auch über unfähige Politiker und knochenharte Räuberkapitalisten. Und über Kinder und Enkel, Freunde und Bekannte, die sich unter diesen Verhältnissen gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen. All dies ist kein Thema im „Opiumsystem“, mit dem man die Demokratie „verbessern“ will.

Schalten wir einen beliebigen deutschen Sender ein, um Nachrichten zu empfangen, haben wir gleich ein halbes Dutzend Schwindler in unserer Wohnung. Und den Rat von Ex-Fernsehpfarrer Jürgen Fliege: „Passen Sie gut auf sich auf!“

**Joachim Spitzner**

# Wie man Untreue in einer Bundesaufsichtsbehörde inszenieren kann

## Zufälliges Auffliegen eines Ministerialdirektors

Ostersonntag 2006. Flughafen Frankfurt am Main: Bei der Rückkehr aus seinem Dubai-Urlaub wird Ministerialdirektor Michael R. (54) verhaftet. Er ist kein Terrorverdächtiger. Seine kriminelle Energie wurde ihm zum Verhängnis. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn wegen Bestechlichkeit, Untreue und Steuerhinterziehung. Um vier Millionen Euro soll er seine Behörde betrogen haben. An Geld kam R. ohne Schwierigkeiten heran. „Im Kern war es recht banal, weil es so einfach war“, sagte er einer Zeitung. Als Verantwortlicher für Informationstechnologie machte er mit dem Mitarbeiter einer Computerfirma – seinem Komplizen – gemeinsame Sache. Er bestellte Software, die nicht geliefert, aber in Rechnung gestellt wurde. R. gab die Summe zur Anweisung frei. Der „Erlös“ wurde geteilt.

Derartige Delikte sind bundesdeutscher Alltag. Sie finden kaum noch in der Lokalpresse Erwähnung. Anders in diesem Fall. Im Finanzteil der überregionalen Zeitungen und Nachrichtenmagazine gab es Meldungen und Kommentare. R. spielte darin fast keine Rolle mehr. Es ging nur noch um „die Korruptionsaffäre“. Dem Finanzstandort Deutschland sei Schaden entstanden, hieß es sogar. Das ließ aufmerken. Auch fielen ungewöhnliche Aktivitäten in diesem Zusammenhang auf. Parallel zu den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wurden Gutachten zur Arbeit in der Behörde gefertigt.

Der Finanzausschuß des Bundestages beriet zweimal unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die FDP-Bundestagsfraktion stellte kleine Anfragen an die Regierung. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte eine aktuelle Stunde. Und das alles wegen vier Millionen veruntreuter Euro?

Das Problem war und ist nicht Michael R., sondern die Behörde, in der er bis zu seiner Verhaftung tätig war: Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (amtliches Kürzel BaFin). Diese Institution ist außerhalb der Finanzwelt nur wenigen ein Begriff. Sie entstand 2002 auf gesetzlicher Grundlage, um eine einheitliche staatliche Aufsicht über Banken, Versicherungen und Finanzdienstleister zu gewährleisten. Die BaFin untersteht dem Finanzminister und wird von einem Präsidenten geleitet. Ein Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung.

Der Gesetzgeber übertrug der BaFin enorme Vollmachten: Sie kontrolliert 2400 Kreditinstitute, 640 Versicherungsunternehmen. Sie überwacht Finanzdienstleister und Fonds. Ihr Präsident kann jederzeit bei diesen Einrichtungen Sonderprüfungen anordnen, unangemel-

det Dokumente einsehen und an Sitzungen der Aufsichtsorgane teilnehmen. Die Banken sind verpflichtet, die Daten von insgesamt 497 Millionen (2005) Konten und Depots zur Einsicht bereitzustellen. Die BaFin veranlaßt den automatisierten Abruf von Kontoinformationen durch die dazu berechtigten Einrichtungen. Damit soll der Kampf gegen organisierte Kriminalität, Geldwäsche, Korruption, Betrug, Rauschgifthandel und Steuerhinterziehung unterstützt werden. In dieser Behörde, die mit ihren 1500 Mitarbeitern die Finanzmärkte der größten Volkswirtschaft Europas kontrolliert und Einblick in das Konto jedes Bundesbürgers hat, bemerkte niemand das kriminelle Handeln des R.! Die Veruntreuungen deckten erst Beamte des Bundesrechnungshofes bei einer Routinekontrolle auf. Bald mußte die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen ausweiten. Beamte der BaFin sollen Banken vor Überprüfungen gewarnt haben. Einer steht in Verdacht, Verwandte und Bekannte in der Behörde untergebracht zu haben. Das fiel bei 213 Einstellungen 2005 nicht weiter auf. Die Betroffenen erhielten sogar jene Fragen ausgehändigt, die beim Bewerbungsgespräch eine Rolle spielten. Ursprünglich für 2004 geplante Überprüfungen im Verantwortungsbereich des R. wurden mehrfach verschoben und fanden schließlich auch 2005 nicht statt. Vorgaben der Bundesregierung zur Korruptionsverhütung blieben zwei Jahre unbeachtet. Ein Erlass des Finanzministeriums lag ein Jahr in einem Schreibtisch. Diese chaotischen Zustände nahmen weder der Präsident noch der Verwaltungsrat oder das Finanzministerium wahr.

Der Skandal konnte der Öffentlichkeit nicht verheimlicht werden. Doch die Verantwortlichen im Finanzministerium nutzten die breite Palette der Reaktionsmöglichkeiten: kleinreden, abblocken, Bauernopfer aussuchen, von der eigenen Verantwortung ablenken, Akteneinsicht verweigern, abwarten, anmahnen.

Für die von der BaFin kontrollierten Banken und sonstigen Institutionen ist die Aufklärung des Skandals von unter-

geordneter Bedeutung. Für sie ist es ein willkommener Anlaß, um die unliebsame „Superbehörde“ auszuhebeln. Von Anfang an lehnten sie die Finanzaufsicht durch die BaFin ab. Sie kritisieren die Prüfungspraxis, sprechen von „Gängelei“, von „Revolvermethoden“ und sehen einen Wettbewerbsnachteil im Vergleich zur europäischen Konkurrenz. Jetzt drohen sogar noch „Gefahren“ aus Brüssel. Die EU drängt auf eine Reform der Bankenaufsicht. Die Banken in der BRD befürchten eine europäische Finanzaufsicht.

In dieser Auseinandersetzung an zwei „Fronten“ sind die Bankenverbände der Unterstützung durch die Bundesregierung gewiß. Bereits 2002 sagten CDU, CSU und FDP ja zu einer Finanzaufsicht, aber nein zur BaFin. Die SPD, die damals das Gesetz zur Gründung der BaFin auf den Weg brachte, knickte drei Jahre später im Koalitionsvertrag ein. Darin ist die Revision der BaFin-Strukturen festgeschrieben. Die Regulierung der Finanzaufsicht soll „auf ein notwendiges Maß zurückgefahren“ werden. Finanzminister Steinbrück hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung beauftragt, die Finanzaufsicht wissenschaftlich zu untersuchen. Recht offen wird in Bankkreisen bereits einer Aufspaltung der BaFin das Wort geredet. Es kursiert ein Papier ohne offiziellen Autor. Darin wird vorgeschlagen, die Aufsicht über das Innenleben der Banken (Solvenzaufsicht) bei der Bundesbank zu konzentrieren, die Marktaufsicht, also alles, was mit dem Handel von Aktien, Anleihen und anderen Wertpapieren zusammenhängt, bei einer eigenständigen Behörde anzusiedeln. Die Bundesbank ist deshalb das A und O aller Überlegungen für eine veränderte Finanzaufsicht, weil sie nicht der politischen Kontrolle durch Bundestag und Regierung unterliegt. Nach dem Gesetz ist die Bundesbank von Weisungen der Bundesregierung unabhängig. Die Bankenverbände und ihre politischen Interessenvertreter im Bundestag betrachten diese Unabhängigkeit als „hohes Gut“, das jetzt genutzt werden müsse.

Noch ist vieles im Fluß. Fest steht jedoch, daß der Korruptionsskandal in der BaFin zum Anlaß genommen wird, um die Finanzaufsicht künftig jeglicher Kontrolle durch Regierung und Parlament, die versagt haben, zu entziehen. Und was Brüssel betrifft, so sind die Befürchtungen der Banken unbegründet. Im ersten Halbjahr 2007 liegt die EU-Ratspräsidentschaft in deutschen Händen. Vorab hat Steinbrück seinen Amtskollegen bereits zu verstehen gegeben, daß es mit ihm keine europäische Finanzkontrolle geben wird.

**Dr. Dieter Hillebrenner**

### Gedenkstätte geschändet

Auf Initiative der Linkspartei e.V. und bezirklicher Gremien in Berlin-Lichtenberg ist die Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde durch einen Stein mit der Aufschrift „Den Opfern des Stalinismus“ geschändet worden. Er wird dem Antikommunismus und der Hetze gegen die DDR neuen Auftrieb geben.

Wir protestieren gegen eine „Ehrung“, die nur den Feinden der Arbeiterbewegung in die Hände spielt! ■



# Das Proletarierleben des Genossen Willi Schaper Ein Steingutbrenner, der Landrat wurde

Er schlug die Schlachten seines Lebens nicht vor Madrid. Er schlug sie vor der Haustür in Haldensleben, Kreisstadt im Magdeburgischen, aus der er nie wirklich herauskam.

Mancher wird berühmt mit den Taten einer Stunde, eines Tages. Bei manchem bedarf es eines langen Lebens.

Bei Willi Schaper sind es die Taten des Alltags, derer wir gedenken.

Geboren am 2. Juli 1902. Dann 1917 Lehre in einer Magdeburger Maschinenfabrik. Hier erste Begegnung mit einem Spartakisten. Willi spendet die erste Mark für Spartakus und die Antikriegsarbeit. Aufregende Nachrichten prägen den Jungen. Solche vom großen Munitionsarbeiterstreik, vom Aufbegehren in der kaiserlichen Flotte, einer Oktoberrevolution, einer Novemberrevolution, den Toten von Berlin, München, Leuna und Bitterfeld.

Ein aufgeweckter Junge. Volksschüler. Ein Lesender, gierig Lesender. 1919 Organisator eines Kommunistischen Jugendverbandes im Ort. Den Eltern folgt er in die KPD.

Mai 1924. Öffentliche Versammlung der SPD im größten Saal der Stadt. Reichskanzler Bauer als Redner. Zwei Kommunisten sprachen zur Diskussion. Der erfahrene Otto Wippert und der 22jährige Willi Schaper. Der erstmals vor so einem Forum. 1930 trat er auf einer Versammlung der Hitlerpartei auf. Rundum war SA postiert. Da herrschten rauhere Sitten. Willi flog von der Bühne, er wußte nicht wie.

Schaper, Proletarier, Rot-Front-Kämpfer, von 1928 bis 1933 Unterbezirksleiter der KPD im Heimatkreis. 1933 Kandidat für den Preussischen Landtag. Er bekam die Quittung, fand sich wieder im alten Zuchthaus Sonnenburg. Schläge und Blut bestimmten die Tage.

In Haldensleben dominierte die Keramik-Industrie. Schaper war bis 1933 Steingutbrenner. Nach der Rückkehr von Sonnenburg dasselbe. Indessen isoliert von den Kollegen, nur Nachtschichten gab es für ihn. Vor den heißen Brennöfen stand er, sieben Brennkegel im Ofen, sieben Feuerungen waren zu bedienen. Er brannte Gebrauchsgeschirr.

Krieg. Im Betrieb Verschleppte. Solidarität war gefragt. Junge jüdische Frauen aus Wien brauchten sie. Eine wenigstens rettete Willi vor dem Tod in Auschwitz oder Treblinka. Dann waren da junge Sowjetbürgerinnen. Die aßen mehr als einmal bei Agnes deren Napfkuchen in der bescheidenen Wohnung der Schapers und hörten Radio Moskau mit seinem unvergeßlichen Sprecher Lewitan. Polen, Franzosen, Deutschen half Willi. Aber auch er konnte nicht immer nur geben. An einer Schura, Tonja, Katja richtete er sich auf.

1945. Nach Amerikanern und Briten rückte am 1. Juli die Rote Armee ein. Oberst Resnikow, erster Kreiskommandant, berief Schaper zum Landrat. Die

schwerste Aufgabe, die ihm im Leben aufgebürdet wurde. Wer weiß denn noch, was es damals hieß, Landrat zu sein. Schaper begriff, daß es sein mußte. Aber daß er nach alter Ordnung bald gar den Titel „Regierungsrat“ tragen sollte, ging ihm gegen den Strich. Das hätten sich Vater, Mutter und Agnes nie träumen lassen. Verantwortung trug Willi fortan für 57 Gemeinden. Die Einwohnerzahl stieg 1945/46 von 62 500 auf 95 170. Und alle brauchten Wohnungen, Nahrung, Arbeit, Schulen für die Kinder.

Viele Schlachten waren gleichzeitig zu schlagen. Erste große Bewährungsprobe: die Bodenreform. Am 3. 9. 1945 erfolgte ihre Verkündung. Einen Tag später war Willi Vorsitzender der Kreisbodenkommission.

In 44 Dörfern entstanden Ortsbodenkommissionen. Deren Vorsitzende: 16 Mitglieder der SPD, 13 der KPD, 15 Parteilose.

Am 9. September überbrachte Willi Schaper dem Grafen von der Schulenburg als erstem im Kreis den Bescheid über seine Enteignung. Rund 2300 ha Acker, Wiesen, Wald besaß der allein.

Schon am 25. 9. schloß Rottmersleben, erster Ort im Kreis, die Reform ab. Schaper konnte 26 Besitzurkunden übergeben. Alle trugen seine Unterschrift. 23 462 ha Land kamen im Kreis zur Enteignung. Es stammte von 55 Großgrundbesitzern, 21 Kriegsverbrechern, 3 Domänen. Bewirtschaftet fortan von 1758 Neubauern, 1848 bisherigen Kleinpächtern und 421 landarmen Bauern.

„Heile Zustände“, das Wort hörte ich später oft von Willi, wenn er über die erste Friedensernte sprach. Das Wettergeschehen war dramatisch. Das Getreide verfaulte auf dem Halm. Seine Aufgabe:

die verlustlose Bergung zu organisieren. Die sowjetischen Freunde waren mit dem Tempo unzufrieden. Mit hängenden Köpfen verließen die deutschen Genossen so manches Mal die Kreiskommandantur.

Zu den Schwierigkeiten bei der Erntebergung kamen solche bei der Ablieferung der Produkte, bei Getreide, Fleisch, Milch, Eiern ... „Einmal fehlten fünftausend Zentner Getreide am Plan“, erzählte der Willi zurückdenkend. „Ich ging am Abend gleich mit der Wolldecke zum Rapport.“ Schaper und seine Genossen, Sieger der Geschichte, wie leicht sagt sich das dahin.

Unvergessen eine Episode am Rande. Die sowjetischen Genossen veranstalteten Hasenjagden. Einmal mußte Schaper mit. Seinen Hut verlor er dabei. Geschossen hat er wohl nichts. Bei der Rückkehr warf ihm Major Grankin acht Hasen in seinen winzigen Hausflur. Und Schaper? Acht Arbeiterfamilien machte er damit eine Freude.

Einmal hat er sich der Partei verweigert. Das war Jahre später. Landrat in Wernigerode sollte er werden. Agnes stand immer an seiner Seite. Jetzt war sie nicht bereit, ihre Stadt, ihr Elternhaus zu verlassen. Willi mußte sich fügen. Er wurde Betriebsleiter der nun volkseigenen Vereinigten Keramikfabriken, in denen er ein Vierteljahrhundert vorm Ofen gestanden hatte.

Irgendwann ging unser Mann in Rente. War fortan natürlich Mitglied der Kreisleitung, WPO-Sekretär, Vorsitzender der VVN/OdF im Kreis, Autor, Redner immer wieder vor jungen Leuten. An eine Ansprache erinnert er sich besonders gerne. Es war am 50. Jahrestag der Oktoberrevolution. „Meine beste Rede“, sagte er. Am Schluß rezitierte er das Gedicht „Petrograd – Du rote Flamme“.

Keine Ehrung der gefallenen Sowjetsoldaten ließ er aus. Und wenn die jungen Genossen vergaßen, ihn im Auto mitzunehmen? Na und? Winter? Der Weg weit? Willi ging zu Fuß. Ganz selbstverständlich.

In den Dörfern starben alte, verdienstvolle Genossen. 1973 sagte er mir: „Ich kenne nun alle Friedhöfe des Kreises. Überall liegen Opfer des Faschismus begraben und überall Genossen, die ich auf ihrem letzten Weg begleitete.“

Schaper, hochdekoriert, wertvoll ihm der Vaterländische Verdienstorden in Gold.

Proletarier bis zu seinem Tode in Haltung und Lebensstil. Zugleich: Von geistiger Arbeit geprägter intellektueller Typ. Wann immer ich ihn besuchte – Schwamm steckte im Haus, in der Wohnung noch die gleichen ersten Stühle, auf dem Tisch Stippe und grüner Salat. Zu bemerken bleibt: Im neuen „Reich“ erinnert keine Straße, kein Platz an diesen beispielhaften Mann.



**Eingesandt von Günther Lidke, Wolfen**

**Karl Schlimme**

# Wie die deutschen Faschisten Hunderttausende Behinderte ausrotteten

## Das Schicksal meiner Schwester Irma

Der schöne, leichte Tod. So etwa läßt sich das Wort Euthanasie aus dem Griechischen übersetzen. Im Faschismus wurde dieser Begriff, wie viele andere auch, auf grausame, perverse Art mißbraucht.

Bereits im Jahre 1920 hatten der Jurist Karl Bindig und der Arzt Alfred Hocke mit der Veröffentlichung ihres Pamphlets „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“ eine biologistische Diskussion angefangt. Wie intensiv sich schon seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert Ärzte und Wissenschaftler mit dem Thema der Wertigkeit von Menschen befaßten, beschreibt Ernst Klee in seinem Buch „Deutsche Medizin im Dritten Reich“.

Mein Zugang zur „Euthanasie“ ist der Mord an meiner Schwester Irma. Sie war das siebente Kind von 12 Geschwistern, und 15 Monate jünger als ich. Ihre ersten vier Lebensjahre verbrachte sie bei uns in der Familie. Sie entwickelte offensichtlich verzögert und war behindert.

Unser Vater gehörte dem Antifaschistischen Kampfbund an, der sich schon vor 1933 der drohenden Hitlerdiktatur entgegenstellte. Während seiner Gestapohaft 1933 verlor er seine Anstellung, was einem Berufsverbot gleichkam. Für seine Familie mit mittlerweile neun Kindern war das eine Katastrophe. Ich erinnere mich, daß wir des öfteren hungerten.

Irma war ein freundliches Kind, das sich erkennbar freute, wenn in der Familie gesungen und musiziert wurde. Auffallend war, daß sie erst als Dreijährige laufen konnte und auch nur wenig sprach. Am 25. Juli wurde das Gesetz „Zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ erlassen, was zunächst die Zwangssterilisierung von Menschen zur Folge hatte, die angeblich erbkrank waren. Ärzte, Hebammen und Geburtshelfer wurden verpflichtet, auffällige Neugeborene und Kinder an die Gesundheitsämter zu melden. Dadurch geriet auch meine Schwester Irma in deren Blickfeld. Ein Dr. Villinger wurde beauftragt, sein psychiatrisches Gutachten vorzulegen. Es fiel verheerend aus. Irmas Schicksal war damit besiegelt. Der Arzt bezeichnete sie als „völlig idiotisch“. Auch die Beschreibung ihres Äußeren entspricht nicht dem, woran wir uns erinnern. Ein Foto Irmas aus den Alsterdorfer Anstalten, wohin sie am 21. Dezember

1933 kurz vor ihrem vierten Geburtstag gebracht wurde, zeigt ein hübsches spielendes Kind, das absolut nicht dem Bild gleichkommt, welches Dr. Villinger in seinem Gutachten gezeichnet hatte!

Meine Eltern gaben sicher dem Druck der Familienfürsorge in der Hoffnung nach, Irma gut versorgt zu wissen. Niemand hat auch nur annähernd voraussehen können, daß Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger zu willigen Mordhelfern eines verbrecherischen Regimes werden würden. Zudem erwartete meine Mutter ihr zehntes Kind. Häufig krank und durch die vielen Geburten überlastet, starb sie schon am 21. April 1942. So hat sie den Mord an Irma nicht erleben müssen.

Nach dem Tod meiner Mutter hatte ich, gerade 13 Jahre alt, für meine jüngeren Geschwister zu sorgen. Heute kann ich mir nicht mehr vorstellen, wie ich das bewältigt habe: einen Fünf-Personen-Haushalt versorgen, Einkauf mit wenig Geld auf Lebensmittelkarten erledigen, die Schule besuchen und die Nächte wegen der häufigen Luftangriffe im Keller verbringen!

Irma geriet fast in Vergessenheit. Da bekam mein Vater im Februar 1945 aus dem psychiatrischen Krankenhaus „Baumgartner Höhe“ in Wien die Nachricht, daß sie verstorben sei. Über die Deportation meiner Schwester war die Familie nicht informiert worden. So wußten wir auch nichts über die Praxis der Nazibehörden, Pflinglinge aus den Heimateinstalten in weit entfernte Häuser zu verlegen, um sie dort zu töten.

Meine Nachforschungen darüber, was meiner Schwester und so vielen Menschen angetan worden war, begannen erst, als ich 1983 bei der Durchsicht von Familiendokumenten Irmas Sterbeurkunde fand. Ihr Todestag war der 8. Januar 1944, das Ausstellungsdatum der Urkunde aber der 4. Januar 1945. Als Todesursache wurden Grippe und Lungenentzündung angegeben, was eine Lüge war.

In den Alsterdorfer Anstalten nahm man mich gut auf. Ich erhielt Unterstützung, während meine Nachforschungen in Wien auf Widerstand stießen. Man suchte sie mit Täuschung und Unwahrheit zu verhindern. Ich habe den Jahre dauernden Kampf um die Überführung der sterblichen Überreste Irmas und anderer Hamburger Opfer in ihre Heimatstadt in der Dokumentation „Spurensuche Irma“ beschrieben. Sie erhielten ein Grab auf dem Ehrenfeld der „Geschwister-Scholl-Stiftung“.

Irmas Gewicht verringerte sich in den ersten acht Wochen in Wien von 40 kg auf 28 kg. Die Frauen und Mädchen waren auf „reduzierte Kost“ gesetzt, dazu bekamen die Kinder Überdosen von Luminal. Der Tod wurde durch Hunger, Vernachlässigung und Medikamentengabe verursacht.

Die folgende Aussage einer angeklagten Pflegerin (im Auszug) dokumentiert, wie in den Anstalten vorgegangen wurde: „Es geschah, daß Kinder, denen am Morgen zwei bis drei Tabletten Luminal verabreicht worden waren, am anderen Tag immer noch lebten. Es hat mir leid getan, wenn sie nicht schnell sterben konnten. Auf meiner Station befanden sich Säuglinge und Kinder bis zu acht Jahren. Die Größeren ab zwei Jahren etwa bekamen die Tabletten in Milch aufgelöst oder zerkleinert im Essen. Meist Luminal, aus-hilfsweise wurde auch zu Veronal gegriffen. Wenn die verabreichte Menge keinen Erfolg hatte, wurden entweder, falls noch ein Schluckreflex vorhanden war, erneut Tabletten gegeben; sonst eine kleine Spritze Morphinum-Scopolamin. Säuglinge und Kleinkinder bis zu zwei Jahren bekamen gleich ihre Spritze. Wie gesagt, ich hab's nicht gern gemacht, das mit den Kindern. Und immer nur auf Anweisung. Was hätten wir denn sonst tun können?“

Bis zur Befreiung waren von 228 Frauen und Mädchen, die am 16. August 1943 nach Wien deportiert worden waren, 196 verstorben, ermordet. Nachweislich haben nur 18 Menschen aus den Alsterdorfer Anstalten die Wiener Psychiatrie überlebt.

Die Anzahl der „Euthanasie“-Opfer wird von der Forschung mit 350 000 angegeben, die Zahl der Zwangssterilisierten mit 500 000. Es handelte sich um Menschen, die nicht den Vorstellungen der Nazis entsprachen, geistig oder körperlich behindert waren, an unheilbaren Krankheiten oder an Altersdemenz litten. Sogar schwerstverwundete Soldaten befanden sich unter den Opfern. Bei der großen Zahl der „Fälle“ müssen Hunderte Ärzte, Angehörige des Pflegepersonals und Beamte an diesen abscheulichen Verbrechen beteiligt gewesen sein. Nach der Befreiung von Krieg und Faschismus wurden nur wenige Täter zur Verantwortung gezogen. Die meisten konnten unbehelligt ihre Karrieren fortsetzen und gelangten zum Teil in hohe Positionen. Ein Beispiel von vielen: Prof. Severing, Mitglied der NSDAP und der SS, wurde nach der Befreiung zum Präsidenten der „World Medical Association“ gewählt. Erst nach der Enthüllung seiner Nazivergangenheit wurde er 1993 auf Druck der Bundesärztekammer zum Rücktritt gezwungen.

Die von Zwangssterilisation und „Euthanasie“ Betroffenen sind bis heute nicht als Opfer des NS-Regimes anerkannt.

Irma hat zwei Grabstätten: Ihr Körper wurde in einem Massengrab auf dem Zentralfriedhof in Wien verscharrt, ihr Gehirn in einem Ehrengrab auf dem Ohlsdorfer Friedhof beigesetzt.

**Antje Kosemund, Hamburg**

Die Familie unseres Autors **Hans Horn** hat bei einem tragischen Unfall zwei nahe Angehörige – darunter eine sechsjährige Enkeltochter – verloren. Wir drücken ihr unser Mitgefühl aus.

# Über das Ende der DDR-Chemiekombinate und den Konzern IG Farben AG i. L. (Teil 1)

## Auslöschung einer blühenden Industrie

Mit dem Anschluß der DDR an die BRD wurde einer traditionsreichen und leistungsfähigen chemischen Industrie im Raum Bitterfeld/Wolfen durch eine dilettantische Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, ausgeführt von der Treuhandaanstalt, nach einhundert Jahren das Lebenslicht ausgeblasen.

Die chemische Industrie im Bitterfelder Wirtschaftsraum entstand auf der Basis der reichen Braunkohlevorkommen, des Salzes im Bernburg-Staßfurter Revier, der Wasserressourcen der Mulde, der verfügbaren Arbeitskräfte und der günstigen Verkehrsinfrastruktur. In der „Gründerzeit“ waren in Deutschland Innovationen für chemische Verfahren und Produkte entwickelt worden, die auf dem Markt hohen Profit versprachen. Mitte und Ende der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts siedelten sich im Kreis Bitterfeld die Elektrochemischen Werke Berlin GmbH, ECW, eine AEG-Tochter, die Chemische Fabrik Griesheim Elektron AG, Frankfurt/Main (CFG), die Farbenfabrik der Aktien-Gesellschaft für Anilin-Fabrikationen, Berlin (Agfa), und die Kommanditgesellschaft „Salzbergwerk Neu-Staßfurt und Teilnehmer“ an.

Diese Unternehmen bildeten das deutsche Zentrum der Elektrochemie und Elektropharmie mit Chlor-, Phosphor- und Aluminiumproduktion. Sie waren führend auf dem Gebiet der Kunststoff-, Farbstoff- und Filmproduktion in Deutschland.

Bereits im Ersten Weltkrieg beteiligten sie sich maßgeblich durch die Produktion und Lieferung von Kampfstoffen unter den taktischen Bezeichnungen Grünkreuz, Gelbkreuz und Blaukreuz an der chemischen Kriegführung der kaiserlichen Armee.

1925 gehörten die Unternehmen mit Ausnahme der Kommanditgesellschaft „Salzbergwerk Neu-Staßfurt u. T.“ zu den Mitbegründern der IG Farben AG, die ihren Sitz für die mitteldeutschen Firmen in Bitterfeld einrichtete. Von nun an waren die IG Farben bis 1945 allgegenwärtig und bestimmten das Leben in der Region. Der Konzern gehörte zu den ersten und aktiven Förderern Hitlers und tat alles, um für den Völkermord der Nazis durch Krieg, für die „Endlösung der Judenfrage“ und die Massenvernichtung „unwerten Lebens“ (Euthanasie) die erforderlichen Produkte wie Leichtmetalle, synthetischen Gummi, Spreng- und Treibstoffe, Medikamente und Giftstoffe bereitzustellen. Daran waren alle Firmen der IG Farben „Betriebsgemeinschaft Mitteldeutschland“ beteiligt. Es gab eine enge personelle Verbindung zwischen der politischen, staatlichen und militärischen Führung in Berlin und der IG. Sie erfolgte durch Wehrwirtschaftsführer, Kommissare oder Sonderberater des Rüstungsministeriums, die gleichzeitig Konzernvorstände bzw. Direktoren

waren. 13 Vorstandsmitglieder und Direktoren der IG Farben standen 1945 in Nürnberg vor Gericht.

In der Folge des Zweiten Weltkrieges wurden die Abkommen der Alliierten von Jalta und Potsdam zur Enteignung und Entflechtung der Konzerne, die eine kriegsentscheidende Bedeutung hatten, in den Westzonen anders umgesetzt als in der sowjetischen Besatzungszone. In ihr fanden die von den Siegermächten auf der Krimkonferenz und im Potsdamer Abkommen beschlossenen Demontagen, die Beschlagnahme der Fabrikeinrichtungen, die Überwachung der Produktion für die „Herstellung von Metallen und Chemikalien, ... die unmittelbar für militärische Produktion benutzt werden könnten“ ... und die Enteignungen tatsächlich statt. So wurden im EKB die Aluminiumwerke zu 75 %, das Werk Süd zu 51 %, das Werk Nord zu etwa 70 %, das Kraftwerk Thalheim zu 100 % demontiert und die Ausrüstungen in die UdSSR verbracht. In der Farbenfabrik war die Situation ähnlich. Die Kommanditgesellschaft „Salzbergwerk Neu-Staßfurt u. T.“ gehörte 1945 zum Konzern Kalichemie AG und wurde vollständig demontiert.

Die IG „Betriebsgemeinschaft Mitteldeutschland“ gab es nicht mehr. Patente, Lizenzen und Produktionsvorschriften wurden erst durch die amerikanischen Truppen und dann durch die sowjetische Firmenleitung beschlagnahmt. Fachkräfte und IG-Verantwortliche gingen mit den amerikanischen Truppen in die Westzonen, und andere Experten wurden zur Wiedergutmachung durch wissenschaftliche Arbeit in der UdSSR verpflichtet. Farbenfabrik und EKB kamen unter sowjetische Verwaltung mit jeweils einem Generaldirektor an der Spitze. Sie firmierten neu als Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld, Abteilung der Staatlichen Sowjetaktiengesellschaft „Kaustik“, und Farbenfabrik Wolfen, Abteilung der sowjetisch-staatlichen Aktiengesellschaft für Farbstoffherzeugung „Kraska“. Das EKB hatte 1948 den Produktionswert von 1936 und 1951 den Bestwert, der 1944 zu Zeiten der IG erreicht worden war,

übertrafen. Davon gingen 52,7 % auf das Reparationskonto und 3,8 % direkt an die Sowjetarmee. Dieses Wachstum war auch der Tatsache geschuldet, daß die Demontage der Anlagen eingestellt und diese wiederaufgebaut wurden. Reparationen aus der laufenden Produktion erfolgten als Warenlieferungen.

Beide Betriebe wurden 1952 in deutsches Eigentum als VEB Farbenfabrik Wolfen und VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld übergeben. Sie bildeten den Stammbetrieb des VEB Chemiekombinat Bitterfeld. Mit der Etablierung einer volksdemokratischen Ordnung waren in der DDR völlig andere gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen und Aufgabenstellungen entstanden, die mit denen im Westen Deutschlands nicht verglichen werden konnten.

Der Stammbetrieb des VEB Chemiekombinat Bitterfeld wurde zum bedeutendsten Produzenten von Hütten- und Reinstaluminium und zum größten Chlorproduzenten für die Volkswirtschaft der DDR. Mit einem Anteil von 20 % am Gesamtaufkommen war er zugleich der bedeutendste Hersteller von Wirkstoffen und Formulierungen für Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel. Er realisierte 2 % der Weltproduktion.

Ähnlich war die Entwicklung bei Ionenaustauschern. Aus der Farbenfabrik Wolfen stammte 1936 die Ursprungserfindung (WOFATIT). Sie war für diese Produkte weltweit der erste und zu DDR-Zeiten der drittgrößte Hersteller in der Welt.

Der Betrieb in Wolfen war ab 1927 vorwiegend auf blaue und rote Azo-Farbstoffe und Schwefelschwarzmarken festgelegt worden. 1945 erzeugte er nur noch 859 Tonnen gegenüber 9194 Tonnen im Jahr 1939. Nach dem Krieg wurde das verbliebene Farbstoffsortiment um 350 neue Einzelmarken und etwa 50 neue Hilfsmittel für die Papier-, Leder- und Textilindustrie erweitert. Das CKB hat den Bedarf der DDR an Farbstoffen, Weißtönern und Hilfsmitteln zu etwa 65 % gedeckt. Hinzu kam der Export in das Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet (NSW), in die UdSSR und den RGW-Raum. Das CKB gehörte mit der Bereitstellung von ca. 16 000 t/a Handelsware zu den leistungsstärksten Produzenten im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Von 1960 bis 1990 hat die Volkswirtschaft 8,8 Mrd. Mark in den Stammbetrieb investiert. Chemische Kampfstoffe gab es nicht. Dafür moderne haushaltschemische Konsumgüter. Das Chemiekombinat erwirtschaftete 6 % der Warenproduktion des Industriezweiges Chemische Industrie und wurde gern als Apotheke der Volkswirtschaft der DDR bezeichnet.

Dr. Adolf Eser

### Die Regionalgruppe Schwerin

lädt für den **27. Januar 2007** um **10 Uhr** in die Altschweriner Schankstuben am Schlachtermarkt 9-13 ein. Landtagsabgeordneter **Torsten Koplín** und **Dr. Peter Kroh** sprechen zum Thema:

### Ergebnis der Landtagswahlen und Folgerungen für die Linke in M.-V.

# Stößt die Menschheit an ihre Grenzen?

Mindestens seit 1972, als der exklusive Club of Rome seine Thesen über die „Grenzen des Wachstums“ veröffentlichte und alle Welt auf dieses Problem aufmerksam machte, währt der Streit unter Ökonomen darüber, ob es Grenzen der Bedürfnis- und Wirtschaftsentwicklung gibt. Rohstoffreserven, Energie- und Wasserressourcen herkömmlicher Art sind nicht unbeschränkt vorhanden.

Trotz Effektivitätserhöhungen durch Wissenschaft und Technik gehen die Vorräte im Aufkommen und in der Nutzung tendenziell zur Neige. Dafür gibt es mehr oder weniger zuverlässige Berechnungen und Schätzungen.

Auch die Belastbarkeit der Umwelt mit Produktions- und Konsumtionsabfällen ist nicht beliebig ausdehnbar. Das Problem wird zudem rasch größer, wenn man nur einmal an das rasante Wirtschaftswachstum solcher Giganten wie China und Indien sowie vieler Schwellenländer denkt. In den alten großen Industriestaaten, allen voran die USA, gibt es eine enorme Verschwendung. Hinzu kommen die häufiger werdenden kriegerischen Auseinandersetzungen in der Welt.

Die Klärung der von mir aufgeworfenen Frage erfordert ein dialektisches Herangehen. Zweifellos können diese Entwicklungen nicht unverändert so weitergehen, gibt es Grenzen des Wachstums. Es ist aber andererseits auch der Meinung zuzustimmen, daß die Fähigkeiten der Menschen, ihr Leben mit Hilfe der Produktivkraft Wissenschaft ständig zu verbessern, eher unendlich sind, wenn auch auf Wegen, die wir heute zum Teil noch gar nicht kennen und erahnen. Ökologen hören das nicht gern. Sie halten diese These für überzogene Gläubigkeit an den Fortschritt und an die Potenz der Wissenschaft.

Die Lösung liegt wohl zunächst in dem Wie, in der Art und Weise der Bedürfnis- und Wirtschaftsentwicklung, die sich verändern muß. Nicht so sehr quantitative, sondern mehr qualitative Prozesse sind gefragt. Es geht also um einen neuen Typ des Wachstums.

Natürlich bedarf es dazu einer fundamentalen Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Vor allem die kapitalistische Profitgier muß überwunden werden, was neue Macht- und Eigentumskonstellationen voraussetzt. Es gibt dafür keine unbegrenzte Wartezeit mehr. Beide – Produktion und Produktionsverhältnisse – müssen sich rasch zu verändern beginnen, um die Existenz der Menschheit nicht aufs Spiel zu setzen. So ernst steht die Frage!

Die Wirtschaftsentwicklung darf nicht länger vorwiegend extensiv in die Breite gehen – und zwar bei absolut zunehmendem Ressourcen- und Umweltverbrauch –, sondern sie muß intensiv/qualitativ verlaufen, wobei das Produktionsfeld durch Wissenschaft und Technik ergiebiger

wird und der Stoffverbrauch nicht nur relativ, sondern auch absolut sinkt. Die Bedürfnisse der Menschen sind in größerer Vielfalt und nicht teils parasitär zu befriedigen wie bisher.

Dazu ist eine Änderung des Konsumverhaltens unumgebar, was ebenfalls hart umstritten ist. Eine alternative Lebensart ist m. E. vonnöten, die sich dem durch übermäßige Werbung (allein 30 Mrd. Euro Umsatz je Jahr in Deutschland) hochgepuschten Warenfetischismus entzieht. Sie muß zunehmend geistig-kulturelle, lebens- und naturerhaltende Dinge einbeziehen, also eine gewisse Dematerialisierung des Wohlstands ins Auge fassen, ohne etwa materielle Güter negativ zu werten und eine falsche Genügsamkeit zu predigen. Für viele ist ein Mehr zur Befriedigung der täglichen Bedürfnisse durchaus noch bitter nötig oder gar lebensentscheidend. Aber steigende Wegwerf- und Verschwendungsmentalität, die letztlich Verschwendung von Natur darstellt, macht keinen humanitären Sinn, dient lediglich dem Profitstreben. Daß vor allem durch Wissenschaft und Technik und neue Lebensumstände immer neue Bedürfnisse entstehen, soll damit keinesfalls bestritten werden. Der Genuß sollte jedoch neben sinnvollen materiellen Gütern eine stärkere geistig-kulturelle und ethisch-moralische Komponente erhalten. Neuer Typ des Wirtschaftswachstums bedeutet demnach mehr auf nichtstoffliche Leistungen, auf großen Gewinn aus geistig-schöpferischer Arbeit, auf Gesundheit, Pflege, Bildung, Kultur und anderes zur Erhöhung der Lebensqualität Wert zu legen. Durch gezielte Technologie- und Produktinnovationen sind Ressourcenverbrauch und Abfallaufkommen

zu verändern. Das schließt absolute Senkungen des Produktionsverbrauchs, auch Produktionsreduzierungen in besonders stofflich intensiven Zweigen und langfristig sogar eine gewisse quantitative Wachstumsbegrenzung ein.

Der Kern besteht darin – theoretisch schon von Politökonomen in der DDR formuliert –, die bisherige Tendenz der Gegenläufigkeit von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit zugunsten der lebendigen umzukehren, den Anteil von Stoff und Energie zu verringern. Das Ganze natürlich bei Wachstum der Technologie und Technik, welche die Arbeit erleichtern und ergiebiger machen. Also nicht Hightech durch Arbeitskraft ersetzen und keine moderne Maschinenstürmerei! Eine Erhöhung der Lebensqualität folglich ohne ständig weiteres Wachstum der stofflichen Produktion.

Natürlich ist dazu eine lange Übergangszeit erforderlich, die tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungsprozesse zur Bedingung hat. Zugleich sind schrittweise neue wirtschaftsleitende Voraussetzungen zu schaffen.

1. Der übliche Indikator Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) muß durch ökologische Kennziffern und solche des komplexen Wohlstands in der Bewertung ergänzt werden. Das ist durchaus nicht einfach, wie bereits Versuche in der DDR gezeigt haben.

2. Die ökonomischen Anreize wie Preise, Steuern, Förderungen sind mehr auf die Stoffökonomie zu richten.

3. Forschung und Entwicklung sind konsequent auf höchste Wertschöpfung je Einheit Rohstoff und Energie umzuorientieren. Frühere DDR-Bürger werden sich noch an den Kampf um eine höhere Veredlung der Produktion erinnern, der seit den siebziger Jahren einsetzte, als Rohstoffe und Energie (Ölschock) gewaltig und bleibend im Preisniveau weltweit stiegen. Genau um diese Veredlung geht es, höhere Veredlung jeder Einheit von Stoff und Energie.

Das Resümee: Weder bedingungslosem Wachstumsfetischismus ist zu frönen, der heutzutage die Massenarbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern nicht mehr beseitigen kann, noch sind prinzipiell wachstumsfeindliche Positionen zu beziehen. Entscheidend ist, in wessen Interesse und zu wessen Nutzen sich das Wachstum vollzieht. Es handelt sich um ein theoretisches und zugleich sehr praktisches Problem, das der Menschheit buchstäblich „auf den Nägeln brennt“. Es läßt sich bei Fortbestehen der gegenwärtigen Macht- und Eigentumsstrukturen im nationalen und globalen Maßstab allerdings nicht lösen.



Collage Prof. Klaus Staack

**Für breitere Straßen!  
Wählt Konservative!**

**Prof. Dr. Fred Matho**

# Die Angst der Herrschenden vor dem Proletariat nimmt zu Starren auf die „Unterschicht“

Unlängst hat die Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Veröffentlichung bereits bekannter Tatsachen über Armut in Deutschland für Wirbel gesorgt. Sich groß dünkende Politikaster bedienten den bürgerlichen Medienschwungel. SPD-Vorsitzender Kurt Beck entdeckte plötzlich soziale „Unterschichten“. CDU-Führer wie Merkel, Kauder und Pofalla gaben sich unschuldsvoll und machten allein Schröders rosa-grüne Regierung für die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich verantwortlich. Bar jeder Vernunft behauptete Franz Müntefering, es gebe „keine Schichten in Deutschland“.

August Bebel würde sich angesichts solchen Stusses im Grabe umdrehen. Die kapitalistische Gesellschaft ist keine Insel der Seligen, kein Harmoniegebilde, sondern besteht seit jeher aus Klassen und Schichten.

Lenin war es, der in seiner Schrift „Die große Initiative“ eine in sich geschlossene Definition des Klassenbegriffs lieferte, die noch heute Anleitung zum Handeln ist: Klassen seien, stellte er fest, große Menschengruppen, die sich nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der Produktion unterschieden; nach ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln; nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum.

Längst bewiesen ist, daß diese materialistische Betrachtungsweise über die Anatomie gerade auch der kapitalistischen Gesellschaft zugleich wesentliche methodologische Gesichtspunkte für eintretende Veränderungen enthält. Klassen und Schichten sind nämlich nicht statische Gebilde. Sie befinden sich in stetiger Entwicklung und Umwandlung.

Neue Schichten wie die Informatiker verändern die Struktur der Arbeiterklasse und beeinflussen deren qualitatives Wachstum. Ehemals als Arbeiteraristokraten in Stammebelegschaften tätige Fachleute vergrößern inzwischen das Heer der Arbeitslosen. Früher zum „Mittelstand“ Gehörende müssen Konkurs anmelden und sinken soziologisch in das Proletariat hinab.

Doch im gewollten Streit um Worte werden die dem kapitalistischen System inwohnenden Grundwidersprüche, Ungleichheiten und Klassengegensätze bewußt ausgeblendet. Mehr noch: Die Opfer der Politik zur systematischen Zerstörung der bisherigen Lebensbedingungen breiter Schichten werden rücksichtslos diskreditiert und stigmatisiert. Angeblich lassen die „Unterschichten“ – man vermeidet vorsätzlich den „häßlichen“ Begriff Proletariat – oftmals jede Initiative vermissen. Sie hätten sich ihrem Schicksal blind ergeben und verfügten über keine Antriebskräfte mehr, wird erklärt. Das Bild des im Trainingsanzug vor der

Glotze hockenden, dem Alkohol zusprechenden Langzeitarbeitslosen macht in den bürgerlichen Medien die Runde.

Natürlich gibt es nicht wenige Menschen von unterschiedlicher sozialer Zuordnung, die sich inzwischen selbst aufgegeben haben. Nicht selten ist ihre depressive Verfassung vor allem den gesellschaftlichen Verhältnissen geschuldet. Wer jahrelang Bewerbungen schreibt und darauf nicht einmal Antworten erhält, wird mürrisch gemacht.

Die gezielte Diffamierung der Opfer des Sozialabbaus erfolgt besonders aus zwei Gründen: Erstens soll ein koordinierter Widerstand gegen den Sozialraub, der sich in Zukunft anbahnen könnte, von vornherein ausgeschlossen werden. Nichts fürchten die Ausbeuter mehr als ein Zusammengehen derer, die von Unsicherheit betroffen sind, mit jenen, die bereits ihre Arbeitsplätze verloren haben.

Die Armut ist dem Kapitalismus innewohnend. In der BRD fehlen 7,4 Millionen Jobs. 25 Prozent der Einwohner im Osten sind an den sozialen Rand gedrängt worden, nachdem sie – je nach Alter – in der DDR das Gefühl des Gebrauchtwerdens erfahren hatten.

Zweitens: In den Unternehmerverbänden, die wir als die eigentlichen Machthaber zu betrachten haben, wird die wachsende Armut durchaus als gesellschaftlicher Sprengsatz wahrgenommen. Die Möglichkeit seiner Entschärfung kollidiert aber mit dem Streben der Kapitalisten nach Maximalprofit. So sieht man im wachsenden Druck auf die Betroffenen den Ausweg aus der eigenen Misere. Während bei den Vermögenden die Abgaben nur zögernd oder gar nicht eingetrieben werden und Steuerhinterziehung flächendeckend die Norm ist, steht bei der „Unterschicht“, den von Hartz IV Benachteiligten, skrupellose Sozialschnüffelei auf der Tagesordnung. Nicht millionenfache Mitnahme-Reflexe von oftmals leistungsschwachen Managern werden verfolgt, sondern eher wird wohlwollend registriert, daß 1,9 Millionen im Niedriglohnsektor Beschäftigte ihnen gesetzlich zustehende Aufstockungen ihrer kargen Bezüge keineswegs in Anspruch nehmen. Es werden massive Leistungskürzungen bei Hartz IV vorbereitet, um Betroffene zu unzumutbaren Arbeiten zu zwingen. Ältere Hartz-IV-Empfänger werden immer häufiger zum Verzehr ihrer in Jahrzehnten angesparten Rücklagen aufgefordert, bevor sie Leistungen erhalten.

Doch eines der größten Bubenstücke der Sozialdemontierer ist deren ständige Behauptung, zu dieser Politik gebe es keine Alternative. Das ist absurd, denn selbst in den engen Grenzen kapitalistischer Profiterwirtschaftung besteht genügend Spielraum. Von Jahr zu Jahr vollzieht sich infolge steigender Produktivität und aufgrund wissenschaftlich fundierter neuer Technologien ein Sinken des Anteils le-

bendiger Arbeit am Gesamtprodukt. In der materiellen Produktion werden immer weniger Arbeitskräfte benötigt. Warum aber erfolgt kein effektives Zusammenwirken des ersten Arbeitsmarktes mit einem kräftigen öffentlichen Beschäftigungssektor? Gesellschaftlich nützliche Arbeit in allen Bereichen ist ja in Hülle und Fülle vorhanden. Überdies: In 18 Ländern der EU haben sich Mindestlöhne bereits bewährt und positiv auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen ausgewirkt. Warum gibt es diese nicht auch in Deutschland?

Zu recht wird zur Eindämmung von Armut eine systematische Erhöhung des Wissensniveaus aller Menschen gefordert. Warum flüchtet man sich dann aber in föderale Kleinstaaterei auf dem Gebiet der Bildungspolitik? Warum gibt es in der BRD keine Gemeinschaftsschule und nicht das Recht auf humanitäre Kinderbetreuung? Bringen völkerrechtswidrige Militäreinsätze oder Stipendien für sozialberechtigte Studenten Wissenschaft und Technik dieses Landes voran? Warum wird künftig die Rente erst mit 67 voll gezahlt, obwohl schon 50jährige keine Arbeit mehr finden? Warum wurde als Wachstumskiller Nr. 1 die 3%ige Erhöhung der Mehrwertsteuer eingeführt?

In der BRD leben – statistisch gesehen – 10 Millionen Arme, darunter 1,7 Millionen Kinder. Kurt Becks schnell wieder zurückgepiffenes Wort von der „Unterschicht“, das dann durch den nebulös wirkenden Begriff „Prekariat“ ersetzt wurde, soll nur die Tatsache verschleiern, daß es hierzulande ein zahlenmäßig nicht zu unterschätzendes, von der Bourgeoisie seit eh und je gefürchtetes Proletariat gibt: die trotz aller Einkommensaufstockungen in früheren Jahrzehnten nach wie vor ausgebeutete Arbeiterklasse. Die derzeit Machtausübenden wissen, daß sie eines Tages bei gewachsenem Massenbewußtsein und veränderten ökonomischen Bedingungen wieder mit ihr rechnen müssen.

**Prof. Dr. Harry Milke**

## Revolutions lyrik

Gedichtband von  
Roland Wanitschka

erschienen im Verlag am Park,  
Berlin 2006, 9,90 Euro,  
ISBN 10: 3-89793-125-7

# Ein Denkanstoß mit erfreulicher Konsequenz

## Der Wandbehang

Kürzlich bekam ich einen Brief von einer lieben alten Bekannten, in dem sie mir u. a. schrieb, daß ihr politisches Interesse in diesem Lande erlahmt sei, da sich ja doch nichts zum Positiven verändere. Und sie kam im weiteren Text zu dem Schluß: „Am besten, man geht in seine Wohnung, schließt die Tür hinter sich zu und hat damit seine Ruhe.“

Beim Lesen dieser Zeilen wurde eine Erinnerung in mir wach, die mich sehr bewegte. Es war zu Beginn der 30er Jahre. Meine Eltern – wir wohnten damals in der Petersburger Straße im Berliner Stadtbezirk Friedrichshain – gingen eines Abends mit mir zu einer befreundeten Familie in der Frankfurter Allee. Ich erinnere mich dessen, weil die Stunden zu den langweiligsten meiner Kindheit gehörten. Wie kann sich ein Zehnjähriger schon zwischen vier Erwachsenen wohl fühlen, wenn ihn deren Gesprächsinhalte so gar nicht interessieren? Da war von Wirtschaftskrise und einem Hugenberg, von Massenarbeitslosigkeit, von Brüning und einem Herrn von Papen, von Machtwechsel, von Feldmarschall Hindenburg und einem gewissen Hitler die Rede. Und wie sich meine Eltern bei dem Gespräch ereiferten! Zu Hause wurde so gut wie gar nicht über Politik gesprochen. Ich staunte nur, was mein Vater alles wußte. Dennoch: Mir war sterbenslangweilig zumute.

Allerdings – es gab zwei „Sehenswürdigkeiten“ in dieser Wohnung, die mich in ihren Bann zogen. Da war zunächst ein bis zur Zimmerdecke reichender weißer Kachelofen mit vergoldeten „Zinnen“. So etwas hatte ich nie zuvor gesehen. In unserer Ladenwohnung stand nur ein unansehnliches dunkelgrünes Exemplar. Und dann war dort noch etwas, was meine Aufmerksamkeit erregte: ein etwa

zwei Meter langer Wandbehang, auf dem in großen Buchstaben folgender Text eingestickt war: „Mag draußen die Welt ihr Wesen treiben, mein Heim soll meine Ruhstatt bleiben.“

Ich las diesen Text immer und immer wieder, hatte aber Schwierigkeiten, ihn zu verstehen. Auf alle Fälle war ich froh, als meine Eltern sich endlich verabschiedeten und wir den Heimweg antraten. Unterwegs fragte ich meinen Vater, was da für ein Wesen gemeint sei, das sich in der Welt herumtreibe. Meine Eltern mußten lachen, taten sich aber schwer, mir die tiefere Bedeutung dieses Zweizeilers zu erklären.

Jahre gingen ins Land – ich weiß, daß Vater und Mutter ab und an ihre Bekannten in der Frankfurter Allee besuchten. Zum Glück ohne mich mitzunehmen. Sie hatten wohl erkannt, wie sehr ich mich gelangweilt hatte.

Etwa zehn Jahre später, der 2. Weltkrieg tobte schon. Ich war Soldat in einer Berliner Kaserne. An einem meiner Urlaubstage bat mich mein Vater, doch mal in die Frankfurter Allee zu gehen und nach seinen Freunden zu sehen. In der vergangenen Nacht hatte es wieder einen heftigen Luftangriff gegeben, wobei auch eine Hauszeile in unserer Straße getroffen worden war. So ging ich denn in Richtung Frankfurter Tor – und schon von weitem bot sich mir ein schrecklicher Anblick: Das Haus, in dem die Freunde meiner Eltern wohnten, sah aus – mir fällt kein anderer Vergleich ein – wie die Puppenstuben, die man zur damaligen Zeit in den Spielwarenläden stehen sah. Die Vorderfront der Gebäude war regelrecht weggrasiert, und man konnte von der Straße aus in jeden Wohnraum gucken. Natürlich waren auch Brände ausgebrochen und

das Mobiliar verkohlt. Das Merkwürdige und mich damals geradezu unheimlich Anmutende: Alle Kachelöfen standen in ihren Ecken, obwohl der Fußboden ringsum verbrannt war.

Da die mir bekannte Familie im 1. Stock gewohnt hatte, sah ich bald jenen weißen Kachelofen mit den vergoldeten Zinnen. Auch ein Stück des Wandbehangs, dessen Inschrift mich vor einem Jahrzehnt zum Grübeln gebracht hatte, war noch zu erkennen. Zu lesen gab es da nichts mehr. Aber vor meinem geistigen Auge standen deutlich die Worte: „Mag draußen die Welt ihr Wesen treiben, mein Heim soll meine Ruhstatt bleiben.“

Über diese Kindheitserinnerung berichtete ich brieflich der eingangs erwähnten Bekannten. Geraume Zeit blieb ich ohne Antwort. Eines Tages kam ein dickes Paket mit ihrem Absender. Verwundert öffnete ich den Karton und entrollte einen Wandteppich mit akkurat jenem Text, der in meiner Geschichte aus dem vergangenen Jahrhundert die „Hauptrolle“ spielte. Dabei lag ein Zettel, auf dem zu lesen war: „Ihre Story hat uns veranlaßt, über Sinn bzw. Unsinn dieses verstaubten Mottos nachzudenken und in unserem Wohnzimmer entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Vielleicht werden Sie das Ding auf einem Berliner Flohmarkt wieder los. Sie haben uns jedenfalls sehr geholfen. Danke.“

Manchmal bedarf es eben eines freundschaftlichen Denkanstoßes.

**Helmuth Hellge**

Auf dieses Gedicht eines unbekanntenen Verfassers bin ich zufällig gestoßen. Es paßt, wie mir scheint, zu unserem Thema.

**H. H.**

### Neutralität

Ich bin kein Rechter, kein Marxist,  
kein Christ, kein Liberaler.  
Ich bin ganz einfach: Zivilist,  
politisch: ein Neutraler.

Ich lebe sorglos und bequem  
(man nennt mich Außenseiter).  
Der Stumpfsinn ist mein Diadem und  
Sturheit mein Begleiter.

Ich bin nicht kalt, nicht warm, nicht lau,  
nicht trocken und nicht flüssig –  
ich bin mir meiner selbst,  
genau genommen, gar nicht schlüssig.

Im Grunde bin ich Pazifist  
(nicht von den Strengen einer),  
und wenn ein Krieg entstanden ist,  
war's ganz gewiß nicht meiner.

So bleib ich skeptisch und passiv,  
soll'n sich doch andre schaffen.  
Ich lach mich über diese schief –  
halt es mit den drei Affen.

Wenn Sie schon genug andere  
Versicherungen haben ...



... könnte ich Sie auch gegen  
Arbeitslosigkeit versichern!

**Zeichnung: Lydia Kuhnt**

**Was gesagt und was nicht gesagt wird**

Zwei Mörder werden gejagt.  
Wen ermordeten sie?  
Noch niemand, wird gesagt,  
aber es hätte sein können!  
Wird gesagt!  
Das Abendland ist gerettet, jubelt die Menge.  
Wird gesagt!  
Tausende Bomben fallen auf ein Land ...  
Nein, sie fallen auf Menschen, auf  
ihre Kinder, auf ihre Wohnungen.  
Die tausend Bombenwerfer werden nicht gejagt.  
Sie tun ihre Pflicht!  
Wird gesagt!  
Die Menge jubelt nicht,  
aber sie schweigt:  
Es geht ja nicht ums Abend-,  
sondern ums Morgenland.  
Wohnen dort keine Menschen?  
Das wird nicht gesagt!  
**Kurt Koopmann**

**Verlustanzeige**

Verloren ging – und herrscht nun  
allgemeine Trauer –,  
nicht nur 'ne Latte, sondern eine lange Mauer.

Was tut so'n Ding ganz allgemein?  
Es sperrt was aus und and'res ein!  
Die Sicht entscheidet über'n Zweck.  
Nun siehst Du nichts mehr, sie ist weg.  
Jetzt kannst Du gehen, wie's beliebt,  
genießt die „Freiheit“, die es gibt.  
Und nun geläutert jedes Jahr,  
fragt mancher nach, wie's damals war.

Ist denn die Welt total verkehrt?  
Erst der Verlust erklärt den Wert?

Verloren ging – und technisch ist das eine  
Schlappe –,  
nicht nur ein Pferd, vielmehr die schnellste  
deutsche Papppe.

Die Lenze haben wir gezählt,  
zu Fuß zehn Jahre abgequält,  
und schließlich qualmte dann das Ding  
schlapp hundert, wenn's den Berg raufging.  
Jetzt kannst Du rasen wie verrückt,  
weil Dich die Technik arg entzückt.  
Die Modifarbe ist jetzt rot  
Und auf der Straße siegt der Tod.

Ist denn die Welt total verkehrt?  
Erst der Verlust erklärt den Wert?

Die Mauer weg. Der Konsum schreit,  
doch reisen läßt sich's meilenweit.  
Nur fehlt die Knete überall!  
Ganz ohne? Ein sozialer Fall!  
Der Ellenbogen wird zum Maß,  
das Ich, der Neid und auch der Haß.  
Die Achtung vor dem Alter fehlt.  
Das eig'ne Überleben zählt.

Ist denn die Welt total verkehrt?  
Erst der Verlust erklärt den Wert?

**Hans Horn**

**Die Schafe des Bauern Bolte**

Ein scharfer Hund,  
den Bauer Bolte,  
der ihn zum Schäfer tragen wollte,  
um auszuruhen setzt auf die Erde  
ganz nah an dieses Schäfers Herde,  
bellt diese an in rüder Weise:  
Ihr Schäfchen seid ab heute leise,  
denn ich bin euer Schäferhund.  
Das Blöken ist ganz ungesund.  
Ihr habt ins Gras zu beißen brav  
wie jedes wohlherzogne Schaf.  
Bei mir gibt's keine Extratouren.  
Ihr habt zu grasen und zu spuren.  
Beim unerlaubten Sichertfernen,  
da könnt ihr mich mal kennenlernen!  
Ich beiß euch in die Hammelkeulen  
da nützt kein Blöken und kein Heulen!  
Ihr bleibt in euren Hammelhorden  
und laßt vom Schäfer euch ermorden,  
nachdem er euch geschoren hat.  
Nun trottet los und freßt euch satt!

Recht so! sprach Bauer Bolte froh,  
das seh ich grade ebenso.  
Das Schaf sei seines Hirten Speise.  
Es grase fromm und blöke leise.  
Es trotte sonntags in die Messe,  
studiere brav die FREIE PRESSE,  
blöke am Biertisch die Parolen,  
die ihm sein Hirte hat empfohlen,  
laß sich in dumpfe Wut versetzen  
und gegen SCHWARZE SCHAFE hetzen,  
erobren deren fette Weiden.  
S o mag's der GUTE HIRTE leiden!

Als dies der Schäfer hat vernommen,  
da sind die Tränen ihm gekommen.  
Er faltet seine fetten Finger,  
mein Gott, was sind das dicke Dinger,  
gemessen über seinem Bauch,  
wie das bei Pfaffen halt so Brauch.  
Legt's Doppelkinn in würd'ge Falten  
und fängt 'ne Predigt an zu halten:  
Ich, sprach er, bin der Herr Pastor.  
Ihr Schäfchen kommt mir blöde vor.  
Ihr zappelt rum, wenn man euch schert,  
als ob ihr nicht dem H E R R N gehört,  
dem H E R R N dort droben ganz alleine!  
Ihr quiekt wie Atheistenschweine,  
wenn man euch eure Wolle nimmt.  
Das hat mich öfters schon verstimmt!  
Die Wolle muß versteuert werden,  
daß endlich Friede sei auf Erden.  
Und Friede wird, so mein Gebot,  
erst wenn die SCHWARZEN SCHAFE tot.  
Die SCHWARZEN SCHAFE glauben nicht,  
was Derdadrogen durch mich spricht.  
Die SCHWARZEN SCHAFE lieben nicht

den Schäferhund, der Knochen bricht.  
Die SCHWARZEN SCHAFE hoffen nicht  
auf Gnade bei dem Wolfsgesicht.  
Ohn' Glaube, Lieb und Hoffen  
hat sie mein Bann getroffen.  
Sie sind der Schafheit Schande,  
die Terroristenbande!  
Wer auf die hört, wird rot.  
Faß, Hassan, beiß sie tot !

Ihr andern aber, Schäfchen fein,  
müßt nun besonders artig sein.  
Laßt euch mit festem Gottvertrauen  
von Merkel in die Pfanne hauen!  
Laßt euch von ihr gen Persien treiben,  
denn dort sind lauter fette Weiden!  
Laßt euch, ganz ohne euch zu wehren,  
von Peter Hartz die Wolle scheren!  
Laßt Pater Hahne lauthals krähen,  
dann werdet ihr den Himmel sehen!  
Laßt über euch die Eurofighter  
errichten eine Himmelsleiter!  
Laßt auch die Ursel von der Leyen  
ins Haus zu euern Lämmchen ein!  
Laßt eure GUTEN HIRTEN walten,  
dann könnt ihr euer Fell behalten!

„Wozu?“ So werdet ihr mich fragen.  
Ihr müßt es doch zu Markte tragen!  
Im Supermarkt ist Ausverkauf!  
Nun lauf, mein liebes Schäfchen, lauf!

So ging's seit abertausend Jahren,  
solang die Menschen Schafe waren.  
Damit ist aber endlich Schluß!  
verkündigt euch A H A S V E R U S!

**Jürgen Kuhlmann**

**Parteienspektrum**

Wenn wir etwas ändern müßten,  
bekehren uns bestimmt die Christen.

Die Interessen der Bosse vertreten  
In den letzten Jahren Sozialdemokraten.  
Sozialabbau, Krieg, jede Schweinerei  
Die Grünen sind immer eifrig dabei.

Sie gehen jedes Bündnis ein,  
dürfen Freidemokraten mit mächtig sein.

Von den Mächtigen konserviert,  
als letzte Option: NPd marschieret.

Ideologie- und prinzipienfrei  
Nützt uns keine Linkspartei.

**Richard-Georg Richter**



„Damit sogar ihr ein bißchen Weihnachtsfreude abbekommt, darfst du mir den Baum nach Hause tragen.“  
Aus: „Proletären“, Göteborg

# Vor 60 Jahren saß ich mit Georg Dorn im Dresdner Neulehrer-Kolleg Und „Amöbe“ rauchte auch Zigarren

Keinesfalls hätte ich erwartet, noch im hohen Alter etwas von einem Schicksalsgefährten aus dem legendären Jahr 1946 in Dresden zu erfahren. Erst jetzt lernte ich durch gute Freunde den „Rot-Fuchs“ kennen. Ich las darin mit Interesse und Zustimmung. Besonders berührte mich Georg Dorns Bericht „Wie ich 1946 Geschichtslehrer wurde“. Seine Erlebnisse decken sich genau mit meinen eigenen. Deshalb melde ich mich als Zeitzeugin zu Wort. So wie er saß ich (1925 geboren) 1946 unter den Lehrgangsteilnehmern in der Dresdner Junghansstraße. Ich erlebte Dr. Gürtlers Methodik, z.B. die Tafelskizze „In der Esse“ als Eselsbrücke für die richtige Trennung von „Interesse“. Auch an jene Dozentin, die wir wegen ihrer Vorliebe für Kleinstlebewesen „Amöbe“ nannten, und die Georg Dorn so treffend erwähnt hat, erinnere ich mich

„Die Kommunisten erfinden nicht die Einwirkung der Gesellschaft auf die Erziehung; sie verändern nur ihren Charakter, sie entreißen die Erziehung dem Einfluß der herrschenden Klasse.“

**Marx/Engels (1847/48), MEW 4/478**

gut. Sie rauchte manchmal Zigarren. Und ich schätzte Professor Donath. Von ihm erfuhren wir eine völlig neue Geschichtsauffassung, fern der Naziideologie.

Bei den Vorlesungen hielten wir unsere provisorischen „Hefte“ zum Mitschreiben auf den Knien. Oft vertieften wir in der Seminargruppe das Gehörte und „verklarten“ uns die Probleme. So erinnere ich mich an unsere Mühen mit der deutschen Grammatik, besonders mit den lateinischen Begriffen. Aber dieser achtmonatige Externatslehrgang für Neulehrer war für mich und viele andere damals eine wichtige Grundlage neuen Denkens und eine Zeit des intensiven Lernens für einen neuen Anfang nach dem unseligen Zweiten Weltkrieg. Trotz der ärmlichen Lebensbedingungen dieser Zeit waren wir hochmotiviert, und nach den bitteren Erfahrungen des Krieges und den sinnlosen Zerstörungen nahmen wir das Neue mit großer Hoffnung auf.

Wie aber kam ich zu diesem Lehrgang, und wie ging es weiter?

Schon als Schülerin war es mein eigentlicher Wunsch, Lehrerin zu werden. Aber unsere Eltern hatten bei drei Kindern kein Geld, um auch nur einem ein Studium zu finanzieren. Außerdem riet mir mein Klassenlehrer an der 39. Volksschule in Dresden-Plauen ab: „Als Lehrer bist du immer Diener des Staates.“ Er hatte seine Erfahrungen, und er hatte recht. Nun suchte man 1945 in der sowjetischen

Besatzungszone „Neulehrer“, junge Leute, die bereit waren, im humanistischen Sinn für Frieden und Völkerfreundschaft einzutreten und der Jugend in diesem Geist Bildung zu vermitteln. Ich hatte das Glück, Menschen zu treffen, die mich ermutigten, diesen Weg zu gehen.

Meine Mutter hatte bei einer Vorsprache in anderer Sache den zeitweiligen Gemeindevorsteher von Dölzsch kennengelernt. Er hieß Erich Seidemann. Sein Name wird in Viktor Klemperers Tagebüchern mehrfach positiv erwähnt. Erich Seidemann war ein aufrechter Kommunist, Intellektueller, unkonventionell und von den Nazis verfolgt. Wir kamen ins Gespräch, und in vielen Begegnungen überzeugte er mich von der Richtigkeit seiner marxistischen Auffassung. Auch der Aufruf der KPD 1945 fand meine Zustimmung. Darum entschied ich mich für die Teilnahme an diesem Lehrgang.

Danach schickte man mich ab September 1946 als „Lehramtsbewerber“ in den Raum Radeberg (wo das gute Bier herkommt). Zuerst war es Liegau-Augustusbad, dann Großerkmannsdorf. Zu unterrichten hatte ich von der 2. bis zur 8. Klasse alles, was anfiel. Es mangelte an jeglichem, und man mußte erfinderisch sein. Zum Glück herrschte ein gutes Klima unter den meist jungen Kollegen. Wir Neulehrer hatten regelmäßig in Radeberg an der Weiterbildung durch „Altlehrer“ teilzunehmen. Vieles, was sie uns beibrachten, fußte auf der Weimarer Reformpädagogik.

1949 hatte mein Versetzungsantrag Erfolg, und ich kam als „Lehramtsanwärter“ an meine alte 39. Volksschule, die inzwischen Grundschule hieß, aber trotzdem bis zur 8. Klasse führte. Der Schulleiter

Otto Mehlhose kannte mich noch als Schülerin. (Hier „durfte“ ich u. a. trotz meiner Bedenken auch in der 1. Klasse unterrichten.)

Für die zweite Lehrerprüfung wählte ich Psychologie, ohne zu beachten, daß dies in der Allgemeinbildung kein Lehrfach ist. Deshalb nahm ich später ein Fernstudium auf und entschied mich für Deutsch. Als erstes Fach schwankte ich zwischen Geschichte und Sport. Ich bewarb mich für einen Sportlehrerlehrgang am Institut für Körpererziehung (IfK) der Universität Leipzig (später DHfK). Dort ging es in bester Sportkameradschaft noch intensiver und konzentrierter zu als 1946 in Dresden. Bald führte es dann dazu, daß ich, wie auch mein Mann, zu denen gehörte, die einmal selbst Sportlehrer ausbilden sollten. Das geschah von 1952 bis 1955 am damals neu gegründeten IfL (K) in Alt Rehse am Tollensesee bei Neubrandenburg. Unter bescheidenen Bedingungen, aber in einmaliger Landschaft und mit viel Elan konnten wir auch hier eine Aufbruchzeit mitgestalten und gute Erfolge erzielen.

Noch bis jetzt kamen frühere Studenten und Dozenten bei Traditionstreffen zusammen, darunter ehemalige Kreisschulräte, Kreisturnräte, Sportfunktionäre, Trainer und andere.

1955 erhielt Alt Rehse eine andere Funktion; uns stellte man vor neue Aufgaben. Zunächst hatte ich mein Fernstudium begonnen. Mein Mann, Harald Konrad, wurde zum Bezirksturnrat berufen. So zogen wir nach Neustrelitz, wo sich zu dieser Zeit des Rates des Bezirkes Neubrandenburg befand. Ich war zunächst Lehrer für Sport und Deutsch an der ersten Mittelschule der Stadt und

bald danach 18 Jahre lang Direktorin einer POS. Auch hier gibt es noch heute freundschaftliche Treffen der alten Kollegen und berechtigte Genugtuung über das damals gemeinsam Erreichte.

Trotz mancher Fehler und ideologischer Überzogenheit werden unsere tiefgreifende demokratische Schulreform und unser Bildungssystem vor der Geschichte Bestand haben, anders als der Bildungswirrwarr in der föderalistisch strukturierten, diffusen Schullandschaft der BRD, wo Kleinstaaterei des 18./19. Jahrhunderts und Bigotterie des Mittelalters grüßen lassen. Ich beneide die heutige Lehrergeneration keineswegs, auch wenn es für uns nicht immer leicht war. Mit Dankbarkeit denke ich daran, daß ich neben der Erziehung meiner eigenen zwei Kinder aktiv an unserem sozialistischen Gesellschaftsmodell, wo Bildung und Erziehung den gebührenden Stellenwert hatten, mitwirken durfte.

**OSR Ilse Konrad, Neustrelitz**



„Ich verbringe gerne Zeit mit meiner Familie.“  
– „Der Nächste!“



In der Seemannssprache versteht man unter dem Begriff „schanghai“ laut Duden-Fremdwörterbuch (nach der gleichbedeutenden englischen Wortverbindung „to shanghai“), einen Matrosen betrunken zu machen, in diesem Zustand für ein Schiff anzuheuern und mit Gewalt an Bord zu bringen.

Auch in diesem Jahr erhalten wieder Tausende junge Wehrpflichtige von ihren zuständigen Kreiswehersatzämtern Informationen über ihren Musterungstermin. In Anbetracht der niederschmetternden Lehrstellensituation – auch für Abiturienten! – dürfte es manchem verlockend erscheinen, was da in der Anlage „Information für Abiturienten“ mit ins Haus geflattert kommt: „Sind Sie qualifiziert und machen demnächst Ihr Abitur oder Fachabitur? Sie suchen einen sicheren Arbeitsplatz mit Perspektive? Sie wollen studieren und gleichzeitig gut verdienen? Sie wollen Karriere machen, sich aber nicht in volle Hörsäle quetschen? Sie wollen moderne Technologien kennenlernen? Sie suchen Abwechslung und Herausforderung bei der Arbeit? Dann hätten wir vielleicht die Lösung für Ihre Zukunftspläne: Offizier der Bundeswehr. Als Offizier führen und erziehen Sie Soldaten in den verschiedenen Bereichen und bilden sie im Frieden und im Einsatz aus.“ Dann folgt eine lange Aufzählung von interessanten Tätigkeitsmerkmalen, in der von Bedienen, Organisieren, Instandhalten, Leiten, Planen, Versorgen, Verwalten, Bewirtschaften, Beschaffen, Absichern, Koordinieren, Musizieren (!), ärztlich Versorgen usw. die Rede ist: „Die Vielseitigkeit des Offiziersberufs mit den Schwerpunkten Führung, Ausbildung und Erziehung und den unterschiedlichsten Fachrichtungen spiegelt sich auch in den Studiengängen wider, die Ihnen als Offizier an den Universitäten der Bundeswehr angeboten werden.“

Was dann folgt, kann sich sehen lassen: Es werden nicht weniger als 19 attraktive Fach- und Studienrichtungen, zuzüglich vier weitere für Human-, Zahn-, Veterinärmedizin und Pharmazie an zivilen Universitäten angeboten. Nähere Informationen nebst Videovorführungen kein Problem, gemeinsame Fertigstellung der Bewerbungsunterlagen sowieso, inklusive Rundumbetreuung, bis es endlich „an Bord“ geht.

In dem ganzen Papier taucht gleich am Anfang das Wort „Frieden“ auf, das Wort „Krieg“ hingegen nicht ein einziges Mal! Das steckt hinter dem Wort „Einsatz“. Daß hier eingedenk wachsender sozialer Verunsicherung nicht nur rat- und orientierungslose Familien gern zugreifen, kann nicht überraschen. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt: Es wird schon alles gutgehen. Die Stimmung wird nur ein ganz klein wenig getrübt, wenn es heißt: „Als Offizier müssen Sie sich bei Eintritt in die Bundeswehr auf mehrere Jahre verpflichten und unterliegen einem besonderen Treueverhältnis zu Ihrem Dienstherrn.“ Keine Frage, vermutlich würden auch nicht wenige zugreifen, wenn schwarz auf weiß geschrieben

stünde, um was es hierbei eigentlich geht: Krieg.

Mittlerweile gibt es juristische Präzedenzfälle, sollten Zeit- oder Berufssoldaten als Kriegsdienstverweigerer aus der Bundeswehr ausscheiden. Es gibt keine offiziellen Zahlen von längerdienenden Zeit- oder Berufssoldaten, die den Kriegsdienst verweigern. Nach Informationen der Organisation „Kampagne gegen Wehrpflicht“ haben im Jahr 2005 rund 490 Reservisten und 1600 Soldaten einen KDV-Antrag gestellt, die meisten Anträge werden Wehrpflichtigen zugeordnet.

Bekanntgeworden ist der Fall des ehemaligen Offiziers und jetzigen Verkehrspiloten ██████████ ██████████ der seit rund acht Jahren einen Prozeß gegen die Bundeswehr führt. Nach einer hervorragenden fliegerischen Entwicklung ist ██████████

Soldaten Geld zurückfordert, wenn die Ausbildung zivilberuflich verwertet werden kann. Das betrifft Soldaten mit einer Dienstzeit von mindestens zwölf Jahren oder einfach Berufssoldaten, die freiwillig auf eigenen Wunsch vorzeitig aus dem Dienst ausscheiden. Dabei geht es um die Ausbildung zum Meister oder Facharbeiter ebenso wie die zum Arzt oder Piloten. Das Verteidigungsministerium forderte vor ██████████ ██████████ im November 1999 eine Summe von 185000 DM zurück. Nur ein Jahr zuvor hatte man für solche Fälle den Betrag bei rund 100 000 DM gedeckelt. Die Bundeswehr verwies dabei auf das gestiegene Lohn-/Preisniveau. Dem Vernehmen nach soll es aber schriftlich protokollierte Telefonnotizen geben, in denen ein hochrangiger Luftwaffengeneral „Regreßbescheide“ an „junge Transportflugzeug-

## Wie sich die Bundeswehr die Ausbildung von Offizieren erstatten läßt Der Fall des Kopiloten

1998 als Oberleutnant und Kopilot auf dem Transportflugzeug Transall aus der Luftwaffe ausgeschieden. Dem Schritt war ein tiefgreifender Umdenkungsprozeß im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr vorausgegangen. Auf den Vorwurf der Naivität bei seiner Entscheidung für den Offiziersberuf entgegnet ██████████ „Das ist immer alles so plakativ. Sie müssen sich vorstellen, ich habe mich in der zwölften Klasse als 17jähriger beworben, bin dann als Sommerkind recht jung zur Bundeswehr, mit 18, 19 und habe dann mit 26, also nach siebeneinhalb Jahren Bundeswehrezugehörigkeit, eben diesen Entschluß gefaßt, der ein für mich ganz individueller Prozeß persönlicher Veränderung war. Konnte ich mit 17, 18 die Auswirkungen meiner Entwicklung in den nächsten 15 Jahren vorhersehen? Und es ist nun mal verbrieftes Recht, daß selbst ein Offizier sich zum Kriegsdienstverweigerer entwickeln kann.“

Trotz Anerkennung des KDV-Antrages ging die Frage der Ausbildungsrückzahlungspflicht an das Bundesverwaltungsgericht, das die Erstattungspflicht als generell mit dem Grundgesetz vereinbar ansieht, wenn „sie nicht ein Druckmittel darstellt, den Soldaten von der Grundrechtsausübung abzuhalten“. Nach Mitteilung des Personalreferenten im Verteidigungsministerium, Richard Büllesbach, ist es normal, daß die Bundeswehr von vorzeitig ausscheidenden

führeroffiziere“ forderte. Damit würde „ein Signal gesetzt, daß ein eleganter Abgang über einen KDV-Antrag generell einhergeht mit der Kostenerstattung“. Weiter ist von „präventiver Wirkung“ die Rede. Das Bundesverwaltungsgericht urteilte nicht über die „Gewissensentscheidung des Piloten“, sondern über den genannten „wirtschaftlichen Vorteilsausgleich“ zwischen ihm und der Bundeswehr. Im Jahr 1992 kostete eine zivile Pilotenausbildung etwa 52000 bis 70000 DM. Die realen Kosten einer Militärausbildung werden mit deutlich über einer Million DM (!) veranschlagt. Der reale Rückzahlungsbetrag für den Piloten liegt dann „gerichtlich auszuhandelnd“ irgendwo dazwischen ... Die Bundeswehr bringt z. B. die Kosten in Ansatz, die ein ziviler Flugschüler für eine Ausbildung als Verkehrspilot aufwenden müßte, aber auch andere Positionen wie Beihilfe zum Lebensunterhalt, Reisekosten, Trennungsgeld und eben auch spezifisch militärische Ausbildungskosten, soweit sie zivilberuflich für ihn von Vorteil sind, beispielsweise weil sie die Einstellungschancen erhöhen oder die Verwendungsbreite verbessern. Mittlerweile gibt es weitere Fälle, die ähnlich gelagert sind.

Wie gesagt: Die Reise nach Schanghai erfolgt in einem „besonderen Treueverhältnis zum Dienstherrn“. Hierbei haben wir noch nicht davon gesprochen, was an Reisezielen wie Hindukusch oder Naher Osten wirklich passiert.

**Dr. Erhard Kegel**

# Was hatte es mit der „eurasischen Landbrücke“ auf sich? Todesurteil für Herrhausen und Rohwedder?

Mit dem Sieg des Imperialismus im kalten Krieg fielen dem deutschen Großkapital das gesamte Volksvermögen der DDR und das ganze deutsche Volk als Ausbeutungs- und Unterdrückungsobjekt in die Hände. Das Vermögen der DDR wurde zum größten Teil durch die sogenannte Treuhandanstalt, vermutlich auf Druck aus Bonn in den letzten Monaten vor der Annexion der DDR in Berlin eingerichtet, veruntreut. Dabei handelte es sich durchaus um Untreue im Sinne des Strafgesetzbuchs, begangen zum Nachteil staatlichen Eigentums. Die eigens geschaffene Ermittlungsstelle für Vereinigungskriminalität wurde aufgelöst, Frau Breuel und deren Komplizen laufen noch heute frei herum. Die Käufer unseres Volkseigentums aber waren unredliche Erwerber im Sinne des nur für DDR-Bürger erlassenen Gesetzes über Grunderwerb.

Nach der „Vereinigung“ wurde zunächst Herr Rohwedder Chef der „Treuhand“. Er betrieb eine Politik der Sanierung des technisch rückständigen Teils der Industrie in der zur Ostzone der BRD umgewandelten DDR. Deren Einwohner erwarteten das als selbstverständliche Konsequenz der durch Herrn Kohl angekündigten „blühenden Landschaften“. Dieser Kurs entsprach den Wunschvorstellungen einer Fraktion der deutschen Großbourgeoisie, die eine industrialisierte und modernisierte „eurasische Landbrücke“ von der BRD bis China im Auge hatte. Ihren Plänen entsprang eine Bank vom Charakter der Kreditanstalt für Wiederaufbau, um das gigantische Vorhaben zu finanzieren. Die Idee ging von dem Bankier Herrhausen aus. Er und Rohwedder dachten offenbar an eine Entwicklung, bei der man sich auf die Frühzeit des Kapitalismus, den Liberalismus des 19. Jahrhunderts und die Finanzierung durch Friedrich List, berief.

Beide Protagonisten dieser Linie wurden nacheinander „rein zufällig“ ermordet. An die Stelle Rohwedders setzte man Frau Breuel, die die bekannte Politik des Kahlschlags und der Deindustrialisierung der BRD-Ostzone betrieb und die Wirtschaftsunternehmen der DDR an die Konkurrenz verschleuderte. Am Ende wurde aus dem geschätzten Wert von mindestens einer Billion DM, der mit der „Vereinigung“ Deutschlands in BRD-Staatseigentum übergegangen war, ein enormes Defizit für die Bonner Kasse „erwirtschaftet“. Das ist wohl etwa der Betrag, der heute im Etat fehlt. Die Rolle des damaligen Finanz-Staatssekretärs Horst Köhler, der in Würdigung seiner überragenden Verdienste erst IWF-Direktor und dann BRD-Rechtsstaatspräsident geworden ist, muß besonders betont werden. Diese parasitäre Wirtschaftspolitik dehnte man Zug um Zug auf den Westen aus, wo inzwischen auch immer mehr Produktionsstätten stillgelegt worden sind.

Ein Wort zur „demographischen Prognose“, mit der Schröder wie Merkel hauseieren gehen und mit der sie ihren Kurs geplanter Rentenkürzungen begründet haben: In den letzten 100 Jahren ist das Durchschnittsalter in Deutschland um 30 Jahre gestiegen, trotz zweier Weltkriege! Der Anteil der noch nicht produktiven Jugendlichen an der Bevölkerung betrug vor 100 Jahren 44 %, jetzt 21, der der nicht mehr produktiven Alten ca. 5, jetzt über 16%. Dabei konnte das Lebensniveau – oder der Aufwand für Krieg und Vernichtung – erheblich gesteigert werden. Um 1900 ernährte ein Bauer 8 Menschen, jetzt 88. In den letzten 50 Jahren betrug die Veränderung dieses Verhältnisses über 500 %.

Die Arbeitsproduktivität in Deutschland ist allein in den 90er Jahren um 100 % gestiegen. Jeder produktiv Tätige hat danach zweimal soviel Wert geschaffen wie zuvor. Was wäre erreichbar, wenn eine Politik der nichtparasitären Wirtschaftsentwicklung betrieben würde? Hauptsache des behaupteten Sinkens der Beiträge zu den Sozialversicherungen ist die Massenarbeitslosigkeit mit der Zunahme sogenannter Mini-Jobs.

Nicht nur der Sozialabbau in der BRD ab 1982, als die DDR nicht mehr so attraktiv war, daß man den Bundesbürgern mindestens ähnliche Sozialleistungen gewähren mußte, sondern vor allem auch die Aufrüstungs- und Kriegspolitik der Großbourgeoisie führten zu Abstrichen auf vielen Gebieten.

Bekannt sind die gleichzeitigen Steuer-geschenke an die Reichsten und die entsprechende Mehrbelastung der übrigen Bevölkerung. Allein die Abschaffung der Vermögenssteuer hat die Bundesländer um geschätzte 100 Mrd. Euro gebracht. Die Wiedereinführung einer auch nur einprozentigen Vermögenssteuer, selbst von

Vertretern des Großkapitals befürwortet, würde mindestens 50 Mrd. Euro erbringen. Statt dessen senkt man die Unternehmenssteuer von 39 auf rund 29 %. Zugleich wurden die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung drastisch gekürzt.

Dem „Weltreichtumsbericht“ von Cap Gemini und Merrill Lynch zufolge gab es in Deutschland 2005 rund 767000 Dollarmillionäre und die weltweit meisten Milliardäre, gemessen an der Bevölkerungszahl.

Mit der „eurasischen Landbrücke“ hätte das deutsche Kapital seine Rivalen aus den übrigen westeuropäischen Ländern und vor allem aus den USA vielleicht von der Herrschaft über diesen Teil der Welt in einem bestimmten Maße fernhalten können. Deren Einfluß auf die deutsche Wirtschaft wurde jedoch durch die von Kohl forcierte Einführung der Euro-Währung weiter gesichert. Frau Thatcher und Herr Mitterrand stellten damals die Bedingung, sie als „Ausgleich“ für ihre Zustimmung zur „Vereinigung“ Deutschlands vorzuziehen. Was mit der Beherrschung einer Währung angerichtet werden kann, hat der Internationale Währungsfonds (IWF) unter der Ägide des bereits erwähnten Herrn Köhler, z.B. in Argentinien, unter Beweis gestellt. Das Tauziehen um die Präsidentschaft bei der Europäischen Zentralbank (EZB), bei dem Kohl bekanntlich nachgeben mußte, hat also sehr reale Bedeutung, anscheinend auch für die nun durchgesetzte parasitäre Politik des deutschen Großkapitals.

Das seinerzeit durchkreuzte Projekt der „eurasischen Landbrücke“ beweist, daß die gegenwärtige „Globalisierungspolitik“ auch vom Standpunkt der jetzt in ganz Deutschland herrschenden Klasse nicht so alternativlos war, wie von „Experten“ immer behauptet wird. **Gerhard Wenzel**



Was kapitalistische Machthaber eigentlich meinen, wenn sie vom Euro als einer stabilen Währung sprechen. Aus: „Proletären“, Göteborg

# Als Washington seine „Ansprüche“ auf den Nahen Osten anmeldete

## 50 Jahre Eisenhower-Doktrin

**N**ovember 1956. „London und Paris über Eisenhower enttäuscht. Keine Hoffnung mehr auf amerikanische Unterstützung im Nahen Osten!“ So titelte man im bürgerlichen Blätterwald. Was war geschehen? USA-Präsident Eisenhower und sein engster Berater, Außenminister John Foster Dulles, hatten sich entschlossen, ihre hegemonialen Ziele im Nahen Osten, dem nun für sie „strategisch wichtigsten Gebiet der Welt“, ohne Rücksicht auf die bisherigen Kolonialmächte, ihre NATO-Partner Großbritannien und Frankreich, durchzusetzen. Allein die Großmachtinteressen der Vereinigten Staaten zählten noch.

Bereits während der Dreieraggression gegen Ägypten (s. RF, 10/06, S. 23) wurde diese neue Qualität in der amerikanischen Politik offensichtlich. Nicht nur, daß die USA sich deshalb entschieden, ihren britischen und französischen Verbündeten die Unterstützung zu verweigern, sondern – parallel zur UdSSR – zwangen sie diese auch, den Rückzug anzutreten. Um dem rapiden Schwund des imperialistischen Einflusses im Nahen Osten zu begegnen, wollten Eisenhower und Dulles, daß die USA die Rolle der entthronten britischen und französischen Kolonialherren nun selbst übernehmen. Sie erfanden im Nahen Osten ein „Machtvakuum“, so daß die Staaten dort „vom internationalen Kommunismus bedroht“ würden und Gefahr liefen, ihre Unabhängigkeit zu verlieren. Das zwinge die USA zur Einmischung, um als globale Ordnungsmacht die „sowjetische Bedrohung“ abzuwenden.

In Regie von Dulles entstand eine Konzeption, die Präsident Eisenhower am 5. Januar 1957 dem USA-Kongreß als Botschaft übermittelte. Durch Senat und Repräsentantenhaus bestätigt, erlangte sie am 9. März 1957 Gesetzeskraft.

In Analogie zur gegenüber Lateinamerika praktizierten Monroe-Doktrin ging sie als „Eisenhower-Doktrin“ in die Geschichte ein. Der Nahe Osten wurde zum „Interessengebiet der USA“ erklärt, denn, so heißt es einleitend: „Er verfügt über ungefähr zwei Drittel der gegenwärtig bekannten Ölvorkommen der Welt ... Jetzt kommt es darauf an, daß die Vereinigten Staaten durch gemeinsames Auftreten des Präsidenten und des Kongresses ihre Entschlossenheit manifestieren, jenen Nationen des mittelöstlichen Gebiets beizustehen, die unseren Beistand wünschen ...“ Die Vereinigten Staaten sollten „mit jeder Nation oder Gruppe von Nationen im gesamten Gebiet des Nahen und Mittleren Ostens bei der Entwicklung der Wirtschaftskraft ... zusammenarbeiten und Beistand leisten“.

Die USA würden „in diesem Gebiet mit jeder Nation oder Gruppe von Nationen, die solche Hilfe wünscht, Programme über militärische Hilfe und Zusammenarbeit

vereinbaren“. Dabei sei „der Einsatz der Streitkräfte der Vereinigten Staaten einzubeziehen, um ... Nationen, die um solche Hilfe ersuchen, gegen eine offenbare bewaffnete Aggression seitens irgendeiner durch den internationalen Kommunismus beherrschten Nation zu bewahren und zu schützen ...“ Damit wurde der Präsident der USA zum militärischen Eingreifen im Nahen und Mittleren Osten nach seinem Ermessen – „ohne Einschränkungen“ – ermächtigt.

Ägypten, Syrien, Jordanien und Sudan lehnten die Eisenhower-Doktrin entschieden ab. Saudiarabien stimmte zunächst zu, zog es dann aber vor, sich einer gemeinsamen Erklärung der ablehnenden arabischen Staaten anzuschließen. Diese unterliefen die Saudis aber bald unter Druck von Washington in einem gesonderten militärischen Abkommen mit den USA. Zustimmung erklärten Libanon, Irak, Libyen, Tunesien und die Türkei sowie Israel.

Die UdSSR unternahm, ausgehend von der Erfahrung der Friedensstiftung während der Dreieraggression einen Versuch, die Konfrontation im Nahen Osten zu entschärfen. Ihr Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung über Verzicht auf Gewaltanwendung bei der Regelung von Nahostproblemen wurde von den USA und ihren Verbündeten abgelehnt.

Zum ersten Testfall für die Anwendung der Eisenhower-Doktrin wurde Syrien. 1954 war dort der proamerikanische Militärdiktator Schischakli gestürzt und die weitere Unterwerfung des Landes unter USA-Vorherrschaft vereitelt worden. Seitdem versuchte Washington mit allen Mitteln, das Land wieder unter sein Diktat zu bringen. 1956 gelangte in Syrien eine antiimperialistische Koalitionsregierung an die Macht, die dann die Eisenhower-Doktrin wie schon zuvor amerikanische Versuche zur Einbindung des Landes in ein gegen die UdSSR gerichtetes Militärbündnis konsequent zurückwies. Mit gedungenen Putschisten wollte die CIA das Regime in Damaskus gewaltsam stürzen. Sie erlitt ein Fiasko.

Bereits im August 1957 entlarvte die syrische Führung mit eindeutigen Beweisen die massive Einmischung der USA. Weitere Umsturzversuche Washingtons in Syrien scheiterten bis heute. 1958 folgte der erste umfassende Einsatz des Mechanismus der Eisenhower-Doktrin in Libanon. Als während eines Volksaufstandes gegen das proimperialistische Regime alle anderen Druckmittel keine

Wirkung zeigten, ließen sich die USA von ihrem Vasallen, Präsident Schamoun, zur militärischen Intervention auffordern. Doch auch mehr als 10000 US-Marineinfanteristen konnten den Volkswillen nicht brechen. Die Interventionstruppen mußten schließlich abziehen. Zum Fehlschlag wurde auch die Einmischung der USA und Großbritanniens in die innerjordanische Krise im gleichen Jahr.

Nicht zuletzt wegen dieser Fehlschläge setzten die Vereinigten Staaten in der weiteren Verfolgung der Ziele ihrer Eisenhower-Doktrin zunehmend auf Israel: erste Militärkredite ab 1959, „besondere Beziehungen“ mit immer umfassenderen Waffenlieferungen ab 1962, „strategische Partnerschaft“ und Einbeziehung Israels in die „nationale Verteidigung“ der USA ab 1981. Im Ergebnis profitierte die zionistische Expansion, die den arabischen Völkern, in erster Linie den Palästinensern, aber auch dem israelischen Volk selbst unsägliches Leid brachte und weiterhin bringt. Heute erscheint die Eisenhower-Doktrin als Vorläufer der Bush-Doktrin. Um „die Welt vom Bösen zu befreien“, das vorher „Kommunismus“ hieß, maßen sich die USA in ihrer „Sicherheitsdoktrin“ nun an, „gegen heraufziehende Bedrohungen zu handeln“, also sogenannte Präventivkriege zu führen. Jetzt soll im Zeichen des „Kampfes gegen den Terrorismus“ eine „völlige Umgestaltung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens“ erfolgen, die sich „Befreiung“ nennt – auch angesichts einer halben Million getöteter Iraker.

**Bernd Fischer**



# Nachtrag zur BRD-Visite der chilenischen DDR-Exilantin Michelle Bachelet

## Eine Antifaschistin aus Santiago

Chiles Präsidentin Michelle Bachelet hat unlängst die BRD besucht. Bei ihrer Begegnung mit Bundeskanzlerin Merkel, die sie bereits vom Wiener EU-Lateinamerikagipfel im Mai 2006 kannte, vermochten sich beide Damen auf deutsch zu unterhalten. Ihre Sprachkenntnisse hat Madame Bachelet in der DDR erworben. Das beeinflusst ihre Haltung noch heute.

Michelle Bachelet, deren Vater, der Allende treue Luftwaffengeneral Alberto Bachelet, nach dem Pinochet-Putsch vom September 1973 zu Tode gefoltert wurde, konnte mit ihrer Mutter dank glücklicher Umstände aus der Haft freikommen. Beide begaben sich in das DDR-Exil. Gegenüber dem Hamburger Wochenblatt „Die Zeit“ äußerte sich Michelle Bachelet folgendermaßen: „Ob es den Lesern gefällt oder nicht, die Jahre, die ich in Potsdam und Leipzig verbracht habe, waren für mich eine sehr glückliche Zeit. Sicher ist dieses Urteil eng mit meinen persönlichen Erfahrungen verbunden. Ich war 23 Jahre alt, konnte mein Studium fortsetzen, habe geheiratet, habe dort mein erstes Kind bekommen. Ich machte in Deutschland eine schöne Erfahrung, und ich empfinde Dankbarkeit für die Art, wie ich, meine Mutter und meine Freunde aufgenommen wurden.“

Damals gab es also eine von den Menschen der DDR getragene tiefempfundene Solidarität. Die Regierung und die gesellschaftlichen Kräfte organisierten die Aufnahme von der Militärjunta ins Ausland getriebener Anhänger des gestürzten Präsidenten Salvador Allende und seiner Unidad Popular.

Es soll hinzugefügt werden, daß in Santiago verbliebene Mitarbeiter der DDR-Vertretung den seinerzeitigen Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles, Carlos Altamirano, als Gast in einem der Botschaftsgebäude aufnahmen und ihn später in einer mutigen Aktion auf dem Landweg nach Argentinien brachten.

Demgegenüber verweigerte BRD-Botschafter Kurt R. Lüdde-Neurath, ein Diplomat Ribbentropscher Schule, dem führenden SP-Funktionär deutscher Abkunft Erich Schnake und anderen jegliche Hilfe und Unterstützung. Man sollte annehmen, daß die damalige SPD-Regierung Willy Brandts eigentlich der UP-Regierung des Sozialisten Allende näher gestanden haben müßte als den Putschisten um Pinochet.

Eine gewisse Korrektur dieser Haltung wurde erst durch Protest- und Solidaritätsbekundungen der westdeutschen Bevölkerung erzwungen. Das Land Baden-Württemberg lehnte es dennoch ab, dem Außenminister der UP-Regierung Clodomiro Almeyda nach seiner Entlassung von der KZ-Insel Dawson Asyl zu gewähren. So kam auch er in die DDR.

Den chilenischen Exilanten wurden sofort Wohnungen zur Verfügung gestellt. Sie erhielten Arbeitsplätze, Schul-, Ausbildungs-, und Studienmöglichkeiten. Fast alle Chilenen kehrten nach Übernahme der Regierungsgewalt durch zivile Kräfte in ihre Heimat zurück und bekleiden als gut geschulte Fachleute und erfahrene Politiker einflußreiche Positionen in Staat und Gesellschaft. Das ist ein Beispiel erfolgreicher Integration.

Prestige besitzt bis heute das Ibero-Amerikanische Forschungsseminar an der Universität Leipzig unter Leitung des chilenischen Professors Alfonso de Toro. Diese Einrichtung wurde zu DDR-Zeiten geschaffen und maßgeblich von Prof. Dr. Eberhard Hackethal inspiriert. Er war es auch, der in einer abenteuerlichen Aktion den von der Junta steckbrieflich gesuchten Altamirano in einem präparierten PKW über die Anden ausschleuste.

So etwas muß Frau Merkel natürlich nicht unbedingt wissen. Sie hat mit der Förderung von Bestrebungen deutscher Wirtschafts-, Finanz- und Militärkreise in Chile genug zu tun. Dem entspricht der Slogan des BRD-Außenministers Steinmeier bei seinem Santiago-Besuch im Mai 2006: „Chile hat ein Energieproblem, Deutschland liefert die Lösung“! Gemunkelt wird auch, daß es Lieferwünsche der chilenischen Militärs gebe: Es geht um 200 Leopard-Panzer und neue U-Boote.

Und da ist ja auch noch die unrühmliche Geschichte der berüchtigten „Colonia Dignidad“, einer Hacienda von der Größe des Saarlandes, die jetzt als „Villa Baviera“ unter der Schirmherrschaft des Freistaats Bayern steht. Sie wurde sogar vom erst im August 2006 ernannten deutschen Botschafter und Urbayern Dr. Peter Scholz zur Chefsache erklärt. Als sicherheitspolitisch erfahrener Diplomat, Spezialist für Lateinamerika und Routinier im Umgang mit DDR-Nachlässen, zum Beispiel in Moçambique, weiß der dem BND verpflichtete Verehrer von Franz Josef Strauß bestens, worum es in Chile geht. Sein Vorgänger Joachim Schmillen, langjähriger Vertrauter und Mitarbeiter Joschka Fischers, hatte wohl in erster Linie das in Chile lebhaft präsente Image

der DDR zu diskreditieren. Ihm fiel auf, „daß verschiedene deutschstämmige Familien im chilenischen Wirtschaftsleben führend sind“, die deutsche „Kultur und Lebensart“, der „preußisch-deutsche Einfluß“ in den Streitkräften, die deutschen Schulen eine beachtliche Rolle spielen. Weniger sprach er von der deutschen Folterhöhle „Colonia Dignidad“.

Chile betreibt eine relativ selbständige, auf eigenen Vorteil bedachte Wirtschafts- und Außenpolitik. Es hat bisher geschickt verstanden, zwischen unterschiedlichen Ambitionen der USA, Europas, Japans, Chinas und der lateinamerikanischen Nachbarn zu lavieren.

Was aber war der Grund der BRD-Reise von Michelle Bachelet, die nicht als Staatsbesuch behandelt wurde?

Man hatte die Präsidentin als Ehrengast und Festrednerin zum Ibero-Amerika-Tag nach Stuttgart eingeladen. In Bitterfeld nahm sie an der Einweihung eines mittelständischen Unternehmens teil. Klammheimlich verlieh man ihr die Ehrendoktorwürde der Berliner Charité, an der sich die Ärztin in DDR-Tagen beruflich qualifiziert hatte.

Persönlich wichtig war ihr wohl ein Wiedersehen mit ehemaligen Exilanten an der Universität Leipzig, wo sie studiert hat. Eine bescheidene Zusammenarbeit mit zwei chilenischen Universitäten wurde angeschoben.

Aber warum war ihr Besuch, besonders in den Medien, so betont unauffällig und zweitrangig angelegt? Und das, obwohl Angela Merkel wörtlich erklärte: „Die chilenische Demokratie ist vorbildlich.“ Die Bundeskanzlerin verwies „auf die Versöhnung nach der Militärdiktatur in dem ehemals gespaltenen Land“. In der BRD gibt es so etwas nicht. Da hat die Regierungschefin noch einiges nachzuholen!

Es begegneten sich also zwei Politikerinnen unterschiedlicher Art. Die eine versucht, ihre Nation von einer Mitte-Rechts-Position zu einer Mitte-Links-Position zu führen, die andere begibt sich immer mehr nach rechts.

Michelle Bachelet mag – ausgehend von ihrer Vergangenheit – vielleicht eine andere Politik gestalten wollen. Doch aufgrund der realen Machtverhältnisse in Chile, wo das Kapital herrscht und der USA-Einfluß groß ist, sind ihr weitgehend die Hände gebunden. Wenn es ihr, wie sie es den Wählern versprach, dennoch gelingen sollte, das ungerechte Wahlsystem zu ändern, das Bildungssystem zu verbessern und den Lebensstandard der Rentner, Armen und indianischen Ureinwohner etwas anzuheben, entspräche das dem lateinamerikanischen „Zeitgeist“.

**Rudolf Herz**

Wir empfehlen unseren Lesern das Buch „Flucht vor der Junta“, edition ost, 14,90 Euro, ISBN 3-36001067-1

### Potsdamer „RotFüchse“!

Unsere nächste Zusammenkunft findet am **17. Januar 2007** um **14 Uhr** im Bürgertreff Sternzeichen, Babelsberg, Galilei-Straße 37 statt.

Thema:

**Ein Hohenzollern-  
denkmal oder  
Potsdam-Mitte  
gestalten?**

**Auskünfte von kompetenter Seite.**

**G**eorge W. Bush hat bei fünf Wahlen, die unlängst in Nord-, Mittel- und Südamerika stattfanden, schwere Niederlagen hinnehmen müssen. Das innenpolitische Kräfteverhältnis veränderte sich in einigen Regionen des Doppelkontinents fast erdrutschartig. Der Reihe nach:

In den USA selbst brach der Wählerwille die Vorherrschaft der republikanischen Partei des Präsidenten in beiden Häusern des Kongresses. Zwar stellen die gleichfalls großbürgerlichen Demokraten keine tatsächliche Opposition zum bestehenden System dar; doch als Gradmesser für das gegen den derzeitigen Hauptexponenten des USA-Imperialismus und dessen Irak-Krieg immer mehr gerichtete Massenbewußtsein der Bevölkerung der Vereinigten Staaten war die Abstimmung äußerst aufschlußreich. Für den Rest seiner zweiten Amtszeit ist Bush jetzt ein „Lame Duck President“ – eine lahme Ente, wie man in Washington zu sagen pflegt. Er muß lavieren und manövrieren.

Denkwürdige Siege haben die antiimperialistischen Kräfte bei den Präsidentschaftswahlen in Brasilien, Nicaragua und Venezuela errungen. (Man muß dem die zeitlich schon etwas zurückliegende Entscheidung der Bolivianer für den indianischen Linkspolitiker Evo Morales hinzurechnen.)

Die glänzende Wiederwahl von Präsident Hugo Chávez, dem engen Freund Fidel Castros, in Venezuela – es handelt sich um das fünftgrößte Erdölland der Welt – ist ein Ruhmesblatt der nationalen und sozialen Befreiungsbewegung im Norden Lateinamerikas. Chávez bekennt sich jetzt offen zu einem sozialistischen Weg.

Als ein Vorgang von großem Gewicht muß auch die mit gleichfalls 60prozentiger Zustimmung erfolgte Bestätigung von Luiz Inacio (Lula) da Silva – dem Führer der Arbeiterpartei Brasiliens (PT) – im höchsten Amt des bevölkerungsreichsten und ökonomisch stärksten lateinamerikanischen Staates betrachtet werden.

Über die Rückkehr des Sandinisten Daniel Ortega in die Präsidentschaft Nicaraguas berichtet der frühere FSLN-Berater aus der DDR Wolfgang Herrmann in einem gesonderten Beitrag.

## Fidel beglückwünscht Lula

Am Vormittag des 30. Oktober sandte Fidel Castro dem gerade gewählten Präsidenten von Brasilien, Luiz Inacio Lula da Silva, folgendes Glückwunschsreiben:

Werter Lula!

Niemals hegte ich den geringsten Zweifel, daß ein Sieg von Dir das Beste für Lateinamerika und für Brasilien sein werde. Darum freue ich mich, Dir zu Deinem Sieg zu gratulieren.

Fidel Castro Ruz

# Erdrutsch auf dem amerikanischen Kontinent

Wenn man bedenkt, daß auch die linksliberalen Staatschefs Argentiniens und Uruguays, Kirchner und Tabaré Vázquez, in manchen Fragen eine Politik der Verteidigung nationaler und regionaler Interessen verfolgen, ist unschwer zu erkennen, daß die Uhren auf dem amerikanischen Doppelkontinent jetzt anders ticken als noch zum Zeitpunkt des Amtsantritts der Administration von George W. Bush.

Fast unmittelbar vor den am 3. Dezember abgehaltenen venezolanischen Wahlen war Lula aus Brasília nach Caracas gekommen, um seinem von der inneren und äußeren Reaktion hart bedrängten Freund Hugo Chávez den Rücken zu stärken. Bei der Einweihung einer neuen gigantischen Brücke über den Rio Orinoco – Südamerikas zweitgrößten Strom – hatte sich der Brasilianer, dessen Koalitionskabinetts übrigen auch ein Kommunist angehört, an seinen Amtsbruder aus Caracas gewandt und erklärt: „Ich habe keinen Zweifel daran, daß es in Venezuela

in vielen, vielen Jahren keine Regierung gegeben hat, die sich so um die Armen sorgt, wie Du es tust.“

Und auch das war ein Paukenschlag: In der 2. Runde der Präsidentschaftswahlen im erdölreichen Andenland Ekuador wurde der lateinamerikanische Linksruck bestätigt. Es siegte der linkskatholische frühere Universitätsprofessor und Wirtschaftsminister Rafael Correa (43) mit großem Vorsprung über den Milliardär und Bananenkönig Alvaro Noboa. Der neue Präsident, ein Freund von Hugo Chávez und scharfer Kritiker der USA-Politik, will den Kurs seines Landes in engem Zusammenwirken mit Venezuela und Bolivien gestalten.

Der Schulterstoß zwischen den Antiimperialisten Lateinamerikas ist ein überaus ermutigendes Signal, das davon zeugt, daß sich das Kräfteverhältnis in der Welt – allen Rückschlägen zum Trotz – wieder zugunsten des fortschrittlichen Lagers zu verschieben beginnt.

S. R.



Chávez und Lula bei der Brückeneinweihung

## Portugals KP war Gastgeber eines kommunistischen Welttreffens Begegnung in Lissabon

**I**n der portugiesischen Hauptstadt fand vom 10. bis 12. November das schon traditionelle internationale Treffen der Kommunisten statt. Gastgeber war diesmal die PCP. 63 kommunistische und Arbeiterparteien mit zum Teil unterschiedlichen Positionen beteiligten sich an der Konferenz, zu deren Themen die Einschätzung der Weltlage, die Strategie des Imperialismus in der Energiefrage, der Kampf der Völker Lateinamerikas und die Aussicht auf Sozialismus gehörten. Unter den Anwesenden befanden sich bekannte Politiker wie Aleka Pappariga aus Griechenland, der Generalsekretär der KP Südafrikas Blade Nzimande, Gennadi Sjuganow von der KP der Russischen Föderation sowie Vertreter der regierenden Parteien aus Kuba, Laos und Vietnam. Die Kommunistische Partei

Chinas und die FKP entsandten Beobachter. 17 weitere Parteien übermittelten Grußbotschaften. Aus der BRD nahm ein Vertreter der DKP an der Beratung teil.

Seit dem Athener Treffen im Jahre 1998 haben regelmäßig solche Begegnungen stattgefunden, bisher stets unter der Schirmherrschaft der griechischen KKE, jetzt erstmalig ausgerichtet von Portugals PCP. Deren Generalsekretär Jerónimo de Sousa begrüßte in seiner Eröffnungsansprache alle Delegationen, die sich in einem Hotel gegenüber dem ZK-Gebäude der gastgebenden Partei versammelt hatten. Er war auch der Hauptredner auf einer Massenkundgebung in Almada – einer von 32 kommunistisch verwalteten Städten Portugals –, an der sämtliche Abordnungen teilnahmen.

R. F.

# Daniel Ortega ist wieder Nicaraguas Präsident

## Treffer beim fünften Versuch

Am 5. November stimmten in Nicaragua 38 Prozent der Wahlbeteiligten für Daniel Ortega von der FSLN. Unter den bürgerlichen Parteien holte die Nicaraguansische Liberal-Konservative Allianz (ALN) mit Eduardo Montealegre 28,3 Prozent und die Liberal-Konstitutionalistische Partei (PLC) mit José Rizo 27,1 Prozent. Für die sogenannte Sandinistische Erneuerungsbewegung (MRS) mit Edmundo Jarquín entschieden sich 6,3 Prozent. Die Frente gewann in den Departements Nueva Segovia, Madriz, Estelí, Chinandega, León, Managua, Carazo, Matagalpa und in der Autonomen Nordatlantik-Region. Die ALN eroberte Masaya, Granada und Rivas. Die PLC siegte in Boaco, Chontales, Jinotega und in der Autonomen Südatlantik-Region. Als der Oberste Wahlrat am 7. November das Ergebnis verkündete, war die Hauptstadt Managua voll von rotschwarzen Fahnen der FSLN. Die Anhänger Ortegas feierten ihren Präsidenten.

Diesmal trafen die Prognosen zu. Der Unwille des Volkes gegen die bisherige Politik war größer als die Angst vor den Drohungen der USA-Administration. Das liberale Lager schloß sich nicht gegen Ortega zusammen. Die MRS hatte keine Chance. Die Auftritte der Abtrünnigen gegen die FSLN und Daniel Ortega nutzten nur den Liberal-Konservativen. Anlässlich einer Beratung im Mai dieses Jahres, zu der das U. S. State Department die drei Präsidentschaftskandidaten Rizo, Montealegre und Lewites nach Miami eingeladen hatte, gab der zuletzt Genannte ein Versprechen ab: Er und seine politischen Freunde würden im Falle einer Stichwahl auf eine eigene Kandidatur verzichten und dem von der USA-Administration favorisierten Montealegre ihre Stimmen geben. Das Volk hat das Manöver des früheren Sandinisten durchschaut. Nicht so einige Linke in der BRD. Abgeordnete der Linkspartei.PDS ergriffen Partei für die MRS. In einem Internet-Bericht stellten sie die „Retter des Sandinismus“ als linke Alternative zur FSLN dar.

Die FSLN und deren Verbündete sind für die unteren Schichten der Bevölkerung zur Alternative geworden. Der beharrliche Kampf, die Nicaraguaner durch konstruktive Arbeit in den Kommunen zurückzugewinnen, zahlte sich aus. Das Bündnis aus FSLN und YATAMA hat sich in den Autonomen Atlantikregionen mit überwiegend indianischer Bevölkerung seit Jahren bewährt. Auch die Aussöhnung mit der katholischen Kirche und Teilen der früheren Contra scheint Früchte zu tragen. Besonders das war umstritten. Wer denkt noch daran, daß die FSLN 1988 nach Gorbatschows Verrat an den Verhandlungstisch mit der Contra mußte? Damals traf sie eine Übereinkunft: Die Demobilisierten der Armee und der Contra sollten



Land erhalten und sich ansässig machen. Die Sandinisten konnten das Abkommen nicht mehr erfüllen, und die folgenden liberalen Regierungen taten nichts dergleichen. Ist da die Vermutung abwegig, daß die FSLN um Daniel Ortega es wieder aufnehmen und realisieren will?

Die FSLN führte das Wahlbündnis Unida Nicaragua Triunfa (Das Vereinte Nicaragua siegt.) an. Dieses legte ein Regierungsprogramm mit acht Verpflichtungen vor. Es geht um Arbeit für das ganze Volk. Auf dem Lande soll sofort der Wandel der Monokulturen in Multikulturen veranlaßt werden. Man will die landwirtschaftlichen und industriellen Quellen des Exports erweitern. Im Gesundheitswesen sind mehr Krankenhäuser und Behandlungszentren, bessere Apotheken und mehr Medikamente vorgesehen. Der Bedarf soll langfristig aus dem Gewinn des günstigen Erdölkaufs in Venezuela finanziert werden. Die Alphabetisierungskampagne wird im ganzen Land fortgesetzt. Für die Universitäten sind sechs Prozent des Budgets vorgesehen. Jede Gemeinde soll frei vom Analphabetismus werden. Nicaragua will sich an der von der UNESCO initiierten Wissensära des 21. Jahrhunderts beteiligen. Es soll ein langfristiger Prozeß der Gleichstellung der Infrastruktur der Autonomen Atlantikregionen mit der des Pazifik beginnen. Zehn Prozent des Budgets sind zukünftig für die Gemeinden gedacht. Man will den Verbrauch an Naturreichtümern einschränken. Produzenten, die aus der Zentralamerikanischen Freihandelsvereinigung (CAFTA) austreten wollen, werden Möglichkeiten des Zutritts zu alternativen Märkten wie ALBA – dem Handelszweischluß der Länder Südamerikas und der Karibik – angeboten.

Daniel Ortega bewarb sich zum fünften Mal um die Präsidentschaft. Er und die FSLN wollten die gegnerische Behauptung widerlegen, die FSLN komme nur mit Waffengewalt an die Macht und könne sich nur so halten. Nun gab ein Teil des Volkes Ortega erneut die Möglichkeit, den Gegenbeweis anzutreten. Er hatte mit seiner Partei das glaubhafte Projekt der Einheit Nicaraguas entworfen. Die unterlegenen Kandidaten der liberalen Parteien gratulierten Daniel Ortega zum Wahlsieg.

Der wies darauf hin, daß seine Politik auf Versöhnung und Frieden gerichtet sei. Er sagte: „Wir haben noch einmal die Chance, Nicaragua zu regieren, dieses Mal in Frieden und Ruhe. Wir glauben, daß die Bedingungen günstig sind, um eine neue politische Kultur zu praktizieren. Wir alle müssen zusammenarbeiten für unser einziges Nicaragua. Unsere große Aufgabe wird es sein, das Volk aus der Armut zu befreien.“ In den Glückwünschen der fortschrittlichen Präsidenten Lateinamerikas kam die Freude über den

Erfolg Ortegas zum Ausdruck. Fidel Castro gratulierte ihm vom Krankenbett aus zum „grandiosen Sieg“. Hugo Chávez lud ihn ein, sich Venezuela beim „Aufbau der zukünftigen sozialistischen Bruderschaft des 21. Jahrhunderts“ anzuschließen.

Das Weiße Haus hat offensichtlich eine abwartende Haltung eingenommen. Man gab bekannt, mit Ortega zusammenzuarbeiten, wenn dieser sein Versprechen, sich für eine „demokratische Zukunft“ Nicaraguas einzusetzen, halte. In den USA sprach man bereits von einem „Linksruck in Lateinamerika“, mit dem „besonnen“ umzugehen sei. Gegenüber Managua müsse „Reife“ gezeigt werden, damit das Land nicht in den „venezolanischen Orbit“ eintrete.

Die FSLN und deren Bündnispartner haben keinen einfachen Weg vor sich. Zunächst muß es gelingen, die Mehrheit in der Nationalversammlung zu finden. Dazu benötigen sie 56 Stimmen. Sie verfügen aber nur über 37 Sitze (vorher 38). Die MRS, die mit 6 Abgeordneten vertreten sein wird, hat bereits jegliche Zusammenarbeit ausgeschlossen. Von der ALN, die 27 Sitze besetzt, wird man wenig erwarten können. Bleibt die PLC, die der größte Verlierer der Wahlen war und nur noch 22 Abgeordnete statt vorher 53 hat. Der „berühmte Pakt“ zwischen Ortega und Expräsident Arnoldo Alemán, der in Wirklichkeit ein Vertrag zwischen FSLN und PLC ist, kann neue Bedeutung erlangen. Und es wird die Zeit kommen, in der nicht mehr vom „Pakt“, sondern von einem vernünftigen Vertrag gesprochen werden kann.

Die innere Reaktion und vor allem die USA-Administration werden dem neuen Präsidenten und seiner Regierung das Leben schwermachen. Die Sandinisten beschreiten mit dem Projekt „Unida Nicaragua Triunfa“ Neuland. Sie können sich der Solidarität des revolutionären Lateinamerika sicher sein, das wiederum einen erfahrenen Partner zurückbekommen hat.

Wir schließen uns dieser Solidarität an.

**Wolfgang Herrmann**

*Unser Autor war in den 80er Jahren Berater der SED bei der FSLN.*

# Glied in der Kette der Verbrechen des USA-Imperialismus Als Reagan Grenadas Freiheit erwürgte

Was war heimtückischer als der von USA-Präsident Ronald Reagan 1983 befohlene Überfall auf Grenada? 7000 Mann und zwei Flugzeugträger der U. S. Navy wurden gegen den nur 110 000 Einwohner zählenden Karibikstaat geworfen. Man kann daran ermesen, wie sehr sich die mächtigen Vereinigten Staaten durch das Beispiel der auf Grenada stattfindenden Revolution bedroht fühlten.

Amerikanische Flugzeuge bombardierten u. a. ein psychiatrisches Krankenhaus, wobei 47 dort Untergebrachte ums Leben kamen. Später behauptete das Pentagon, „die bewaffneten Patienten und das Personal“ seien bereit gewesen, „unseren Streitkräften Widerstand zu leisten“.

Junge Revolutionäre unter Führung von Maurice Bishop hatten am 13. März 1979 in einer von der New-Jewel-Bewegung vorbereiteten Aktion den probritischen Diktator und Bewunderer „fliegender Untertassen“ Eric Gairy gestürzt. Das Volk atmete auf. Die Umwälzung führte zu sozialen Veränderungen. Schulen wurden instandgesetzt, die Kinder erhielten kostenlos Lehrbücher, und zum ersten Mal wurde den Armen ein warmes Essen bereitet. Bishops Regierung sorgte für ein unentgeltliches Gesundheitswesen. Innerhalb von vier Jahren fiel die Arbeitslosenrate von 50 auf 12 %. Bei all dem war die kubanische Hilfe unverzichtbar. Am meisten brachte Grenadas Revolution den Frauen. Gesetze stellten sexuellen Mißbrauch und Frauenausbeutung im Austausch für Jobs unter Strafe. Jacqueline Creft wurde Minister für Volksbildung.

Seit 25 Jahren hatte man in Grenada von einem Flugplatz mit langer Start- und Landebahn geträumt. Das Projekt wurde jetzt mit kubanischer Unterstützung in Angriff genommen, um Düsenmaschinen den Zugang zu ermöglichen. Die Reagan-Administration behauptete daraufhin, was gebaut werde, sei in Wirklichkeit eine sowjetische Luftwaffenbasis.

Besonders empörte man sich in den Vereinigten Staaten darüber, daß Grenadas Entwicklung zum Sozialismus Millionen Afro-Amerikaner in ihren Bann zog. Vor 2500 Studenten des New Yorker Hunter College berichtete Maurice Bishop von einem geheimen Dokument des USA-Außenministeriums, das die Besorgnis über Grenadas Anziehungskraft auf schwarze Bürger des imperialistischen Hauptlandes beschrieb.

Vier Monate später wurde Bishop am Vorabend der USA-Invasion erschossen. Man inszenierte eine interne Rivalität zwischen verschiedenen Strömungen der New-Jewel-Bewegung, deren Spaltung durch Agenten und unter Ausnutzung des Wirkens einer ultralinken Gruppierung vollzogen wurde. Zusammen mit Maurice Bishop ermordete man einige seiner Minister, darunter Jacqueline Creft.

Die tragischen Ereignisse in Grenada boten dem Weißen Haus die Möglichkeit, von

einer schweren Niederlage Reagans in Libanon abzulenken: dem Bombenanschlag auf das Beiruter Hauptquartier der USA-Marineinfanterie, wo am 23. Oktober 241 GIs getötet worden waren. Nur zwei Tage später erfolgte der Überfall auf Grenada. Der USA-Präsident bediente sich einer Lüge, indem er behauptete, USA-Medizinstudenten seien auf der Insel bedroht worden.

Die afroamerikanischen Kongreßabgeordneten verurteilten einstimmig Reagans Verbrechen. Doch der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, Walter Mondale, unterstützte den Angriff.

Die Welt war empört. Zehntausende Studenten zogen in Mexiko City zur Botschaft der USA, deren diplomatische Vertretungen in Bolivien und der Dominikanischen Republik in Brand gesteckt wurden. Massenproteste gab es in Havan-

na und Managua. Auch in den Vereinigten Staaten fanden von Küste zu Küste große Demonstrationen statt.

Der Kampf in Grenada dauerte Tage. Die Patrioten des kleinen Eilands ergaben sich nicht. Als USA-Bomben auf sie niederprasselten, schrieben Bishops Soldaten an die Mauern von Fort Rupert: „Wir werden eher sterben, als zu Marionetten des USA-Imperialismus zu werden.“

Seite an Seite mit diesen Kämpfern Grenadas fielen 24 Kubaner, darunter Bauarbeiter des Internationalen Flughafens von Port-au-Prince. Als dieser schließlich eröffnet wurde, drangen die USA darauf, ihn nach Ronald Reagan zu benennen. Doch der Widerstand war zu stark. Er trägt den Namen von Maurice Bishop.

**R. F., gestützt auf „The New Worker“, London, und „Workers World“, USA**

## In Tschechien wächst die faschistische Gefahr An der Seite von KSČM und KSM

Die in Tschechien mit geringem Erfolg regierende Bourgeoisie flüchtet sich politisch in die ultrarechte Ecke: Ins Maßlose gesteigerter Antikommunismus ist ihr Panier.

Orientiert am Beispiel der BRD Konrad Adenauers, die schon 1956 zum Wegbereiter der Hatz auf Andersdenkende wurde und mit dem KPD-Verbot den Präzedenzfall für die Zerstörung der bürgerlichen Freiheitsrechte schuf, richten die außer Rand und Band geratenen Prager Machthaber nach der gerichtlich bislang nicht bestätigten Illegalisierung des kommunistischen Jugendverbandes KSM Presseberichten zufolge jetzt auch massivstes Feuer auf die KP Böhmens und Mährens (KSČM). Die legale Existenz der drittstärksten Parlamentspartei Tschechiens ist bedroht.

In beiden Fällen geht es der regierenden Reaktion um die Mundtotmachung standhafter marxistisch-leninistischer Kämpfer. Ihnen wirft man vor, ausgerechnet die der Bourgeoisie heilige Eigentumsfrage auf die Tagesordnung gesetzt zu haben.

Doch die Finsterlinge an der Moldau, die in dieser Hinsicht einen offen faschistischen Kurs steuern, haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht, gehört doch die KSČM zu den erfahrensten und am tiefsten verwurzelten kommunistischen Parteien Europas. Sie verfügt im Widerstand gegen die tschechische Bourgeoisie und deren internationalen Rückhalt über lange Traditionen. Deshalb sind wir fest davon überzeugt, daß der Faschismus in der ČR nicht durchkommen wird. Unseren Kampfes- und Klassenbrüdern aus KSM und KSČM versichern wir unsere unerschütterliche Solidarität. **S. R.**

## Holland: Sozialistische Partei verdreifachte Kammersitze

Bei den Parlamentswahlen in den Niederlanden hat sich die deutlich links von den Sozialdemokraten stehende Sozialistische Partei (SP) als der eigentliche Gewinner erwiesen. Während die traditionellen bürgerlichen Parteien und die sozialdemokratische Partei der Arbeit (PvdA) zum Teil empfindliche Verluste hinnehmen mußten, zogen statt der bisher neun jetzt 26 Sozialisten in die 150

Mitglieder zählende 2. Kammer ein. Das ist Platz 3 in der Rangfolge der Parteien – ein großer Erfolg.

Die SP, die zu den entschiedensten Kräften beim Nein der Niederländer zur EU-Verfassung gehört hatte, gewann nicht zuletzt durch den Abstieg der PvdA, deren Sitzzahl sich von 42 auf 32 verringerte.

**G. A.**

# Wie ein Mafia-Vertrauter Israels Vizepremier werden konnte Faschist an Olmerts Seite: Avigdor Lieberman

Der Alptraum der Palästinenser, der moderaten Israelis und der Nachbarn des jüdischen Staates besitzt Namen und Nachnamen: Er heißt Avigdor Lieberman und ist der Führer der ultranationalistischen Partei Yisrael Beitenun (Israel ist unser Heim), der mehrheitlich russische Emigranten angehören.

Der israelische Premierminister Ehud Olmert verkündete am 23. Oktober, daß sich die rechtsextreme Organisation der Regierungskoalition angeschlossen habe und Lieberman Vizepremierminister im neuen Ministerium für strategische Angelegenheiten werde, woraufhin es einige Analytiker der Presse ironischerweise als das „Ministerium für die Bedrohung durch Iran“ bezeichneten. Außerdem erlangte Olmert zusammen mit den 11 Abgeordneten der Yisrael Beitenun eine günstige Mehrheit von 78 Mandatsträgern in der Knesset (Parlament), die 120 Sitze hat.

Avigdor Lieberman denkt, daß die aktuelle Schwäche von George W. Bush die USA daran hindere, sich dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad zu widersetzen, und behauptet, daß es Israel sei, welches sich Irans „annehmen“ müsse.

Der berühmte Scharfmacher wurde vor 48 Jahren in Moldawien, einer früheren Sowjetrepublik zwischen Ukraine und Rumänien, geboren. Er emigrierte in den 80er Jahren nach Israel. 1999 gründete er Yisrael Beitenun, die rund eine Million aus der Ex-UdSSR stammende Anhänger zählt. In kurzer Zeit entpuppte er sich als Faschist und Rassist. Lieberman ist ein lebhafter Befürworter der Bombardierung der von Arabern bewohnten und durch Israel okkupierten Gebiete Palästinas. Er will die Deportation der dortigen Bevölkerung mit dem Ziel, Israel unter religiösem und ethnischen Gesichtspunkt zu „reinigen“.

In seinem Buch „Meine Wahrheit“, das viele mit „Mein Kampf“ von Hitler vergleichen, schlägt er den Austausch von Land und Bevölkerung zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde vor, „um zwei ethnisch homogene Staaten zu schaffen“. Während der israelischen Libanon-Invasion im letzten Juli forderte er die Verabschiedung eines Gesetzes, um allen Bürgerinnen und Bürgern bedingungslose Treue zum jüdischen Staat abzuverlangen. Zuvor, im Mai, verlangte er die Hinrichtung jener zehn arabisch-israelischen Gesetzgeber, die Kontakte mit der palästinensischen Regierungspartei unterhielten. Begründung: Hochverrat. „Der Zweite Weltkrieg endete mit den Nürnberger Prozessen und der Exekution der Naziführer. Aber es wurden nicht nur die Hauptverursacher, sondern auch die Kollaborateure. Ich wünsche mir, daß dies das Schicksal der Kollaborateure, die sich in diesem Haus befinden, sei“, sagte Lieberman in der Knesset.

Aber neben der „Rassereinheit“, dem extremen Nationalismus und der religiösen Orthodoxie, die Lieberman bewegen, gibt es noch eine andere Seite: Israels Vizepremier war in mehr als einen Korruptionsskandal verwickelt. Es ging um Beziehungen zur russisch-jüdischen Mafia, die es im Land gibt. Im Mai 2002 veröffentlichte der US-Intellektuelle James Petras einen Artikel mit der Überschrift: „Wer finanziert den israelischen Staat?“, in dem er bestätigte: „Die reichen und mächtigen Juden des Auslands bewegen sich in dem Kreis um Scharon. Sieben der acht oligarchischen Milliardäre der russischen Mafia machten großzügige Zuwendungen an Israel und unterhalten exzellente Beziehungen zu Scharon und Shimon Peres.“

Israel erhält enorme Geldsummen von jüdischen Magnaten aus aller Welt. Eine beträchtliche Portion dieser Unterstützung fließt in die Parteikassen der Rechten

und der extremen Rechten und dient der Finanzierung der jüdischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten. Aber diese monetäre Großzügigkeit folgt nicht nur politischen oder religiösen Motiven: Israel steht auf der schwarzen Liste der G-8-Staaten als eines der internationalen Paradiese für Geldwäsche.

Unter den Mäzenen der sogenannten russischen Mafia im Nahen Osten befindet sich Wladimir Gusinski, der steinreiche russische Medienzar, der zur Zeit von der Justiz seines Landes gesucht wird. Gusinski, der ohne Schwierigkeiten einen israelischen Paß erhielt, ist der Geschäftspartner des internationalen Waffenhändlers Yaakov Nimrodi und Besitzer von 25 % der Aktien der zionistischen Tageszeitung „Maariv“ in Tel Aviv.

Vorerst ist auszuschließen, daß Israel auf einen Kurs zum Frieden mit den Palästinensern und seinen Nachbarn einlenkt. Der frühere Abgeordnete und Ex-Mosadchef Daniel Yatom warnte davor, daß die Zugehörigkeit von Avigdor Lieberman zum Kabinett „seine extremistischen Positionen legitimieren“ werde.

„Während viele Friedensanhänger in Israel darüber, daß ein Rassist wie Lieberman in die Regierung einzog, entsetzt waren, vergaßen sie, daß auch ohne ihn die Regierung Olmert bereits eine Politik der extremen Rechten entwickelt hatte“, schrieb Gideon Levy, Kolumnist der Tageszeitung „Haaretz“. Er fügte hinzu: „Die Teilnahme Liebermans reißt lediglich einer Regierung, die einen sinnlosen Krieg begann, die jegliches Abkommen mit Syrien ablehnt, die grausam gegen die Palästinenser ist und die Besetzung von Gebieten verstärkt, die Maske vom Gesicht.“

**Roberto Bandini**

Übersetzt von Isolda Bohler, Valencia

*Der Autor ist ein argentinischer Journalist und Schriftsteller.*

## KPN (M) nach zehn Jahren Bürgerkrieg in Parlament und Kabinett Volkssieg in Nepal

Das Ende von 238 Jahren Feudalherrschaft ist im Himalaja-Noch-Königreich Nepal eingeläutet worden. Mit dem am 21. November unterzeichneten „Umfassenden Waffenstillstands- und Friedensabkommen“ hat der zehnjährige Bürgerkrieg zwischen Regierungstruppen und den maoistischen „Rebellen“ der KPN (M) seinen Abschluß gefunden. Die blutige Bilanz: über 10 000 Tote, zu einem Teil Zivilisten, überwiegend jedoch Militärangehörige und Freiheitskämpfer. Während die eine Seite auf innere Repression und Vernichtung ihrer linksgerichteten Gegner zielte, führte die andere einen antifeudalen und revolutionären „Volkskrieg“. Trotz ihrer oftmals fragwürdigen Methoden und einer die demokratischen Kräfte in ihrer Gesamtheit schwächenden Taktik

haben die maoistischen Guerillas schließlich einen strategischen Sieg errungen. Er wird die imperialistischen Mächte nicht ruhen lassen.

Dem nepalesischen Parlament gehören aufgrund des Abkommens jetzt außer Abgeordneten der einflußreichen KP Nepals (Marxisten-Leninisten), die den Bürgerkrieg ablehnte, erstmals 73 Vertreter der KPN (M) an. Im Interimskabinett sind die Maoisten, deren bewaffnete Verbände einen großen Teil des nepalesischen Territoriums kontrollieren und die sich für tiefgreifende gesellschaftliche Umgestaltungen zugunsten der überwiegend armen Landesbürger einsetzen, inzwischen mit mehreren Ministern vertreten.

Die KP Nepals (M-L) und die KPN (M) sind sich in einer Sache einig: Beide fordern die sofortige Abdankung des kriminellen Königs Gyanendra.

Mit dem veränderten Kräfteverhältnis haben sich in dem südasiatischen Staat günstigere Bedingungen für einen möglichen sozialen Wandel eröffnet.

Im kommenden Juni finden in Nepal Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung statt, die spätestens das Schicksal der Monarchie besiegeln dürften. Bis dahin sollen die Arsenale der 70000 Regierungssoldaten und die Waffenbestände der 30000 Angehörigen des Rebelleneheeres unter Aufsicht bzw. Kontrolle der UN gestellt werden.

**S. R., gestützt auf Berichte von Hilmar König, Neu-Delhi**



## Literarischer Nachfahre Kischs Zum 75. von Richard Christ

Richard Christ erblickte vor 75 Jahren am 30. Dezember 1931 in Speyer das Licht der Welt. Er war nach dem Abitur Chemiarbeiter in den Leunawerken, Reporter und Redakteur. Christ studierte Philologie in Halle und Berlin und arbeitete als Verlagslektor. Er wies sich als produktiver Feuilletonist in der „Weltbühne“ aus. Seine Texte aus den Jahren 1975 bis 1979 wurden in der „bb-Reihe“ unter dem Titel „Die Sache mit dem Haken“ (1980) vorgelegt. Christs Feuilletons zeichnen sich durch eine betont lockere und unterhaltsame Schreibweise aus, die pointiert vorgetragen – und teilweise mit einem Schuß Selbstironie versehen – geradezu zu einem Lächeln einladen. Zu verweisen ist auf Christs Sammelbände wie die Satiren in „Die Zeichen des Himmels“ (1975) und die heiteren und bedenklichen Geschichten in „Nichts als Ärger“ (1978). Richard Christ brachte in seinen Büchern den Lesern vornehmlich Länder, Völker und deren Kulturen nahe. Der Weltreisende mauserte sich von seinem Bändchen „Reisebilder. Ansichtskarten aus der DDR“ (1974) zum erfolgreichen Reiseschriftsteller der DDR. Er legte Bücher vor, wie die Reise Geschichten in „Um die halbe Welt in hundert Tagen“ (1976), die Reisebriefe von drei Kontinenten in „Adieu bis bald“ (1979), „Welt-Betrachtung. Zwischen Polarkreis und Äquator“ (1989) und „Kleines Reisebrevier“ (1990). Von seinen Begegnungen mit dem Buddhismus berichtete er in „Die Zimtinsel“ (1987), und usbekische Reisebilder stellte er in „Taschkent, Buchara, Samarkand“ (1979) vor. Höhepunkte waren sein zweibändiges Tagebuch „Blick auf Pakistan“ (1982, zusammen mit dem Künstler Karl Erich Müller), der Bild-Text-Band „Alt-Delhi – Spaziergänge zwischen Affenstadt und Rotem Fort“ und das umfängliche Buch „Mein Indien“ (1983). Genannt werden müssen die Kinderbücher „Sieben Wunder für Jim“ (1984) und „Der Spinatbaum in der Wüste“.

Es ist Richard Christs Art, die bekannten Dinge des Alltags und das Verhalten der Menschen neu und kritisch zu sehen, das heißt, zu nuancieren und dem Leser vor Augen zu führen. Christ bringt seine Geschichten auf den Punkt, spitzt sie stark zu und löst beim Leser geistiges Vergnügen aus. Die literarisch gestalteten Vorgänge und menschlichen Verhaltensweisen, die er aufspießt, sind bekannt und werden wirkungsvoll zu einem Ganzen vereint.

Für sein Buch „Mein Indien“ benötigte der Autor vielfältige Mosaiksteine, um ein plastisches und kenntnisreiches Bild von dem Riesenland und seiner alten, reichen Kultur vermitteln zu können. Er entdeckte den Vielvölkerstaat in seiner Historizität, in seinen territorialen Dimensionen und seiner Widersprüchlichkeit aus der Gegenwart heraus für den Leser neu. Der Schriftsteller ließ den Leser seine Reiseerlebnisse, Begegnungen und vor allem seine Erkundungen der vielschichtigen und traditionellen indischen Kultur, des Wesens, Brauchtums und der Mentalität einiger indischer Völkerschaften miterle-

ben. Christ gewann sein Indien-Bild aus einer Analyse von historischen, religiösen und kulturellen Traditionen und den gesellschaftlichen Konflikten in der nachkolonialen Epoche. Er stützte sich auf eine Fülle realistischer Details und Episoden aus dem indischen Alltag, um mit großer Einfühlsamkeit, scharfer Beobachtung und wissenschaftlicher Akribie hinter manch indischen Schleier zu blicken, ob den Hinduismus, Indiens Einflüsse auf die Weltkultur, die Auswirkungen aus der Kolonialzeit, das Kastenwesen oder die Vielfalt der Religionen.

In „Zimtinsel“ stellte Christ Sri Lanka (ehemals Ceylon) mit seinen etwa 14 Millionen Einwohnern vor und rückte dabei die buddhistische Religion der Bevölkerungsmehrheit in den Mittelpunkt. In 18 Reiseimpressionen von der Perle im Indischen Ozean weiß er nicht nur schlechthin sehr poetisch und subjektiv über vielfältige Begegnungen zu berichten, sondern immer wieder den jahrhundertlangen, prägenden Buddhismus einzubeziehen und manches zu erhellen. Christ fügte beziehungsreich in seine Reiseschilderungen Legenden aus der Geschichte des Landes ein, wie die vom Zimtvogel, vom Palast auf dem Löwenfelsen oder die Vollmond-Legenden um Buddha.

Richard Christs Bücher bereicherten entscheidend und nachhaltig die DDR-

Reiseprosa seit den frühen siebziger Jahren. Er faßte seine „Welt-Betrachtungen“ territorial sehr weit. Seine Sichten und Einblicke reichten von der DDR über Österreich, Finnland, die Sowjetunion, Kuba, Nepal bis Ägypten. Christ bekannte in einem Interview, die Begegnung mit Asien habe ihn verändert, sein „Geschichtsverständnis gewandelt“, da sein Weltbild „vorherrschend eurozentrisch geprägt“ gewesen sei.

Zu Beginn des dritten Jahrtausends wandelte der Autor in „Küstenspaziergänge“ auf neuen geistigen Wegen an der Ostsee. Der einstige Weltenflaneur ließ uns an umtriebigen Lebens- und Zeitenwanderungen teilnehmen. Auf diesen erhellte er schlaglichtartig den Untergang der „Nischengesellschaft“, auch wie sich in der „neuen Freiheit“ Orientierungslosigkeit und Werteverfall breit machen. Anlässlich seines 70. Geburtstages legte der Hinstorff-Verlag Christs Geschichten unter dem Titel „Der Tag, die Nacht und ich dazwischen“ vor. Sie weisen autobiographischen Charakter auf. Der Zeitzeuge Richard Christ ist einer der wenigen Autoren, die an die besten Traditionen deutscher Reiseliteratur mit stets kritisch-vergnüglicher Recherche kurzweilig und mit Bonmots gesättigt anknüpften.

Dieter Fechner

### DER „ROTfUCHS“ GRATULIERT HERZLICH SEINEN MITGLIEDERN, DIE GROSSE GEBURTSTAGE BEGEHEN

**Roland Mehnert** aus Chemnitz (**23. Januar**) und  
**Alfred Lehmann** aus Dessau (**25. Januar**) werden **80.**

Ihren **75.** Geburtstag feiern

**Horst Perkuhn** aus Berlin (**9. Januar**),  
**Dr. Hans Lindemann** aus Erkner (**11. Januar**),  
**Johannes Fürl** aus Berlin (**13. Januar**),  
**Dr. Martin Dressel** aus Berlin (**22. Januar**),  
**Dieter Ahlbrecht** aus Freiberg (**25. Januar**) und  
**Renate Feindt** aus Dresden (**31. Januar**).

Ihr **70.** Lebensjahr vollenden

**Siegfried Schott** aus Altkalen (**3. Januar**),  
**Thomas Hentschel** aus Braunschweig (**6. Januar**) und  
**Klaus Ullmann** aus Berlin (**16. Januar**).

In die Reihen der **65**jährigen rücken auf:

**Konstantin Brandt** aus Berlin (**8. Januar**) und  
**Michael August Diekert** aus Düsseldorf (**26. Januar**).

**ALLEN JUBILAREN ÜBERMITTELN WIR  
UNSERE GLÜCKWÜNSCHE**

Zu ihrem 96. Geburtstag brachte der SPOTLESS-Verlag das neueste Buch von Elfriede Brüning heraus. Titel: *Gedankensplitter*. Der „RotFuchs“ schließt sich den guten Wünschen für die unermüdliche Autorin nachträglich an und publiziert hier einen Auszug aus dem neuen Buch, das den Titel „Ein mißratenes Interview“ trägt.

Heute hatte ich den Besuch eines jungen Mannes, der mir schon von Frau M., der Kulturreferentin vom Humanistischen Verband, avisiert worden war. Der Betreffende, hatte sie mir erzählt, schreibe an einem Buch über das Berlin der Nachkriegszeit und sei auf der Suche

Seite zu gelangen; die Demontagen, den Hunger, den Schwarzmarkt; die lockenden Kinos im Westen, das Buntmetall, das die Jugendlichen im Osten abmontierten und im Westen verhöckerten ... Wo sollte ich anfangen, um ihm eine Ahnung vom Berlin jener Zeit zu vermitteln? Und wie sollte ich ihm deutlich machen, daß für die unter uns, die an den Sozialismus glaubten, wie auch für mich, der Mauerbau damals, die Abschottung vom Westen, die einzig denkbare Lösung war, die wir – trotz der menschlichen Probleme, die sie mit sich brachte – mit Erleichterung hinnahmen, weil andernfalls die DDR langsam verblutet wäre? Aber konnte der Junge, der mir so unbefangene seine Klischeefrage stell-

deren Unterkünften oder auf Grund von Mißverständnissen, mit einem Trupp von dreihundert Soldaten, die sich schon vorher in unserer Schnapsbrennerei gütlich getan hatten, laut singend und lärmend bei uns Einzug hielt und das Haus vom Keller bis zum Dach unter ihre ‚Obhut‘ nahm. Möbel, die den Männern im Wege waren, wertvolle antike Stücke, wurden von ihnen mit Schwung auf den Hof befördert und zu einem hohen Stapel errichtet, mit dem sie später am Abend ein lodernes Feuer entfachten. Schon nach wenigen Tagen zog der Troß wieder ab, das Haus in einem heillosen Wirrwarr hinter sich lassend. Meine Schwiegermutter, die Hausfrau, die sich vor der Belagerung zu Nachbarn geflüchtet hatte, brach beim Anblick des Tohuwabohus in Tränen aus. Ihr Sohn Jochen, mein früherer Mann, tappte halbblind durch die verwüsteten Räume, während nur ich, die Abtrünnige der Familie, die Zerstörungen durch eine Armee, die zigtausend Kilometer verbrannter Erde hinter sich hatte, begütigend zu entschuldigenden suchte, wodurch ich den Zorn aller anderen auf mich zog.

Nein, ich hatte mich nie in diesem Haus geborgen gefühlt. Ich war immer eine Außenseiterin gewesen, eine Fremde, die nicht dazugehörte. Aber ging das alles den Jungen etwas an, der da vor mir saß, begierig auf die Schilderungen einer alten Frau, die Jahrzehnte ihres Lebens in Berlin verbracht hatte? Wohin hatte ich mich verrannt? Statt, wie mein Interviewer wünschte, vom Kriegsende zu sprechen, ging ich in meinen Erinnerungen noch weiter zurück, erzählte von Hitlers Machtantritt im Jahr dreiunddreißig, als in einem Hinterstübchen unserer Leihbücherei in Berlin-Moabit das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei – mit Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht an der Spitze – zu seinen illegalen Sitzungen zusammenkam. Die Zusammenkünfte fanden fast täglich statt. Die Mitglieder, die zum Teil aus der Provinz angereist waren, hatten sich als Biedermänner verkleidet, kamen, statt in der gewohnten Arbeitskluft, jetzt mit Mantel und Hut; einige trugen sogar eine Perücke oder einen falschen Bart. Nach dem Reichstagsbrand wagten es viele Genossen gar nicht mehr, im eigenen Bett zu schlafen, sondern suchten bei irgendwelchen Freunden, die noch nicht gesucht wurden, einen zumindest zeitweilig sicheren Unterschlupf. Einmal, kurz vor seiner Verhaftung, kam sogar Ernst Thälmann zu uns. Die Nachricht von seiner Ankunft war für uns völlig überraschend. Überstürzt mußten Vorkehrungen zu seiner Sicherheit getroffen werden. Genossen rückten an, verlässliche Leute, wie man uns zusicherte, die die notwendigen Arbeiten vornehmen sollten. Sie grüßten uns noch mit der geballten Faust. Aber wußte man denn, ob unter ihnen nicht einer war, der schon von der Gestapo gesucht wurde oder sogar einer, der längst, wie man so sagt, sein Mäntelchen nach dem Wind gedreht hatte und mit der SA sympathisierte, die mit Freibier und Versprechungen die Schwankenden an sich zog? ... Das konnte nicht lange gutgehen. Auch andere Kun-

## Spotless: Neues Elfriede-Brüning-Buch

# Ein mißratenes Interview

nach Zeitzeugen. Ob ich für ein Gespräch mit ihm zur Verfügung stünde? Halbherzig sagte ich zu, denn mir war reichlich unklar, was ich dem angehenden Autor, über seine eigenen Erinnerungen hinaus, erzählen könnte. Dabei setzte ich als wohl sicher voraus, daß auch er jene Jahre bereits erlebt hatte, sonst würde er sich wohl kaum an solch schwieriges Unternehmen wagen. Doch der dann schließlich vor meiner Tür stand, war zu meiner Überraschung ein ganz junger Mensch, kaum über die dreißig hinaus, hochgewachsen und schlank wie ein Baum, so daß er beim Eintritt in meine Wohnung den Kopf einziehen mußte, um sich keine Beule zu holen. Er sei Lehrer von Beruf, erzählte er frisch drauflos, kaum daß ich ihn bis zum Tisch gelotst hatte; Lehrer für Kunsterziehung. Aber der Job fülle ihn nicht aus, so daß er glücklich sei, jetzt dieses Projekt vor sich zu haben. Er plane das Buch zusammen mit seinem Freund, einem Germanisten, den er schon seit seiner Schulzeit kenne; sie stammten beide aus Halberstadt ... Und – hätten sie denn schon einen Verlag? fragte ich, seinen Wortschwall bremsend. Er nickte auch dazu und nannte mir den Namen, der mir allerdings unbekannt war. ... Ob er mir nun ein paar Fragen stellen dürfe? Und er rückte energisch das kleine Mikrofon mehr in meine Nähe. Wie war das, als die Mauer gebaut wurde? Wollte er wissen. Sei das nicht schrecklich gewesen – plötzlich so eingesperrt, wie im Gefängnis, zu sein? Ach, dieser Kindskopf! dachte ich mitleidig. Mit seinen knapp dreißig hatte er den Mauerbau noch nicht erlebt, auch nicht die offene Grenze zuvor, als die Menschen zu Zigtausenden die DDR verließen, hochqualifizierte Fachleute zum Teil, die der Westen abwarb. Er kannte die zerbombten Häuser nicht mehr, die provisorischen Spreerbrücken, auf denen man todesmutig balancieren mußte, um auf die andere

te, mich überhaupt verstehen? Redeten wir nicht in zwei Sprachen, ich und das Greenhorn, das mein Enkel sein könnte? Mein Gegenüber beeielt sich, das Thema zu wechseln. Vielleicht sollten wir mit einem früheren Zeitpunkt beginnen, schlägt er vor. Ob ich auch das Kriegsende in Berlin verlebt hätte? Wieder muß ich ihn enttäuschen, denn ich bin ja erst Mitte 46 nach Berlin zurückgekehrt. Vorher ... Und wieder stocke ich in meinen Gedanken, will mich nicht zurückerinnern an eine Zeit; die ich am liebsten aus meinem Gedächtnis auslöschen möchte. Ist es Scham, die mich daran hindert, jetzt davon zu erzählen?

„Im Gutshaus in der Magdeburger Börde überstand sie den Krieg“, heißt es lakonisch in einem Zehn-Minuten-Beitrag, den der Literatursender „Querstraße“ anläßlich meines neunzigsten Geburtstages ausgestrahlt hat, und man zeigte auch gleich ein Foto des schönen barocken Hauses, in dem ich über drei Jahre meines Lebens zugebracht habe. Dem flüchtigen Betrachter mag es scheinen, als sei dieses Haus ein Hort der Geborgenheit, des tiefsten Friedens gewesen: Die efeumrankten Fenster blicken auf den sauberen Hof mit den Ställen und der Pferdetränke davor und auf den Park, der das Blattwerk seiner uralten Bäume über die Mauer reckt, die ihn schützend umgibt. Tatsächlich ist auf den kleinen Ort im Vorharz, zu dem die Domäne mit dem „Schloß“ gehörte, während des ganzen Krieges nie eine Bombe gefallen; wir hörten nur das Dröhnen des über uns hinwegfliegenden Pulks, der seine Last nach Magdeburg trug oder bis in das entfernte Berlin. Auch die Besatzer, die sich später bei uns niederließen, zuerst die Amerikaner, dann die Engländer und zuletzt die Rote Armee, sind mit den Bewohnern des Ortes gnädig verfahren – wenn man davon absieht, daß die letztere, vielleicht aus Mangel an an-

den hatten schon Verdacht geschöpft. „Wo bleiben denn die Männer alle?“ fragte uns einmal eine Leserin, die beobachtet hatte, wie die Illegalen, alle im besten Mannesalter, nach einem kurzen Wortwechsel mit meiner Mutter in der hinteren Wohnung verschwanden und niemals wiederkamen. Offenbar vermutete sie bei uns einen geheimen Bordellbetrieb. Mutter ließ sich jedoch nicht ins Bockshorn jagen, Die

seien längst wieder gegangen, behauptete sie, durch den Seitenausgang! – Ihr hätten aber, wie sie uns später gestand, bei der Frage der Kundin die Knie gezittert ... Wir haben drei Stunden verplaudert. Mein Besucher rafft zögernd seine Utensilien zusammen. Er scheint unzufrieden, was ich begreifen kann. Denn haben wir nicht eigentlich das uns gestellte Thema verfehlt? Ich bin in die Vergangenheit

abgeglitten. Täte es ihm leid, frage ich ihn, während ich ihn zur Tür bringe, daß er seine Zeit mit mir vertrödelte hat? Aber den beschwichtigenden Satz, den er zu mir heraufruft, kann ich nicht mehr verstehen. Das Surren des Fahrstuhls, mit dem er in die Tiefe schwebt, verschluckt seine Worte. ■

## Spuren eines Kommunisten

Wir hatten das große Glück, ihn kennenzulernen: Walter Ruge, geboren 1915, bekennender Sowjet- und DDR-Bürger. Er hatte sich wie wir entschlossen, am 30. „Avante“-Fest, das 2006 in Portugal stattfand, teilzunehmen. So trafen wir uns bei der Anreise am vereinbarten Ort auf dem Flughafen Tegel. Walter fiel auf: große Statur, schlank, hager fast, kahlgeschoren. Wer in seine Nähe kam, wurde unwillkürlich eingenommen von einer Aura voller Güte, Weisheit und lebenssprühendem Optimismus.

Walter hat nicht nur alles mitgemacht, was das Programm vorsah; er fand sich auch stets an der Spitze der Gruppe, wenn etwas zu erkunden war. Nichts war ihm zu weit, zu schwierig, zu ermüdend – bei immerhin durchschnittlich 40 Grad Hitze. Wenn man nach ihm Ausschau hielt, war er entweder unter Diskutanten oder auf der Pirsch mit der Videokamera zu finden. Er schien für alles, und sei es das kleinste Detail, ein Ohr, ein Auge zu haben.

91 Jahre hat er zurückgelegt, doch wacher kann kein Geist, kühner kein Gedanke, kraftvoller keine Stimme, ausdauernder keine Physis sein.

Die größte Überraschung hielt er für uns am letzten Aufenthaltstag bereit. Walter verlangte mit Bestimmtheit, im Atlantik baden zu wollen. Keiner von uns wäre je auf diesen Gedanken gekommen, denn der Wellengang war gewaltig, die Wassertemperatur im Gegensatz zur Tageshitze eisig. Aber Walter ging einfach. Ich hinterher, weil man ein solches Schauspiel nur in diesem Moment und sonst nie wieder erleben konnte. Immer und immer wieder warf er sich lachend in die schäumende mächtige Brandung, als wollte er mit ihr verschmelzen. Meine Kamera hat das festgehalten, was Walter mit der Frage quittierte, ob er diese Szene in seinen eigenen Film einbauen könne, den er über Portugal und das „Avante“-Fest „gedreht“ hatte – sehenswerte, eindrucksvolle Bilder einer unvergeßlichen Reise.

Wenn jemand in des Wortes tiefster Bedeutung mit Marx sagen kann „Nichts Menschliches ist mir fremd“, ist es Walter Ruge. Doch gerade das behauptet er nicht. Er zeigt sich immer wieder überrascht vom Reichtum und den Wundern des Lebens. Die Neugier ist es wohl, die zum prägenden Wesenszug seines Charakters wurde. Sie hält ihn bis heute fest, sie wurde gleichsam zu seinem Verhängnis.

Durch die Flucht der Eltern vor faschistischer Verfolgung fanden er und sein



Bruder Wolfgang 1934 in der Sowjetunion eine neue Heimat. Für ihn hatte das „Russische“ von Jugend an „etwas Weihevolleres“. Nun wollte er „Bürger dieses Landes“ werden, helfen, das Vermächtnis Lenins, seines großen Vorbildes, zu erfüllen. Es war eine Zeit des Enthusiasmus, der Hingabe an die Sache, die vier Tage nach dem Überfall der faschistischen Wehrmacht am 22. Juni 1941 auf die Sowjetunion jäh unterbrochen wurde. Ende April 1942 hat man dem inzwischen nach Omsk am Irtytsch gebrachten Strafgefangenen das in Abwesenheit von einem Dreierkollegium in Moskau gefällte Urteil, 10 Jahre Arbeits-Straflager, verlesen.

Walter Ruge sagt, deutsche Kommunisten, die sein Schicksal in der Sowjetunion teilten, hätten „ihre Weltanschauung unter den schwersten Bedingungen nicht nur bewahrt, sondern aktiv verteidigt, menschliche Größe bewiesen“. Er ist einer von ihnen, ein Mensch, dessen stiller Heroismus sich offenbart, wenn man sein Buch „Treibeis am Jenissei“ liest.

Eigentlich sollte es den Titel „Der durch den Jenissei schwamm“ tragen, denn auch das hat er getan.

So wie er von unzähligen Begebenheiten zu erzählen weiß, die von ungewöhnlichem Wagemut, Durchhaltevermögen, aber auch uneigennütziger Hilfsbereitschaft, mit der er nicht wenigen das Leben rettete, zeugen. Er war in Situationen gestellt, die ihn niemals vergessen lassen, wie gut Brot schmeckt, wie tief Liebe berührt, wie faszinierend Menschen und Natur sein können, wie vernichtend aber auch Verrat und Mißtrauen wirken. Walter Ruge gehört zu jenen, die die Härte

ihrer Zeit am eigenen Leibe erfuhren, die sie zugleich als Momente geschichtlichen Klassenkampfes, der menschliches Versagen, Verleumdung und Denunziation einschloß, verstehen lernten. Davon spricht sein Bekenntnis: „Nach dieser Prüfung ist es mir dennoch gelungen, mein politisches Urteilsvermögen nicht durch persönliche Erlebnisse bestimmen zu lassen. Ich war seit meiner Jugend und bin es bis heute – ein Verehrer der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ... Ich blieb ein sowjetisch-deutscher Mensch, wie er im Buche steht, so wurden alle Unrechts-Staat-Ressentiments, jedes Kokettieren mit einer Opfer-Rolle ausgehebelt.“

Nach 25 Jahren sowjetischer Staatsbürgerschaft kam Walter Ruge – „sibirien-gegerbt“, wie er betont –, gemeinsam mit seiner russischen Frau Irina 1958 als 43jähriger nach Potsdam. Durch seine Leidenschaft für die Fotografie „vorbelastet“, geriet er unter die Fittiche der DEFA. Dort arbeitete er als Leiter eines Großfotolabors, übernahm aber auch kleinere Rollen in Filmen, vornehmlich als Dolmetscher oder sowjetischer Offizier, so in dem Streifen „Mama, ich lebe“. 1975 schied er aus dem Berufsleben aus. Die Vermittlung des Freundschaftsge-dankens zwischen den Völkern der Sowjetunion und der DDR blieb ihm jedoch Herzenssache. Wie es ihm überhaupt darum ging, seine ganze Kraft für das neue Leben in der DDR einzusetzen. Zu spüren ist allemal seine unversöhnliche Haltung gegenüber Schlampererei, Duckmäusertum, Opportunismus und Selbstzufriedenheit. Solche Eigenschaften waren ihm zutiefst wesensfremd. Doch es gab auch ihr Gegenteil: Aufopferung und Uneigennützigkeit, vor allem einen wachsenden internationalistischen Geist in den Herzen vieler. All das hält Walter Ruge fest – mit hohem literarischem Anspruch, warmherzig, achtungsvoll, kritisch und immer versetzt mit einem Schuß Satire, die die Lektüre seines Buches zum Genuß werden läßt.

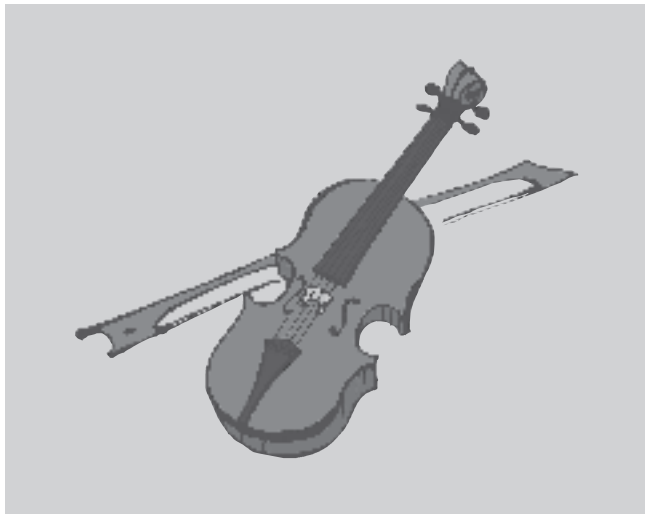
„Treibeis am Jenissei“ spiegelt das Zeitgeschehen eines ganzen Jahrhunderts, das dem Autor seinen Stempel aufgedrückt, aber auch seine Spuren, die Spuren eines Kommunisten, aufgenommen hat.

**Bruni Steiniger**

Walter Ruge. *Treibeis am Jenissei. Ungewöhnliche Geschichten aus Deutschland, Rußland und sibirischen Lagern.* GNN Verlag, Schkeuditz 2006, 416 Seiten, 19 Euro, ISBN 3-89819-214-8

Es ist ein altes Theatergesetz und gilt schon seit ewigen Zeiten für alle Autoren und Regisseure der Welt: Wenn im ersten Akt ein Gewehr an der Wand hängt, muß es zumindest im letzten mal losgehen. Ich glaube, Tschechow war es, der das in seiner Dramaturgie festgeschrieben hatte. Von da ist es über Stanislawski und Max Reinhardt auf uns überkommen.

In meinem Arbeitszimmer hängt zwar kein Gewehr an der Wand, aber ein ganzes Sortiment von Musikinstrumenten. Nach dem postulierten Tschechowschen Grundsatz darf sich aber keines dort spreizen, das nicht von uns gespielt wird oder früher einmal gespielt wurde. Zupf- oder Schlaginstrumente wie Gitarre, Balalaika, Mandoline, Banjo usw.,



Blasinstrumente von der Blockflöte über Jagdhorn, Trompete, Posthorn oder kleines Flügelhorn. Und eine Geige. Eine Violine. Beileibe keine Stradivari. Auch keine Amati. Eine durchschnittliche Geige, wie andere tägliche Gebrauchsgegenstände, die beispielsweise in der Küche herumhängen wie Pfannen, Kochlöffel oder Suppenkelle.

Mit einem Unterschied. Sie kann nicht benutzt werden. Ihre Saiten hängen traurig, wie Strümpfe auf der Leine, über den Steg und können nicht gespannt werden. Es fehlt der Festhaltepunkt gegenüber den Wirbeln, mit denen man die Saiten spannen kann. Das ist eigentlich nur eine Kleinigkeit. Ein winzig kleines Etwas am Ende des Geigenkörpers. Daumengroß. Im Grunde genommen nur ein Pfennigartikel. Aber den gibt es nicht. In keinem Supermarkt, in keinem Musikfachgeschäft. Nur in Verbindung mit dem ganzen Wust von Saiten, Steg, Wirbeln und anderen Spannelementen. Und das Ganze beileibe nun nicht für Pfennige, sondern für richtig viel Geld. Also hängen die Saiten traurig, nicht gespannt und unspielbar über dem Steg. Es sieht zudem auch unästhetisch und verwurschtelt aus. Jedesmal, wenn sich mein Blick beim Schreiben hebt, landet er auf der trist und nutzlos an der Wand hängenden Geige. Und jedesmal macht sich in meinem musikempfindlichen Hirn das „Largo“ von Händel breit, eines der traurigsten Stücke der deutschen Musikliteratur.

## Gelbe Saiten

Kürzlich fuhren wir durch die Regattastraße. Neben der Apotheke hatte ein neuer Musikladen eröffnet. Klein und leicht zu übersehen. Meine Frau bremste, schaltete den Motor aus und befahl: „Hier gehst du jetzt rein und holst das fehlende kleine Dingelchen. Und merk dir: Ohne das Ding fahre ich hier nicht weg!“ Also folgte ich gehorsam und brachte im Laden meinen Wunsch vor. Ratlos starrten mich die beiden, ein junger Mann und eine nette Frau, an. Als ich so stürmisch hereinstürzte, erhofften sie sich vielleicht einen

potenten Käufer, der gleich ausrief: Ein Klavier, ein Klavier!! Und jetzt das, ein daumengroßes kleines Etwas.

Die enttäuschte junge Frau erklärte mir, daß sie keine Ersatzteile hätten, sondern nur Instrumente im Ganzen, am Stück sozusagen. Aber schnell verständigten sich die zwei mit Blicken und erboten sich, mein fehlendes Geigenteilchen zu bestellen, holten auch schon einen umfangreichen Katalog, in dem sie eifrig blätterten. Wir suchten und suchten, überschlu-

gen Posaunen, Fagotte, Baßgeigen, Celli, Bratschen, alle übrigens mit horrenden Preisen, bis ich schließlich erfreut ausrief: „Das isses!“ Es war abgebildet und hatte eine Länge von höchstens 2 ½ Zentimetern, war um einen Knopf gewunden und bestand aus einer Art Naturdarm. „Ja, bestellen Sie das bitte.“ Forsch fragte ich nach: „Costa quanta?“ Und da sagte die junge Frau so locker leichtthin: „Sechsundsiebzig Euro fünfundneunzig.“

Jetzt blieb mir die Spucke weg, und ich starrte auf diesen Winzling im Katalog, dieses kaum Etwas, dieses Nichts, dieses fast Elementarteilchen. Und so teuer?! Nein! Nicht mit mir, dem staatlich sanktionierten Rentner. Kurz entschlossen sagte ich: „Für das Geld bastle ich mir das selbst aus einer alten G-Saite.“ Der junge Mann meinte, das würde aber nicht so gut klingen. Darauf meinte ich, schon im Hinausgehen: „Für das alte Kaiserquartett, meine neue Nationalhymne, wird's schon gehen.“ Ich hatte noch die Türklinke in der Hand, da flüsterte die junge Frau schnell etwas zu ihrem Partner und hielt mich, als der eifrig nickte, zurück. „Eine Sekunde“, sagte sie, verschwand im Nebenraum und kam sofort wieder. Fast feierlich legte sie einen Geigenkasten auf den Ladentisch, wie ich keinen vordem sah, geschweige denn je einen besessen hätte. Mit grau-schwarz glänzendem edlem Stoff war er umhüllt, hatte zusätzlich noch flache separate Außenfächer für die Noten und war mittels eleganter

Reiß- und Klettverschlüsse zu öffnen. Im Innern ein märchenhafter Anblick. In silberseidigem Samtbett lag eine Violine, rotbraun changierend gelackt und mit einer Figur, wie sie wohlgestalteter von keinem italienischen Geigenbauer hergestellt werden könnte.

Sprachlos stand ich vor dem kleinen Wunderwerk. Ich sah die beiden jungen Leute an und fragte, was das wohl bedeuten sollte, daß sie mir dieses teure und kostbare Stück so feierlich vorführten. „Die Geige können Sie sofort mitnehmen, für den Preis von ....“, die junge Frau schaute auf den Zettel, der am Kastengriff angebracht war; ich hielt angespannt wartend den Atem an, dann sagte sie: „...für den Preis von achtundneunzig Euro.“ Ich lachte: „Ja, in solchen Monatsraten für die nächsten 30 Jahre.“ „Nein“, erklärte der Mann. „Das ist ein Sonderangebot aus China. Einstieg mit Dumpingpreisen in den europäischen Musikinstrumentenmarkt. Es ist die einzige Geige, die wir erhalten haben.“ Ich stotterte: „... und warum haben Sie nicht ...?“ Die Frau etwas verlegen: „Wir haben schon das Klavier gekauft. Und das Schlagzeug für unseren Jungen.“ Immer noch zögernd nahm ich die kostbare Geige aus dem Kasten, zupfte ganz leise und vorsichtig die Saiten an und wirklich – auch in China scheint man mit der Kunst des Geigenbaus vertraut zu sein.

Ich war so glücklich, daß ich kaum hörte, wie die Frau mir noch ein Privatissimum hielt, während sie die Rechnung schrieb. Bei den Chinesen würden jetzt nicht mehr überall nur die Arbeiter bestimmen, sondern auch Geschäftsleute hätten wieder etwas zu sagen. Das Land befindet sich deshalb im Aufbruch. China sei der Markt der Zukunft und werde die übrige Welt zum Wettstreit herausfordern.

Flüchtig erinnerte ich mich der Endzwanziger des vorigen Jahrhunderts. Mein Vater erzählte eines Abends ganz aufgeregt von Schiffen, die in Hamburg ausgeladen wurden, mit Tausenden Fahrrädern, die nur ein Drittel des hiesigen Preises kosten sollten. Es hatte nur einen Nachteil. Auch dieses wenige Geld besaßen die Leute nicht während der damaligen großen Weltwirtschaftskrise, die wie eine verheerende Seuche über Europa lag. Aber überall sprach man sorgenvoll und ängstlich von der „Gelben Gefahr“, die vor den Toren stünde und uns überschwemmen würde wie eine Flut, wie eine Pandemie. Meine Frau, die sich genauso über das musikalische Schnäppchen freute, meinte kühl, das sei keine Gefahr, sondern – sie buchstabierte die Worte förmlich – sozialistische Marktwirtschaft.

Zu Hause angekommen spielte ich mit Hingabe und Inbrunst nicht das „Largo“ von Händel, nicht „Die kleine Nachtmusik“ von Mozart, sondern eine meiner Lieblingsschnulzen: Ireen Shears „Ein schönöoneer Tag ...“

**Rudi Kurz**

## Leserbriefe an RotFuchs



Es kommt oft vor, daß rechte und linke Zeitungen sich desselben Themas annehmen. Es kommt aber selten vor, daß der „RotFuchs“ und das auflagenstärkste konservative Wirtschaftsmagazin der Welt, „The Economist“, zu einem Thema gleicher Meinung sind. Ende Oktober/Anfang November aber war genau das der Fall. „Die Unbesiegbaren“, titelte der kleine rote Fuchs und meinte die 1989 so geprügelten Kommunisten. Die ersten beiden Seiten seiner internationalen Sektion widmete der dicke schwarze Bär aus London ebenfalls dem Kommunismus. Überschrift: „Genossen, sammelt Euch!“ Es folgte die aus seiner Sicht etwas düstere Erkenntnis: „Fünfzig Jahre nach dem Zerschmettern der ungarischen Erhebung blüht der Kommunismus. Die Geschichte ist vielleicht nach allem doch auf seiner Seite ...“ Die an Marx und Lenin orientierte Bewegung sei nicht etwa tot. Sie habe sich aufgefächert in unterschiedliche Schattierungen, wenn man etwa China, Vietnam, Kuba oder auch die Parteien in Südafrika, Italien, Indien oder Griechenland vergleiche. Langsam, aber sicher gewannen die sich unter dem roten Banner sammelnden Kräfte wieder an Zulauf. Nach und nach kommen die 1989 so Geprügelten weltweit aus ihren Kesseln, sammeln sich und lernen wieder zu siegen. Der „RotFuchs“ und „The Economist“ haben recht: Trotz alledem sind wir „die Unbesiegbaren“.

**Dr. Manfred Sohn, Edemissen**

Auch ich zähle zu den „Altmodischen“, die dem wissenschaftlichen Sozialismus die Treue halten. Als junger Bauarbeiter habe ich damals am Silikose-Sanatorium in Bad Suderode, Harz, mitgewirkt. Ich hatte die Ehre, den Richtspruch zu halten. Alle bisherigen Richtsprüche waren ein Lobgesang auf den jeweiligen Bauherrn, der vorwiegend nicht aus der Arbeiterklasse stammte. Aus diesem Grunde habe ich mich dazu entschlossen, einen eigenen Richtspruch zu erarbeiten. Er sollte den wahren Bauherrn zum Ausdruck bringen. In ihm hieß es:

„Festgefügt ist dieses Bauwerk  
und dient einem guten Zwecke.  
Fluchtrecht, Irtrecht und massiv  
mauerten wir jede Ecke.  
Denn der Herr in diesem Haus  
ist nicht Adenauer, ist nicht Strauß.  
Das sind wir, die große Masse –  
freie deutsche Arbeiterklasse.“

Meine Baubrigade stand uneingeschränkt zu dieser Aussage. **Günter Vehoff, Hagenow**

Mitte November fanden die Gedenkfeierlichkeiten zum Jahrestag des legendären studentischen Aufstandes in den Polytechnika von Athen und Thessaloniki statt.

Bei jedem Streik, jedem Protestmarsch und jeder Demonstration drängen sich die „bekanntesten Unbekanntesten“ – Leute mit schwarzer Kleidung und Kapuzen – in die Reihen der Teilnehmer. Sie inszenieren Krawalle, Brandstiftungen und andere Ausschreitungen. Es handelt sich um Leute, die der Sicherheitspolizei nahestehen. Niemand wird einer von ihnen verhaftet. Im Gegenteil: Man nimmt nur unschuldige Protestierer fest und stellt sie vor Gericht. Wie in Deutschland.

Die Streikwelle bei uns geht weiter. Mal die eine, mal die andere Gewerkschaft nehmen die Stafette des Kampfes auf. Zur Zeit sind die Hafnarbeiter von Piräus und Thessaloniki an der Reihe.

Noch ein persönliches Anliegen: Zum Gedenken an meinen verstorbenen Freund und Genossen Fritz Goslar aus Strausberg spende ich 10 Euro für den „RotFuchs“.

**Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki**

Ich habe gerade den November-„RotFuchs“ erhalten. Mich beeindruckt die Vielfalt der Themen in dieser Ausgabe. Mit großem Interesse las ich den Artikel „Die Lüge von der ‚deutschen Einheit‘“ und den Beitrag über die Verbreitung des Kommunistischen Manifests in China. Ich wußte wenig über diesen Gegenstand und muß zugeben, daß ich niemals darüber nachgedacht habe. Dennoch: Das ist sehr interessant. Ich halte mir die Bedeutung des Satzes vor Augen: „Wir kommen alle aus seiner Schule.“

Der Artikel brachte mich auf einen Gedanken: Ich würde gerne die beiden erwähnten Beiträge in unserer Zeitschrift „Ret og Vrang“ veröffentlichen.

**Mogens Japsen, Snekkersten (Dänemark)**

Die Leserversammlung in Cottbus mit Chefredakteur Klaus Steiniger und Vertriebsleiter Armin Neumann hat erneut bestätigt: Der „RotFuchs“ ist eine unverzichtbare politisch-theoretische Zeitschrift zur Verbreitung und Verteidigung des wissenschaftlichen Sozialismus. Er ist Teil jener politischen Bewegungen und sozialen Kräfte, die nach der schmerzlichen Niederlage der Arbeiterbewegung, in deren Folge es große ideologische Verwirrung gibt, einen Beitrag im Sinne von Marx, Engels und Lenin leisten, um alle zu mobilisieren, die für gesellschaftlichen Fortschritt eintreten. Ein wichtiges Anliegen bleibt es, die Zeitschrift besonders auch der jungen Generation zu vermitteln.

Wir sagen allen, die am regelmäßigen Erscheinen des „RotFuchs“ Anteil haben, herzlichen Dank und wünschen für 2007 weiterhin erfolgreiche Arbeit. Aus unserer Solidaritätskasse haben wir im Auftrag der Cottbusser Freunde und Genossen eine bescheidene Spende von 80 Euro überwiesen.

**Werner Walde, Kurt Winter, Cottbus**

Allen „RotFüchsen“ und ihren Mitstreitern danke ich für die aufrichtigen Glückwünsche, die Blumen und Geschenke zu meinem 80. Geburtstag. Vor allem aber für die Beweise der uns teuren Solidarität, die 275 Euro für Kuba erbrachte.

**Gerda Klabbuhn, Berlin**

Ich bin Kulturwissenschaftlerin und suche für meine Diplomarbeit Gesprächspartner unter „RotFuchs“-Lesern und -Lesern.

Ich würde mich freuen, wenn sich gleichermaßen jüngere und ältere Leser sowie Leser mit ost- und westdeutschem Hintergrund angesprochen fühlten, da ich herausfinden möchte, auf welche unterschiedlichen Bedürfnisse der „RotFuchs“ eine Antwort geben kann. Die Gesprächspartner müßten die Bereitschaft mitbringen, offen über sich selbst zu sprechen. Ihr Name bleibt dabei selbstverständlich ungenannt.

Ich bedanke mich für Ihre Mithilfe und möchte Sie bitten, sich bezüglich meiner Kontaktdaten an die „RotFuchs“-Redaktion zu wenden oder mir eine E-Mail an die Adresse

**leserinterview@googlemail.com** zu senden.

### Bemerkung der Redaktion

Name und Person der Briefschreiberin sind uns bekannt. Wir empfehlen, das Vorhaben der jungen Frau wohlwollend zu unterstützen.

Im Urteil eines Berliner Sozialgerichts lese ich: „Soweit eingewandt wird, daß mit den neuen Regelleistungen eine Kürzung der empirisch ermittelten Ausgaben um fast ein Drittel (!) einhergeht, so ist dem bereits die gebotene Orientierung der Regelleistungen an einer bescheidenen, dem Lebensstandard wirtschaftlich schwächerer Bevölkerungskreise entsprechenden Lebensführung ... entgegenzuhalten. Diese Orientierung ergibt bei der gegenwärtigen allgemeinen Einkommenssituation, die durch eine Zunahme von niedrig entlohnten Tätigkeiten und Einkommensrückgängen sowie ein zurückhaltendes Konsumverhalten gekennzeichnet ist, daß immer mehr Menschen – mit oder ohne Arbeit – ihren Lebensstandard nicht halten können und sich die nach außen sicht-

baren Unterschiede finanziellen Leistungsvermögens zwischen einer wachsenden Vielzahl immer niedriger entlohnter Erwerbstätiger und arbeitsuchender Empfänger von Arbeitslosengeld II ohnehin zunehmend verwischen, mit anderen Worten, die augenfälligen Unterschiede zwischen Nichthilfempfängern und Hilfeempfängern in der Breite der Bevölkerung abnehmen.“

Diese durch ein Berliner Sozialgericht – juristisch umschriebene – amtliche Aussage über die allgemeine Verarmung breiter Kreise der Bevölkerung in dieser reichen Bundesrepublik – eben einer Unterschicht – kann wahrlich nicht widersprochen werden.

Im diametralen Gegensatz zu dieser Aussage hören wir aus den Medien bzw. aus dem Mund eines Bischofs Huber, daß die Denkweise einer Zweiklassenideologie und damit der Begriff „Unterschicht“ abgeschafft gehören! Unterschichten gibt es nicht! Basta! So einfach ist das: unangenehme Begriffe werden nicht geduldet.

Andererseits erfahren die Bundesbürger täglich aus den Medien von den riesigen Einkommen der Spitzenmanager und anderer Superreicher. Die „marxistische Zweiklassenideologie“ ist, wie ich mich gut erinnere, bereits viel früher „ausgemerzt“ worden: Nach 1933 ersetzte man sie durch den Begriff einer „Volksgemeinschaft“. **Prof. Dr. Erich Buchholz, Berlin**

Sprechblasen der Politiker gibt es zuhauf, im Handeln versagen sie jedoch. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) sagte im Oktober 2006 zur Debatte über die Armut in Deutschland: „Wir leben eben in einer Klassengesellschaft.“ Ist Thiersees Geistesblitz nun hängengebliebenes Oberschul-Studien-Wissen aus DDR-Zeiten, oder hat er – entgegen der SPD-Politik, die Marx schon lange verleugnet – neu beim Altmeister nachgelesen? Beides wohl nicht, sonst hätte er 1989/90 anders gehandelt und nicht mitgeholfen, die DDR dem Kapital mit seiner Klassengesellschaft zum Fraß vorzuwerfen. Heute dient Thierse dem Kapital und der Klassengesellschaft als politischer Erfüllungsgehilfe, gestaltet sie selbst mit! Er scheint sich in ihr als Oberschichtler eher wohl zu fühlen. Ein wirklicher Klassenstandpunkt!

**Gert Thiede, Suhl**

Danke für die „Füchse“, die mich nun regelmäßig erbauen! Im übrigen ist es natürlich ganz und gar normal, wenn einem Leser der eine Artikel mehr, der andere weniger gefällt. Aber hier ist zuerst die Denkungsart wichtig, dann erst das Maß an Übereinstimmung.

Apropos „Füchse“: Neulich habe ich an einem Tag mitten in Pankow kurz hintereinander zwei Füchse gesehen, nicht ganz so rot wie im Sommerfeld, aber immerhin: Fuchs auf dem Vormarsch! **Werner Wüste, Berlin**

Zum Artikel von Prof. Dr. Rüdiger Scholz zu Goethe habe ich einige Anmerkungen zu machen. Zunächst eine Frage: Was bezweckt Kollege Scholz mit diesem Beitrag, was der RF mit seiner Veröffentlichung? Nehme ich den Anspruch des RF ernst, so will er ein Organ sozialistischer und kommunistischer Politik sein, in jedem Fall ein marxistisches Organ. Die Frage also, bezogen auf Scholzens Goethe, dürfte lauten: Was bedeuten die von ihm dargestellten Erkenntnisse für ein marxistisches Goethebild? Scholz präsentiert Goethe, will man es einmal prosaisch-plebejisch und nicht germanistisch ausdrücken, als politischen Reaktionär und moralisches Schwein. Was tun wir also mit ihm und seinen Werken? Soll das Urteil mit Brechts Lukullus lauten: „Ins Nichts mit ihm“? Oder begnügen wir uns damit, eine Sozietät umzubenennen und den Goethe der Jugend fürderhin als warnendes Beispiel einer raffinierten Camouflage vorzuführen? In jedem Fall wird nahegelegt, daß das bisherige, durchgehend positive marxistische Goethebild (von Mehring und Lukács bis Heise und Hacks) durch ein anderes zu ersetzen sei.

Zu Scholz' Argumenten. Seine Darstellung der Rolle Goethes bei der Verurteilung der Johanna Höhn trifft sicher zu. Wer es wissen wollte, dem war es auch schon vorher bekannt. Die weiteren Schlußfolgerungen sind freilich alles andere als schlüssig. Dafür ein Beispiel. Die Darstellung von Sachsen-Weimar als „Kleinfürstenstaat wie jeder andere auch“ ist, milde gesagt, kurios. In welchem anderen deutschen Kleinfürstenstaat gab es die geballte Ladung von Intelligenz, die immerhin die deutsche Klassik hervorbrachte und die an der Wiege der Romantik stand? Schiller, Goethe, Herder, Wieland waren da nur Gipfelpunkte, es gab einige mehr. Scholz hat es sich ganz offensichtlich zur Hirn- und Herzensangelegenheit gemacht, dem Idealbild deutscher Kleinbürgerei – Weimar als Musenhof, Goethe als Heiliger und Held – die simple Negation entgegenzustellen: Es gab gar nichts, was den Aufwand lohnte, und was es gab, war schlimm. Das hat mit einer historisch-materialistischen Betrachtung von Kunst nicht das Geringste zu tun. Denn diese handelt mit Widersprüchen, und auch in bezug auf die Klassik und Goethe sind Widersprüche zu konstatieren, zu erklären, in ein Gesamtbild zu bringen. Zwar kennt sie moralische Kategorien, doch moralisiert sie nicht. Das Moralisieren wie jedes Entweder-Oder-Denken überläßt sie den Kleinbürgern.

#### **Prof. Dr. Thomas Metscher, Grafenau**

Das hervorstechendste Merkmal der neuen deutschen Regierung ist ihre Arroganz. Wie zu Kaisers Zeiten soll „am deutschen Wesen die Welt genesen“.

Über 10 000 Soldaten, Unteroffiziere, Offiziere und Generale der Bundeswehr lehren in Kosovo, in Kongo, am Hindukusch und nun auch noch den Libanesen vom Stamme der Hisbolah dieses „deutsche Wesen“. Da nun auch Totenköpfe im Spiel sind, wird Wehrminister Jung sehr konsequent; er hat kurzerhand ein paar Soldaten entlassen.

Lehren aus der deutschen Militärgeschichte zieht man nicht. Immerhin gab es schon eine ganze Totenkopfdivision; die SS trug Totenköpfe auf dem Kragenspiegel, die Panzerwaffe auch.

Während sich Herr Jung in Zurückhaltung üben möchte, bekommt er im Parlament scharfe Konkurrenten: Grüne und FDP – Abgeordnete wie Beck, Trittin und Gerhard – fordern noch mehr Soldaten für Auslandseinsätze. Diese „Volksvertreter“ sollte man unverzüglich einkleiden, ausbilden, ausrüsten und schnellstens dort einsetzen, wo sie anderen das deutsche Wesen beibringen können.

#### **Egon Eismann, Wernigerode**

Was Prof. Horst Schneider im RF schreibt, beeindruckt mich stets durch Kompetenz und Klarheit der Aussage. Das gilt auch für seinen interessanten Beitrag zum Regensburger Auftritt von Papst Benedikt XVI. Ich stimme ihm zu. Man könnte ergänzen, daß der jetzige Heilige Vater einst wie viele seiner Altersgefährten in Deutschland das „Gott mit uns“ auf dem faschistischen Koppelschloß trug und lange vor seiner Wahl erkannt haben mußte, deshalb für dieses Amt nicht besonders geeignet zu sein. Doch das ist heute nicht mein Thema. Ich will auf eine Kleinigkeit hinweisen. Prof. Schneider nennt im Zusammenhang mit dem umstrittenen Regensburger Papst-Zitat die 2256. Sure des Koran. Irgendwo am Wege vom Schreibtisch des Autors bis zur Druckmaschine muß eine Defektheim im Busch gesessen haben. Sie hat den Koran um glatte 2 142 Suren bereichert. Er hat nämlich nur 114. Den im Zitat benannten Inhalt findet man in Sure 18.

#### **Wolfgang Mäder, Neubrandenburg**

Rechtsextremisten orientieren sich am Schriftgut des „Dritten Reiches“. In der BRD gibt es Dutzende Verlage und Antiquariate, die Originalliteratur bzw. Reprintschriften aus dieser „Ära“ vertreiben. Die Stärkung des Rechtsextremismus erfolgt aus vielen Quellen. Nicht vergessen werden sollte das Fernsehen,

dessen Sender unablässig Hitler und seine Gefolgschaft „humanisieren“.

Eine große Rolle spielt die seit 15 Jahren herrschende Arbeitslosigkeit von anfangs 2 Millionen, die inzwischen auf 4 bis 6 Millionen Menschen angestiegen ist, läßt man die geschönten Statistiken außer Betracht. Man kann viele Vergleiche mit der Weimarer Republik anstellen. Bleibt man weiterhin auf dem rechten Auge blind, so erleben wir eine böse Überraschung. Damals waren das Bürgertum und auch das sozialdemokratische Lager außerstande, die Gefahr zu wittern. Die deutsche Bourgeoisie sah nur in den Kommunisten eine Gefahr. Die bis heute geltende Nachkriegsdoktrin des militanten Antikommunismus korrespondiert mit dem braunen Rechtsextremismus.

#### **Udo Hammelsbeck, Drübeck/Harz**

Die noch junge RF-Regionalgruppe Bitterfeld-Wolfen zeigte erstmals ihr Gesicht. Eine Gelegenheit dazu ergab sich, nachdem eine Neonazidemonstration in Bitterfeld am 28. Oktober durch den Stadtrat nicht verhindert werden konnte und der Bürgermeister (SPD) die Bevölkerung zu einer Gegendemonstration in Form eines Familienfestes aufrief, das durchaus friedlich und nicht unpolitisch war. Alle im Stadtrat vertretenen Parteien, der DGB und auch Vereine und Betriebe beteiligten sich unter den Augen der Polizei, die mit griffbereiten Schlagstöcken an den Zufahrtstraßen zum Festplatz postiert war. Zehn „RotFüchse“ zeigten ebenfalls Flagge und hielten sich beim PDS-Stand auf. Schon unsere Anwesenheit – wir sind ja stadtbekannte Leute – erregte Aufmerksamkeit und provozierte Fragen nach dem Warum. So kamen wir schnell ins Gespräch, konnten unsere Position erklären und auch manches Exemplar der Satzung und der Leitsätze verteilen. In der Diskussion haben viele Bürger ihr Unverständnis darüber zum Ausdruck gebracht, daß sich Richter über die Beschlüsse eines demokratisch gewählten Stadtrates hinwegsetzen, die Nazidemo genehmigen, die Faschos unter den Schutz der Polizei stellen und deren Gegner so von vornherein kriminalisieren können.

#### **Dr. Adolf Eser, Muldenstein**

„Ist die Republik in Gefahr?“, liest man in der Presse. Die Frage stellt sich angesichts der Vielzahl von Veröffentlichungen über rechtsextremistische Aktivitäten. Die Medien spielen diese hoch und malen dabei ein düsteres Zukunftsbild. Auffallend ist, daß hauptsächlich Vorfälle in den östlichen Bundesländern Beachtung finden. Die wahren Ursachen und Hintergründe des Neofaschismus in Deutschland werden bewußt totgeschwiegen. Schlimmer noch, man versucht, die DDR für das Wiedererstarken rechtsorientierter Kräfte mitverantwortlich zu machen.

Die sich abzeichnenden Parallelen zu der Zeit vor 1933 sind offensichtlich. Der Berliner NPD-Parteitag erhellte schlaglichtartig die braune Gefahr. Bezeichnend ist, daß der Vorsitzende dieser neofaschistischen Partei die Unbelehrbaren unter frenetischem Beifall in der „Reichshauptstadt Berlin“ begrüßte. Auch Formulierungen dieser Art tragen zur Entlarvung bei.

In dieser Situation ist es höchste Zeit, Differenzen unter Linken zurückzustellen. Es müßte doch bei im Grunde Gleichgesinnten möglich sein, zumindest zu einem zeitweiligen Bündnis zu gelangen. Dabei ist mir klar, daß das Zusammenfinden ein Prozeß ist. Nur muß der subjektive Faktor wachsen, um ihn voranzubringen. Das wird viel Kraft und Engagement erfordern.

#### **Horst Kubasch, Bautzen**

Bei einem kürzlichen Besuch in unserer sächsischen Landeshauptstadt war wiederholt unüberhörbar, was die Dresdner gegenwärtig empört – die maßlose Raffgier der Wettiner, der zahlreichen Nachkommen der vormals regierenden sächsischen Herrscherfamilie.

Jahrzehntelang vermißten wir die 1945 entmachteten Adelspröblinge nicht. Sofort mit dem konterrevolutionärem Umschwung kamen sie jedoch in der Gewißheit zurück, sich hier

um Unsummen bereichern zu können. Und sie wurden nicht enttäuscht. Die CDU-geführte Landesregierung zahlte ihnen zunächst 25 Millionen Euro „Entschädigung“ für Kunstgegenstände. Der sogenannte Schatz von Moritzburg brachte ihnen bei seiner Versteigerung im Jahre 1999 weitere 4,1 Millionen Euro. Dazu gehören ihnen nun wieder über 1000 Hektar Moritzburger Wald.

Man glaubt sich in feudale Zeiten zurückversetzt, wenn ein Markgraf von Meißen, Prinzen und Prinzessinnen von Sachsen ihre gewaltigen Ansprüche erfolgreich geltend machen. Jetzt residiert der „Thronfolger“ Alexander Prinz von Sachsen gar in einem Palais am Großen Garten.

Obwohl untereinander zerstritten, sind sich die blaublütigen Herrschaften hinsichtlich ihrer Kunst-Rückforderungen alle einig – es geht zunächst um 1600 (!) Porzellane und 1 000 weitere Schätze aus Dresdner Museen. Sie machten kein Hehl daraus, daß sie noch vor Weihnachten aus dem Zwinger die teuersten Plastiken aus Meißner Porzellan in London versteigern lassen wollten – 8 Millionen Euro sollten sie bringen. Die durch die jahrzehntelangen Anstrengungen unseres Volkes nach 1945 wiedererstandene Kunststadt Dresden wird um vieles ärmer.

#### **Heinz Behrendt, Plauen/Vogtland**

In Berlins Jerusalemer Kirche wurde 2005 eine „Georg-Elsner-Initiative“ gegründet, um den Mann zu ehren, der am 8. 11. 1939 in München ein Attentat auf Hitler versucht hatte und dann im KZ Dachau ermordet wurde.

Jetzt wird das so dargestellt, daß Elsner mit seiner Tat „noch größeres Blutvergießen verhindern“ wollte. Schon vor über 100 Jahren hatte Lenin erkannt, daß ein Zarenmord für das Volk nichts bessert, sondern höchstens als Anlaß zur Verschärfung der Repression dient. Da die Nazi-Herrschaft vom deutschen Großkapital zur Erhaltung seiner Macht und zur Ermöglichung weiterer Kriege, damals besonders gegen die Sowjetunion, installiert wurde, sind die Tat Elsners oder dessen Motivation nicht überzubewerten. Die Aggression war schon vom Zaun gebrochen, und durch die Kriegserklärungen Frankreichs und Großbritanniens hatte sich der Konflikt bereits ausgeweitet.

Herr Thierse gehört übrigens zu den Unterstützern der neuen Initiative.

#### **Gerhard Wenzel, Berlin**

Hin und wieder erlebe ich, vermittelt durch die Medien, daß Kranzniederlegungen durch Staatsoberhäupter erfolgen, wenn verdienstvolle Persönlichkeiten des betreffenden Landes verstorben sind oder ihrer zu gedenken ist. In jüngster Vergangenheit stellte ich fest, daß für das bundesdeutsche Staatsoberhaupt offensichtlich andere Maßstäbe gelten. Herr Köhler legte nämlich in einer ehemaligen Untersuchungshaftanstalt der DDR in Berlin-Hohenschönhausen ein Gebinde nieder.

Wem galt seine Ehrung? Etwa den frei erfundenen 2500 Häftlingen, die angeblich in „Stasi“-Gefängnissen zu Tode gekommen sein sollen? Oder den gleichfalls aus den Fingern gesogenen mehr als eine Million politisch Verfolgten in der DDR?

Bei den Justizbehörden der BRD gibt es keinen einzigen Fall der Anklage, geschweige denn der Verurteilung wegen Mordes, Folter oder Mißhandlung eines Inhaftierten in der von Herrn Köhler mit einer Kranzniederlegung bedachten UHA. Mir scheint, das Ritual des Bundespräsidenten diene vorrangig dem Zweck, die Verteufelung und Verketzerung des MfS der DDR auf die höchste staatliche Ebene zu heben. Ein Ablenkungsmanöver vom Debakel der Großen Koalition. Die „Sächsische Zeitung“ berichtete am 3. November, daß nur noch jeder dritte Ostdeutsche mit dem politischen System der Bundesrepublik zufrieden sei. Selbst in den alten Bundesländern ist der Vertrauensschwund eklatant. Lediglich 54 % der Befragten waren nach der SZ-Umfrage noch mit ihrer „Demokratie“ zufrieden.

Da man solche Ohrfeigen schlecht verträgt, braucht man eine Birthler-Behörde, ein Knabesches Gruselkabinett und sogar makabere Kranzniederlegungen durch das Staatsoberhaupt. **Dr. Dieter Lehmann, Dresden**

Kürzlich haben die superdemokratischen Sozialisten aus dem Vorstand von Berlin-Lichtenberg, gewissermaßen pünktlich zur LL-Demo, in der Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde einen Stein für die „Opfer des Stalinismus“ aufstellen lassen. Unter „Stalinismus“ verstehen Leute wie Eppelmann, doch keineswegs nur sie, die gesamte Politik der DDR. Dieser Staat aber hat neben anderen „Schlechtigkeiten“ (Bildung für alle, sichere Arbeit für alle, umfassende Gesundheitsfürsorge, bezahlbare Mieten und fast nur noch symbolische Tarife usw.) auch noch dafür gesorgt, daß 40 Jahre von deutschem Boden kein Krieg ausging. Ein Hieb für alle, die die PDS in Lichtenberg und in den Berliner Senat wiedergewählt haben!

**Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin**

Unlängst habe ich, eine 79jährige, an „unsere“ Bundeskanzlerin Angela Merkel geschrieben. Hier ein Auszug: „Als Schulkind haben Sie bestimmt das eindrucksvolle Lied von der kleinen Friedenstaube gesungen und als EOS-Schülerin bzw. Studentin den Text der DDR-Hymne gekannt: ‚... daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint ...‘. Für die Vermutung, daß Sie in der DDR, deren drei Buchstaben Sie heute nicht mehr aussprechen können, nach diesen Grundsätzen gelebt haben, spricht Ihre Delegation zu einem Zusatzstudium in die Sowjetunion. Es zeugt von Ihrer Klugheit und Strebsamkeit. Oder war Ihre damalige Haltung nur Mittel zum Zweck?“

Inzwischen haben Sie sich zur Kriegskanzlerin entwickelt und mit dazu beigetragen, daß deutsches Militär in Krisengebieten begehrt ist. Dafür werden Ihnen die Rüstungsindustriellen und deren Aktionäre danken.“

**Marianne Wuschko, Hoyerswerda**

Bei der Darstellung „der Wahrheit über die Hisbollah“ sollte folgendes nicht verschwiegen werden: Die Partei Gottes unterscheidet Staat und Religion nicht. Kommt sie an die Macht, wird das islamische Recht Gesetz. Kommunisten/Sozialisten sollten keinen positiven Bezug zu anti-emanzipatorischen Kräften herstellen, die Frauen verbieten, beim Fußballspiel zuzuschauen (um ein „harmloses“ Beispiel zu nennen). Islam, geschweige denn Islamismus an der Macht, bedeutet den Rückfall hinter die Errungenschaften der Französischen Revolution.

**Dr. Walter Lambrecht, Gelbensande**

Ich brauche Eure Zeitschrift wie die Luft zum Atmen. Wie trefflich ist doch der Artikel von Ralph Dobra in November-RF zu Kongo-Müllers Selbstentlarvung gerade zu einem Zeitpunkt, als uns BRD-Medien drei Jahre alte Bilder von Bundeswehrsoldaten in Afghanistan mit Totenköpfen präsentieren.

Mal sehen, ob nach „brutalstmöglicher Aufklärung“ diese Vorfälle auch in die „Kuriösitätengeschichte unserer Zeit“ eingehen werden. Die „armen überforderten“ Soldaten von 2003 kamen ausgerechnet aus der schleswiger Bundeswehr-Kaserne mit dem Namen „Paul von Lettow-Vorbeck“. Dieser blaublütige Offizier war von 1914 bis 1918 Kommandeur der deutschen „Schutztruppe“ in Ostafrika. Schon damals säumten die Gebeine von über 100 000 ermordeten Afrikanern den Weg deutscher Kolonialpolitik. Totenköpfe als Symbole gab es ja auch später in der deutschen Geschichte. Ohne Traditionen geht es halt nicht.

**Ralf Hunstock, Markkleeberg**

Im Leitartikel der Novemberausgabe des „Rot-Fuchs“ zitiert Klaus Steiniger den ehemaligen Bundesminister Blüm mit dem Ausspruch: „Marx ist tot und Jesus lebt“ und bezeichnet seine Worte als „kühnen Ausspruch“ eines Mannes, für den „das Rennen ein für allemal

gelaufen“ sei. Den Grund für seine „Diagnose“ sieht er darin, daß Blüm der Antikommunismus die Sicht genommen habe. Ich teile diese Auffassung nicht, und die Wertung der Aussage und der Motive dazu halte ich für falsch.

Zur Person des Herrn Blüm bedarf es keiner weiteren Worte, er ist ein Interessenvertreter der Bourgeoisie. Und ein hochgebildeter und weiterfahrener dazu. Er sagt nichts, weil ihm antikommunistische Dummheit die Sicht auf die wahren Verhältnisse genommen hat. Es ist das Denken und Fühlen der Bourgeoisie, was er ausspricht. Und aus seinen Worten, sofern er sie denn in dieser Form gesagt hat, kommt die tiefe Erleichterung zum Ausdruck, die die deutsche Bourgeoisie nach dem Untergang des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden empfunden haben muß. Endlich waren sie der Ursache ihrer Angst, eine sozialistische DDR könnte zum Vorbild für ein sozialistisches Deutschland werden, ledig. Ihr jahrzehntelanges Bemühen, mit hemmungsloser Hetze jeden Gedanken an gesellschaftliche Veränderungen zu diskriminieren und die westdeutsche Arbeiterklasse mit Hilfe einer willfährigen Sozialdemokratie und durch materielle Zugeständnisse zum Stillhalten zu bringen, hatte sie vor dem Schlimmsten bewahrt. Nun sorgten andere dafür, daß ihr Hauptfeind beseitigt war, und sie konnten beruhigt zur kapitalistischen Tagesordnung zurückkehren. Marx war endlich tot, und Jesus lebte wieder.

**Dieter Junghans, Neubrandenburg**

Der Artikel von Dr. Manfred Böttcher im November-RF stand unter der Überschrift: „Aggressive Werbung – Ausdruck der Krise“. Ich stimme dem Autor voll zu. Tatsächlich, die Verantwortung für die grotesken Auswüchse der Werbung trägt nicht der einzelne Unternehmer, sondern das gesamte kapitalistische System mit all seinen Sinnwidrigkeiten. Mir scheint, daß die aggressive Werbung inzwischen der Mehrheit der Menschen zunehmend auf den Geist geht und von ihr abgelehnt wird. Wir sollten das Thema überall aufgreifen und verdeutlichen, daß ein erheblicher Teil des Volksvermögens auf diese Weise verpulvert wird. Über die Einschränkung der Werbung und teilweise Werbeverbote kämen wir der sogenannten Wirtschafts-Demokratie und der dringend erforderlichen Umweltökonomie ein Stück näher.

**Dr. Werner Liebig, Berlin**

Ich bin „Neuleserin“ und nicht mit allem einverstanden, aber glücklich, daß ich zur Abwechslung einmal die Wahrheit lesen kann.

**Barbara Chaib, Wendorf**

Die Aussagen von Dr. Peter Fisch über den Mißbrauch des Textes des sogenannten Liedes der Deutschen durch die reaktionärsten Kräfte der Weimarer Republik sowie dessen bluttriefende Belastung durch die Nazis teile ich vollinhaltlich. Der Brechtsche Hymnen-Text („... daß ein gutes Deutschland blühe ...“) wäre 1949 geeignet gewesen, aber 1989/90 dringend notwendig geworden. Als Teil einer sachlich-kritischen Aufarbeitung gesamtdeutscher Geschichte. Ich schreibe oben ausdrücklich „Mißbrauch des Textes“ von August Heinrich Hoffmann (von Fallersleben); denn die Vormärz-Dichter, zu denen der Autor zeitweilig zählte, traten gegen die damalige politische Zersplitterung und für ein geeintes Deutschland auf, was zu dieser Zeit patriotisch und im Sinne des historischen Fortschritts war. Diese Seite kommt mir in dem Beitrag von Peter Fisch zu kurz.

**Hans-Dietrich Grundmann, Eberswalde**

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Grund hat am 28. 9. zum Antrag der Linkspartei, anlässlich des 70. Jahrestages der Formierung der Internationalen Brigaden den Kampf deutscher Freiwilliger an der Seite der Spanischen Republik zu würdigen, eine Rede gehalten, die vom finstersten Antikommunismus durchdrungen war. Grund hat überhaupt nicht begriffen, um was es in Spanien ging: Man mußte dem

aufstrebenden Faschismus in Europa Einhalt gebieten. Es gab damals noch gewisse Möglichkeiten, seinen Vormarsch zu stoppen. Moskau schlug einen Beistandspakt zwischen Großbritannien, Frankreich und der UdSSR vor, um Hitlers Aggressionsabsichten zu begegnen. Ein solcher Pakt kam nie zustande. Auf Empfehlung der Regierung Großbritanniens wurde statt dessen ein internationales Nichteinmischungskomitee gegründet, das die Hilfe für die Spanische Republik maximal erschwerte und diese in die Isolierung trieb. Die Regierungen in London und Paris wollten sich nicht wegen einer Revolution in Spanien mit Nazi-Deutschland überwerfen. Konsequente Antifaschisten erkannten jedoch die Gefahr für die Menschheit. Deshalb nahmen sie große Strapazen auf sich, um in Spanien die Republik zu verteidigen. Sie mußten dabei die Grenz- und Seeblockade der Verfechter der „Neutralitätspolitik“ überwinden.

Der Untergang des demokratischen Spanien ist auf die aktive Unterstützung zurückzuführen, die Franco durch die faschistischen Staaten Deutschland und Italien zuteil wurde. Hitler setzte erstmals seine modernsten Flugzeugstaffeln ein, um deren Wirksamkeit für „spätere Aufgaben“ zu testen.

**Karl-Heinz Ziegenrucker, Erfurt**

Eigentlich sollten Nachkriegsgenerationen aus den Erzählungen der Väter und Großväter wissen, was Krieg bedeutet und wie, wenn man aufgepaßt hat, die Geschichte ausgegangen ist. Doch man bereitet wieder junge Menschen seelisch darauf vor, „ehrenvoll“ für das Vaterland zu sterben oder als Krüppel heimzukehren.

Der „ehrenvolle“ Tod – einst für den Kaiser und dann für den „Führer“ auf Schlachtfeldern in fremden Ländern nimmt offenbar kein Ende.

„Phoenix“ strahlte unlängst eine Sendung über den Einsatz deutscher Soldaten im Ausland aus. Hier wurden ehemalige Bundeswehr-Angehörige gezeigt, die mit ihren Erlebnissen nicht fertig geworden sind. Prompt traten von der Führung der Truppe ausgesuchte Militärpsychologen in Aktion, die sich um „abgeknickte“ Soldaten und Offiziere kümmerten.

**Dieter Kramp, Grevesmühlen**

In den Medien der alten Bundesländer, besonders bei uns in NRW, wird gegen die Transferleistungen in den östlichen Teil der BRD gewettert. Man möchte diese am liebsten von jeglichen Zahlungen abkoppeln. „FDP kritisiert Verschwendung im Osten“, schrieben z. B. die „Westfälischen Nachrichten“ am 9. 11. In dem Bericht hieß es: „Als ‚Stück aus dem Tollhaus‘ hat FDP-Fraktionschef Gerhard Papke kritisiert, daß die neuen Bundesländer Aufbaugelder in Milliardenhöhe weiter zweckwidrig verschwenden. Papke forderte eine Rückzahlung der zweckentfremdeten Summen oder deren Verrechnung mit den Zahlungen im nächsten Jahr.“

Neben der CDU und dem NRW-„Landesvater“ Rüttgers tut sich besonders die FDP als „Partei der Besserverdienenden“ hervor, die allen historischen Wahrheiten zum Trotz eine angebliche „Nehmer-Mentalität“ der Ostdeutschen attackiert. Diese verlogene Argumentation ist ebenso haltlos wie gefährlich, weil sie die Schuld an der derzeitigen sozialen und ökonomischen Misere den „faulen und unfähigen Ostdeutschen“ und deren „nichtbewältigter DDR-Vergangenheit“ zuweist, aber die eigenen Versäumnisse und die Folgen der Konterrevolution 1989/90 verschweigt.

**Hans-Joachim Hartlieb, Westerkappeln**

Für alle, die hier und dort in Resignation verfallen, war der Leitartikel „Die Unbesiegbaren“ im November-RF ein Fanal zum Weitermachen. Ergänzen möchte ich den Beitrag mit einem Zitat von Friedrich Engels: „Ein Gramm Handeln ersetzt eine ganze Tonne Theorie.“

**Dieter Bartsch, Berlin**



Der Tod ist ein Meister aus Deutschland.

Grafik: Klaus Parche

Die **Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen** lädt für den **6. Januar um 10 Uhr** in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Zwickau, Hölderlin Straße 1, herzlich ein.  
**Prof. Dr. Werner Roß** spricht zu dem Thema:

**Wie stellen wir uns den Sozialismus der Zukunft vor?**

Am **12. Januar um 16.30 Uhr** findet in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, eine Veranstaltung der **Regionalgruppe Berlin** mit **Prof. Dr. Georg Grasnick** statt.

Sein Thema lautet:

**Hochrüstungsland BRD**

Gäste sind herzlich willkommen.

Die **Regionalgruppe Rostock** lädt für den **19. Januar um 14.30 Uhr** in das Familienzentrum Lütten Klein „Charisma“ e. V., St. Petersburger Straße 18 b, herzlich ein.

Es spricht der Ehrenvorsitzende der Linkspartei.PDS e. V.,

**Dr. Hans Modrow**, über das Thema:  
**Eine neue deutsche Linke kann nur eine sozialistische sein**

## I M P R E S S U M

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

**Herausgeber:**  
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

**Chefredakteur:** Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)  
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,  
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de  
(Redaktionsadresse)

**Layout:** Egon Schansker

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund

**Internet:** www.rotfuchs.net

### Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki  
Rolf Berthold  
Dr. Manfred Böttcher  
Dr. Vera Butler (Melbourne)  
Wolfgang Clausner  
Prof. Dr. Götz Dieckmann  
Ralph Dobrawa  
Dieter Fechner  
Dr. Peter Fisch  
Bernd Fischer  
Peter Franz  
Günter Freyer  
Prof. Dr. Georg Grasnick  
Dr. Ernst Heinz  
Hans-Dieter Hesse  
Manfred Hocke  
Hans Horn  
Dr. Klaus Huhn

Dr. Erhard Kegel  
Dr. Hans-Dieter Krüger  
Rudi Kurz  
Prof. Dr. Hans Lutter  
Wolfgang Mäder  
Bruno Mahlow  
Dr. Bernhard Majorow  
Prof. Dr. Fred Matho  
Wolfgang Metzger  
Prof. Dr. Harry Milke  
Frank Mühlefeldt  
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)  
Richard Georg Richter  
Prof. Dr. Werner Roß  
Gerhard Schmidt  
Prof. Dr. Horst Schneider  
Dr. Gerhard Steinmüller  
Fritz Teppich  
Dr.-Ing. Peter Tichauer

### Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger  
Klaus Parche, SHAHAR

**Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe** (für Sehbehinderte):  
Sylvia Feldbinder

### Versand und Vertrieb:

Armin Neumann  
Salvador-Allende-Straße 35  
12559 Berlin ☎ 030/6545634  
arminneumann@web.de  
Marianne Ahrens,  
Sonja Brendel, Bruni Büdler,  
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

**Unser Konto:** „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400  
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,  
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74